

11. Sitzung

Potsdam, Mittwoch, 1. April 2020

Inhalt

	Seite		Seite
Worte der Präsidentin anlässlich der Corona-Pandemie und anlässlich des 10. Jahrestages der Gründung der Behörde der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur/Mitteilungen der Präsidentin	3	Frau Abg. Schäffer (B90/GRÜNE).....	22
1. Regierungserklärung des Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg und Aussprache.....	3	Herr Abg. Stefke (BVB/FW).....	23
Ministerpräsident Dr. Woidke	4	3. Beschluss über das Vorliegen einer außergewöhnlichen Notsituation gemäß Artikel 103 Absatz 2 Satz 2 Landesverfassung in Verbindung mit § 18b Landeshaushaltsordnung	23
Herr Abg. Kalbitz (AfD).....	6	Antrag	
Herr Abg. Stohn (SPD).....	8	des Ausschusses für Haushalt und Finanzen	
Herr Abg. Walter (DIE LINKE).....	10	Drucksache 7/890	
Herr Abg. Dr. Redmann (CDU)	13	in Verbindung damit:	
Herr Abg. Vida (BVB/FW)	15	Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (Nachtragshaushaltsgesetz 2020 - NTHG 2020)	
Frau Abg. Petra Budke (B90/GRÜNE)	17	Gesetzentwurf	
2. Beschlussfähigkeit des Landtages in außergewöhnlichen Notlagen ermöglichen	19	der Landesregierung	
Beschlussempfehlung und Bericht		Drucksache 7/640	
des Hauptausschusses		2. Lesung	
Drucksache 7/924		Beschlussempfehlung und Bericht	
Entschließungsantrag		des Ausschusses für Haushalt und Finanzen	
der SPD-Fraktion,		Drucksache 7/942 (Neudruck)	
der CDU-Fraktion und		Herr Abg. Vogelsänger (SPD).....	24
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Herr Abg. Galau (AfD).....	25
Drucksache 7/964		Herr Abg. Bretz (CDU)	26
Herr Abg. Keller (SPD).....	19	Herr Abg. Kretschmer (DIE LINKE)	28
Herr Abg. Hohloch (AfD)	20	Herr Abg. von Gizycki (B90/GRÜNE)	29
Herr Abg. Bretz (CDU)	20	Herr Abg. Dr. Zeschmann (BVB/FW).....	31
Herr Abg. Domres (DIE LINKE).....	21	Herr Abg. Bretz (CDU) - Kurzintervention.....	33
Frau Abg. Schäffer (B90/GRÜNE).....	22		
Frau Abg. Johlige (DIE LINKE) - Kurzintervention	22		

	Seite		Seite
Herr Abg. Dr. Zeschmann (BVB/FW)	33	Entschließungsantrag des Ausschusses für Haushalt und Finanzen	
Ministerin der Finanzen und für Europa Lange	34	Drucksache 7/943	
4. Gesetz über die Statistik im Land Brandenburg (Brandenburgisches Statistikgesetz - BbgStatG)	37	Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE	
Gesetzentwurf der Landesregierung		Drucksache 7/960	
Drucksache 7/407		Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE	
<u>2. Lesung</u>		Drucksache 7/961	
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres und Kommunales		Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE	
Drucksache 7/918		Drucksache 7/962	
5. Erstes Gesetz zur Qualitäts- und Teilhabeverbesse- rung in der 7. Legislaturperiode in der Kinder- und Jugendhilfe.....	37	Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE	
Gesetzentwurf der Landesregierung		Drucksache 7/963	
Drucksache 7/886		Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE	
<u>1. Lesung</u>		Drucksache 7/972	
6. Bestätigung der brandenburgischen Vertreterinnen und Vertreter für die Vertreterversammlung des Versorgungswerks der Mitglieder der Landtage von Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Baden- Württemberg	37	Anlagen	
Antrag der Präsidentin		Gefasste Beschlüsse.....	40
Drucksache 7/910		Ergebnis der Namentlichen Abstimmung	43
7. Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgeset- zes 2019/2020 (Nachtragshaushaltsgesetz 2020 - NTHG 2020)	38	Zu TOP 7:	
Gesetzentwurf der Landesregierung		Namentliche Abstimmung zu:	
Drucksache 7/640		- Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgeset- zes 2019/2020 (Nachtragshaushaltsgesetz 2020 - NTHG 2020) - Gesetzentwurf der Landes- regierung - Drucksache 7/640 vom 13.02.2020	
<u>3. Lesung</u>		- Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE - Drucksache 7/961 vom 31.03.2020	
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen		Anwesenheitsliste.....	43
Drucksache 7/942 (Neudruck)		Alle mit einem * gekennzeichneten Redebeiträge sind von der Rednerin oder vom Redner nicht überprüft (lt. § 95 der Geschäftsordnung).	
Entschließungsantrag der AfD-Fraktion		Aufgrund der wegen der Corona-Krise veränderten Bedin- gungen im Plenarsaal wurden Beifallsbekundungen und Zurufe nur bedingt aufgenommen.	
Drucksache 7/914 (Neudruck)			

Beginn der Sitzung: 10.02 Uhr**Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:**

Sehr geehrte Abgeordnete! Liebe Mitsreiter! Journalistinnen und Journalisten! Liebe Brandenburgerinnen und Brandenburger heute an den Bildschirmen! Es ist eine außergewöhnliche Situation, in der die heutige Plenarsitzung stattfindet. Das Gebot der sozialen Distanz gilt natürlich auch im Landtag, aber es gilt nicht für die Demokratie.

Wir wissen: Die Corona-Pandemie können wir nur gemeinsam bewältigen. In einer gesamtgesellschaftlichen Anstrengung müssen wir alle dafür sorgen, dass sich die Ausbreitung des Virus verlangsamt. Auch wenn wir dafür nicht nur viele Einschränkungen auszuhalten haben, sondern das gesamte gesellschaftliche Leben auf ein Minimum heruntergefahren werden musste, ist das Gebot dieser Notsituation, dafür zu sorgen, dass demokratische Prozesse und Strukturen verlässlich funktionieren. Wir müssen Menschen schützen, und wir müssen die Demokratie schützen. Wir brauchen Daseinsvorsorge für Demokratie. Hier sind unser Mut, unsere Besonnenheit und unsere Fähigkeit gefragt, mit fairen Regeln kluge Kompromisse auszuhandeln, damit in dieser Ausnahmesituation das Parlament handlungsfähig bleibt.

Manches kann vertagt werden. Aber Entscheidungen, die trotz oder gerade wegen der zugespitzten Lage nicht aufgeschoben werden können, müssen wir im Landtag treffen, und dafür brauchen wir die höchstmögliche Transparenz.

Es freut mich sehr, dass die Medien via Livestream nicht nur die Plenarsitzungen, sondern auch die Arbeit in den Ausschüssen und Fraktionen verfolgen. Das Parlament lebt von der Öffentlichkeit - auch und gerade in dieser Ausnahmesituation.

Die Corona-Pandemie ist eine außergewöhnliche und bisher völlig unbekannte Herausforderung für unsere offene Gesellschaft und für jeden Einzelnen.

Ich denke an die Ärzte und das Pflegepersonal in den Krankenhäusern, an die Kassiererinnen in den Supermärkten, Hausärzte, Apotheker, an Busfahrer, Zugführer, Not-Kindergärtnerinnen, an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Energie- und Wasserversorger, an Polizei, Feuerwehr und THW, an Tierversorger, Landwirte, Mitarbeiter der Müllabfuhr, an Postboten, Transportunternehmer, Seelsorger, Journalisten und viele, viele andere, die unsere gesellschaftliche Ordnung aufrechterhalten. Ich denke an die Vielen, die Nachbarschaftshilfe organisieren und für ältere Menschen einkaufen, an die Lehrerinnen und Lehrer, die in kürzester Zeit zu Experten für digitales Lernen geworden sind, an IT-Spezialisten, die uns das Internet als Kommunikationsplattform ermöglichen, an hilfsbereite Schüler, Azubis und Studenten, an Verwaltungen und die kommunale Familie vor Ort, an Künstler im Internet, an die Eltern im Homeoffice, die mit Humor, Herzlichkeit und klaren Ansagen den Familienalltag zu Hause gestalten, und an die Menschen, die aus Liebe und Sorge um Eltern und Großeltern auf Besuche verzichten. Wie die Brandenburgerinnen und Brandenburger das gegenwärtig meistern, verdient Hochachtung!

(Allgemeiner Beifall)

Das macht Mut. Danke für das Abstandhalten und das Aufeinanderachten. All das macht zuversichtlich, dass wir die

Pandemie gut überstehen, dass wir gesund bleiben oder schnell wieder gesund werden. Wichtig ist auch, dass wir die Schwächsten in unserem Land nicht vergessen. Wir alle können etwas tun: Allein digitale Grüße können in häuslicher Isolation aufmuntern. Und wenn Lebensmittel übrig sind: Bitte wenden Sie sich an die Tafel vor Ort und fragen Sie, wie Sie unterstützen können.

Auch wenn wir die physische Distanz zueinander strikt einhalten - die soziale Distanz können wir überwinden.

In Zeiten der Corona-Pandemie sollten wir das bürgerschaftliche Engagement, das stark und sichtbar in unserem Land ist, das uns ausmacht und zu unserer Identität gehört, weiter stärken.

In dieser außergewöhnlichen Situation bleibt der Landtag Brandenburg handlungsfähig. Auch bei uns gehört Infektionsschutz zur Tagesordnung. Atemschutzmasken sind bestellt. Selbstverständlich können Sie sich und andere heute mit jeder Art von Mundschutz schützen; das kann ja nur gut sein.

Ich wünsche uns allen eine konzentrierte, konstruktive und ergebnisreiche Landtagssitzung. Gemeinsam können wir heute sehr viel Gutes bewirken.

Meine Damen und Herren, ich eröffne die 11. Sitzung des Landtages Brandenburg und begrüße Sie dazu herzlich. Hinweise zum organisatorischen Ablauf der Sitzung haben Sie gestern bekommen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weise ich auf ein besonderes Jubiläum hin: Die Behörde der Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur - LAKD - wird heute zehn Jahre alt. Dazu gratuliere ich Frau Nooke und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlich. Ich danke der LAKD für ihr unermüdliches Engagement für Menschen, die in der DDR schweres Unrecht erlitten haben. Für die kommenden zehn Jahre wünsche ich Frau Nooke und ihrem Team viel Erfolg, viel Austausch und viel öffentliche Resonanz für ihre Arbeit.

Vor Eintritt in die Tagesordnung informiere ich Sie darüber, dass die Antragsteller des Antrags mit der Drucksachennummer 7/911 erklärt haben, dass sich ihr Antrag mit Einreichen der Beschlussempfehlung und des Berichtes des Hauptausschusses auf Drucksache 7/924 - Neudruck - erledigt hat.

Zum Entwurf der Tagesordnung: Haben Sie dazu Bemerkungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Entwurf der Tagesordnung abstimmen. Wer ihm folgt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist die Tagesordnung einstimmig beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf.

TOP 1: Regierungserklärung des Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg und Aussprache

Das Wort hat Herr Ministerpräsident Dr. Woidke. Bitte schön.

Ministerpräsident Dr. Woidke:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Verehrte Damen und Herren Abgeordnete! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kampf gegen das Coronavirus fordert uns alle heraus. Er fordert uns als Gemeinschaft heraus, jeden Einzelnen von uns.

Anders als bei allen anderen Krisen, beispielsweise der Finanzkrise oder bei Naturkatastrophen, sind diesmal alle Bereiche und alle Regionen betroffen. Es ist die ganze Welt betroffen. Der Schutz von Gesundheit und Leben hat in diesen Tagen absoluten Vorrang. Dies bringt spürbare Einschränkungen für alle Bereiche mit sich. Das öffentliche Leben, auch bei uns im Land Brandenburg, steht quasi still. Es scheint zum Teil, als wäre die Pausetaste gedrückt.

Eine vergleichbare Situation hat es in der Geschichte unseres Landes noch nie gegeben. Ich kann gut verstehen, wie sich viele Menschen jetzt fühlen: Sie fürchten um die eigene Gesundheit. Sie fürchten um die Gesundheit ihrer Kinder oder die ihrer Eltern. Sie haben Angst um ihren Arbeitsplatz, und sie fragen sich: Wie lange wird dies dauern? Wann ist endlich wieder ein normales Leben möglich?

Die Verunsicherung und die Besorgnis sind bei vielen Menschen groß. Deshalb brauchen wir jetzt mehr denn je Zusammenhalt, um diese Herausforderungen gemeinsam bewältigen zu können.

Wie groß unsere Aufgabe ist, können wir im Moment bestenfalls schätzen. Fest steht aber eines: Panik ist ein schlechter Ratgeber - in der Krise genauso wie in jeder anderen Situation. Deshalb brauchen wir Energie, kluge Entscheidungen und vor allem eine klare Linie. Wir brauchen Entschlossenheit und Besonnenheit. Wir werden alles dafür tun, um die beispiellose Aufbauleistung der Brandenburgerinnen und Brandenburger der letzten 30 Jahre zu bewahren.

Es gibt viele gute Gründe, darauf zu vertrauen, dass wir gemeinsam Lösungen dafür finden werden. Weltweit wird mit Hochdruck daran gearbeitet, Behandlungsmethoden und Impfstoffe zu finden. Unsere Gesellschaft rückt in dieser schwierigen Zeit noch enger zusammen, auch wenn wir physisch Abstand halten müssen. Außerdem haben wir nach wie vor eine starke Wirtschaft bei uns im Land Brandenburg.

Jetzt geht es für uns um konkrete Aufgaben. Unsere wichtigste Aufgabe ist es, Leben zu retten. Auf den Intensivstationen in den Kliniken des Landes wird um jedes Menschenleben gekämpft. Inzwischen - Stand heute Morgen - müssen 20 Patienten in Brandenburg wegen Covid-19 künstlich beatmet werden.

Wir tun alles dafür, dass so wenig Menschen wie möglich überhaupt in diese Lage kommen. Deshalb haben wir die umfangreichen Maßnahmen zur Beschränkung von Kontakten in Kraft gesetzt und diese Maßnahmen gestern im Kabinett bis zum 19. April verlängert. Nur so können wir die Zahl der Neuinfektionen abflachen.

Die Botschaft sollte mittlerweile bei jedem und jeder angekommen sein: Abstand halten heißt Leben retten. Auch wenn die Einschränkungen groß sind, bin ich froh, dass sich die allermeisten Brandenburgerinnen und Brandenburger an die Regeln gehalten und ihr eigenes Verhalten darauf abgestimmt haben.

Eines möchte ich an dieser Stelle den wenigen Ignoranten doch noch sagen, die meinen, dass für sie diese Regeln nicht gelten müssten: Sie gefährden Menschenleben - und zwar nicht nur Ihr eigenes, sondern auch das Leben von anderen! Das geht gar nicht!

Auch deshalb hat das Kabinett gestern einen Bußgeldkatalog verabschiedet. Kurz und knapp: Wer sich wiederholt nicht an die Regeln hält, zahlt bis zu 25 000 Euro. Und wer andere sogar vorsätzlich gefährdet, begeht eine Straftat und riskiert damit eine Freiheitsstrafe. Wer unterwegs sein muss, hält Abstand. So muss es leider in diesen Wochen sein. So schützen wir uns und unser Gesundheitssystem vor einer noch größeren Belastungsprobe.

Die Infektionszahlen steigen leider weiterhin. Aktuell gibt es in Brandenburg 979 gemeldete Infektionen; 84 Patienten werden in Krankenhäusern behandelt. Ich wünsche an dieser Stelle allen Betroffenen eine schnelle Genesung.

(Allgemeiner Beifall)

Den Angehörigen der Verstorbenen gilt unsere ganze Anteilnahme.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt aber auch Hoffnung: Die Infektionszahlen vervielfachen sich nicht mehr so schnell wie noch vor wenigen Tagen und erst recht nicht so schnell wie vor wenigen Wochen. Die Verzögerung der Ausbreitung des Virus verschafft uns Zeit - Zeit, die wir in Brandenburg, in ganz Deutschland brauchen, um zusätzliche Kapazitäten in den Krankenhäusern, bei Intensivbetten und Beatmungsplätzen aufzubauen. Der Bund hat die Krankenhausfinanzierung dafür aufgestockt, und auch wir werden unseren Beitrag leisten und zusätzlich Geld für unsere Krankenhäuser zur Verfügung stellen.

In unseren Kliniken und Krankenhäusern wird unter enorm hohem Druck sehr, sehr gute Arbeit geleistet. Die Ärztinnen und Ärzte, die Pflegerinnen und Pfleger kämpfen dort unermüdlich gegen die Krankheit, helfen den Betroffenen. Sie sind bei Weitem nicht die Einzigen, die gerade Besonderes leisten, aber sie sind dort im Einsatz, wo es wirklich um Leben und Tod geht, und das mit einem hohen persönlichen Risiko. Dieser Einsatz beeindruckt und berührt mich zutiefst. Davor habe ich den größten Respekt. Ich möchte mich hier noch einmal im Namen aller Brandenburgerinnen und Brandenburger dafür bedanken.

(Allgemeiner Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unsere zweite wichtige Aufgabe ist es, um jedes Unternehmen und damit um jeden einzelnen Arbeitsplatz zu kämpfen und die Auswirkungen dieser Krise auch sozial abzufedern. Die Bundesagentur für Arbeit geht in ihrem gestrigen Bericht davon aus, dass es eine tiefe Delle im Wirtschaftswachstum und damit verbunden auch auf dem Arbeitsmarkt geben wird. Gerade deshalb muss unser gemeinsames Ziel lauten: Nach Corona sollen so viele Menschen wie möglich auf ihre alten Arbeitsplätze zurückkehren können. Das gilt für Facharbeiter in der Industrie ebenso wie für Solo-Selbstständige, Künstler oder Menschen, die in der Touristikbranche arbeiten. Ich kann nicht versprechen, dass wir wirklich jeden Arbeitsplatz erhalten können; aber ich verspreche, dass ich zusammen mit dieser Regierung um jeden Arbeitsplatz, jede wirtschaftliche Existenz kämpfen werde.

Dafür haben wir bereits viel auf den Weg gebracht. Mit der heutigen Befassung zum Nachtragshaushalt spannen wir einen Rettungsschirm im Umfang von 2 Milliarden Euro für Brandenburg auf. Das ist sehr viel Geld für unser Land, aber ich bin fest davon überzeugt: Wir werden es dringend brauchen. Ich bitte deshalb schon jetzt um Ihre Zustimmung; denn beim Schutz von Gesundheit und Leben der Menschen in Brandenburg und beim Schutz von Arbeitsplätzen darf Geld in dieser Zeit keine Rolle spielen.

Auch der Bund hat ein Paket in der Größe von 156 Milliarden Euro verabschiedet. Dafür bin ich sehr dankbar! Diesen Prozess haben die Bundesländer konstruktiv begleitet.

Wir wollen und wir müssen schnelle Hilfe leisten! Nur schnelle Hilfe ist in dieser Situation wirksame Hilfe. Steuern und Sozialabgaben können gestundet und später gezahlt werden. Die Unternehmen können leichter Kurzarbeitergeld beantragen. Wir alle haben ein großes Interesse daran, Fachkräfte für die Wirtschaft in unserer Region zu halten.

Für kleine und mittlere Unternehmen und sogenannte Solo-Selbstständige haben wir ein Sofortprogramm auf die Beine gestellt, auch das mit großer Unterstützung vom Bund. Das Programm ist bereits in der letzten Woche gestartet. Bis gestern Abend sind bei der Investitionsbank Brandenburg rund 49 000 Anträge eingegangen. Etwa 25 Millionen Euro sind bereits ausbezahlt worden. Das ist in der Geschichte der Investitions- und Landesbank einmalig. Ich möchte an dieser Stelle auch jenen danken, die dort unter Hochdruck arbeiten und unserer Wirtschaft helfen.

(Allgemeiner Beifall)

Eine eigene Förderrichtlinie für Land- und Forstwirtschaft sowie die Fischerei wird in den nächsten Tagen an den Start gehen. Auch die Arbeitsplätze in den sozialen Einrichtungen in unserem Land wollen wir sichern. Wir werden unsere bisher laufenden Zuschüsse und Zuwendungen weiterzahlen, auch wenn die Leistungen nicht wie bisher in Anspruch genommen werden können, zum Beispiel bei der Kindertagesbetreuung.

Wir haben dafür gesorgt, dass Eltern, deren Kinder jetzt nicht betreut werden können, eine Lohnfortzahlung erhalten und von den Elternbeiträgen freigestellt werden. Wir unterstützen polnische Arbeitspendler, damit sie weiter in unseren Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen, in der Logistik oder auch in der Landwirtschaft arbeiten können. Wir müssen jetzt entschlossen und mit großen Schritten alles tun, um die Wirtschaft in Brandenburg zu stabilisieren. Wir müssen jetzt entschlossen alles tun, um unser Land zu schützen.

Für die Landesregierung ist entscheidend, dass wir das Virus jetzt erfolgreich bekämpfen. Ebenso entscheidend ist jedoch, wie es nach Corona in der Brandenburger Wirtschaft weitergeht. Meine sehr verehrten Damen und Herren: Es muss gut weitergehen. Dafür ist unser Rettungsschirm die Basis. Ich will nie wieder einen Zusammenbruch der Wirtschaftsstrukturen erleben wie Anfang der 90er-Jahre.

Brandenburg kann und wird - davon bin ich überzeugt - nach wie vor eine Gewinnerregion dieses Jahrzehnts werden. An diesem Ziel halten wir fest. Dafür schaffen wir mit unseren Entscheidungen jetzt die Voraussetzungen, auch hier und heute bei uns im Landtag.

Damit dies gelingen kann - das ist keine neue Erkenntnis -, brauchen wir eine reibungslose Zusammenarbeit auf allen Ebenen. Ich möchte mich zunächst ganz herzlich bei den Landrätinnen und Landräten sowie bei den Oberbürgermeistern unseres Landes bedanken. Dass der Draht von der Landesregierung zur kommunalen Familie gut funktioniert, ist in solchen Krisensituationen ganz besonders wichtig.

Ich bin sehr froh darüber, dass wir uns aufeinander verlassen können. Das gilt im Übrigen ganz genauso für die Ordnungsbehörden und die Gesundheitsämter, also jene Behörden, die momentan überall im Land unter besonderem Druck stehen. Dort wird jetzt Schwerstarbeit geleistet - nicht nur jetzt, aber in dieser Zeit ganz besonders.

Auch die Zusammenarbeit mit dem Bund und den anderen Bundesländern will ich hervorheben. Der deutsche Föderalismus - auch das ist eine Erkenntnis in dieser Krise - funktioniert. Natürlich gibt es dabei regionale Unterschiede; aber in den wesentlichen Punkten ist einheitliches Handeln das Gebot der Stunde. Ich bin überzeugt davon, dass wir damit in dieser Krise den richtigen Weg gewählt haben.

Zu diesem Weg gehört für uns in Brandenburg auch die Kooperation mit unserem Partner und Nachbarn Berlin. Wir sind nicht nur eine gemeinsame Region, sondern wir sind auch eine gemeinsame Gesundheitsregion. Wer jetzt Grenzen dichtmachen will, vergisst, dass Berlin eine hervorragende Gesundheitsversorgung bietet - eine Gesundheitsversorgung, die im Übrigen schon vielen Brandenburgern in den letzten Jahrzehnten geholfen hat. Diese Hilfe wird auch in Zukunft weiter dringend nötig sein.

Wer die Grenzen dichtmachen will, der vergisst auch, dass täglich Zehntausende Pendler zwischen beiden Ländern unterwegs sind und dass die Versorgung beider Länder sehr stark voneinander abhängt. Auch deshalb halte ich nichts von geschlossenen Kreisgrenzen. Unsere Eindämmungsverordnung gibt ausreichend Handhabe zur Beschränkung von Kontakten. Es kommt jetzt darauf an, die Vorgaben umzusetzen. Deshalb ein klarer Hinweis an alle: Es ist jetzt nicht die Zeit für Ausflüge. Bleiben Sie möglichst zu Hause, in Ihrem direkten Umfeld!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Versorgung der Menschen mit Lebensmitteln war und ist zu keinem Zeitpunkt gefährdet, auch wenn vorübergehend leere Regale manchmal einen anderen Eindruck vermittelten. Eines möchte ich in aller Deutlichkeit sagen: Wer so hamstert, wie man das teilweise erleben musste, und nur an sich denkt, der handelt zutiefst unsolidarisch und asozial.

Unverzichtbar ist die Schutzausrüstung für Krankenhäuser, Arztpraxen, den Öffentlichen Gesundheitsdienst und für Pflegeheime. Seit dem letzten Wochenende laufen die zentralen Beschaffungen durch den Bund etwas besser; aber es gibt noch immer erhebliche Engpässe, die sicher auch in der weltweiten Nachfrage begründet liegen. Wir arbeiten mit Hochdruck daran, unsere Krankenhäuser und Arztpraxen mit den notwendigen Schutzausrüstungen zu versorgen. Das ist eine der Hauptaufgaben, der sich die Landesregierung momentan stellt.

Ich bin aber auch sehr dankbar, dass wir in diesen schwierigen Zeiten ein Zeichen europäischer Solidarität senden können. Italien ist momentan das weltweit am härtesten betroffene Land. Das Ernst-von-Bergmann-Klinikum in Potsdam und das Carl-Thiem-Klinikum in Cottbus haben sich bereit erklärt, Patienten aus Italien aufzunehmen. Auch viele andere Kliniken in

Deutschland sind bei dieser Aktion dabei. Wir zeigen damit: Europa steht auch in dieser schweren Zeit zusammen. Wir bekämpfen das Virus gemeinsam und wir retten gemeinsam Menschenleben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eines fällt dieser Tage besonders ins Auge: der beispiellose Zusammenhalt in unserem Land Brandenburg. Auch wenn es wie ein Widerspruch klingen mag: Die Menschen gehen auf Distanz und nähern sich zugleich einander an. Sie sind sich vielleicht sogar näher als zuvor. Sie vergewissern sich über Telefon, Internet oder von Fenstern und Balkonen, wie es ihren Nachbarn geht. Sie zeigen mit Plakaten, Gesten oder Musik ihre Dankbarkeit gegenüber denjenigen, die gerade besonders belastet sind.

Das gilt für das gesamte Personal in den medizinischen Einrichtungen. Das gilt für die Verkäuferinnen und Verkäufer, die Lkw-Fahrer und die Zeitungszusteller. Das gilt für diejenigen, die die Kinder der Eltern betreuen, die in der kritischen Infrastruktur arbeiten. Das gilt für diejenigen, die unseren öffentlichen Nahverkehr am Laufen halten. Das gilt für die Polizistinnen und Polizisten, die Handwerker und alle anderen, die dafür sorgen, dass unser Land auch in dieser schwierigen Situation weiterhin funktioniert. Sie alle sind die Heldinnen und Helden unserer Zeit. Danke!

(Allgemeiner Beifall)

Überall gibt es Beispiele der Solidarität: Das sind junge Menschen, die für die Älteren die Dinge des Alltags einkaufen oder auch den Hund ausführen. Das sind die Enkel, die mit ihren Großeltern per Video-Chat Kontakt halten, weil Besuche derzeit gefährlich sind. Das sind auch Hotelbesitzer, die ihre Zimmer kostenfrei an medizinisches Personal vergeben, und viele andere mehr.

Viele vernetzen sich, um sich gegenseitig zu unterstützen. Das Internet steht oft im Mittelpunkt dieser Initiativen. Menschen kommen in schwierigen Zeiten zusammen und helfen einander. Wir alle müssen dazu beitragen, uns diesen positiven Aspekt der Solidarität auch über das Ende der Bedrohung hinaus zu erhalten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, niemand konnte erwarten, dass uns zu Beginn dieser Legislaturperiode die schwerste Bewährungsprobe in der Geschichte unseres Landes bevorstehen würde. Besonders meinen Stellvertretern - Gesundheitsministerin Ursula Nonnemacher und Innenminister Michael Stübgen -, aber auch allen anderen Ministerinnen und Ministern danke ich herzlich für die gute und enge Zusammenarbeit in dieser schwierigen Zeit. Ich bin sehr froh, dass wir uns voll und ganz aufeinander verlassen können.

Aber diese Leistung wäre nicht möglich ohne die vielen engagierten Beschäftigten in den Ressorts der Landesregierung, in den Landkreisen, Städten und Gemeinden, die den Laden im wahrsten Sinne des Wortes am Laufen halten. Der interministerielle Stab zur Koordinierung der Krise arbeitet erfolgreich mit den Stäben zusammen, die auf der kreislichen und kommunalen Ebene gebildet wurden. Auch ihnen danke ich herzlich.

Mein Dank gilt auch Ihnen, den Abgeordneten, die Sie im Moment unter erschwerten Bedingungen und gleichzeitig hohem Zeitdruck arbeiten und doch schnell und entschlossen handeln.

Ich bin überzeugt, dass viele unserer Maßnahmen Wirkung zeigen werden. Aber wir sind nicht am Ende dieser Krise, sie hat leider erst begonnen. Und wir erleben täglich: Was gestern noch galt, kann heute schon wieder anders sein. - Deshalb bitte ich die Menschen überall im Land weiter darum, ihre Verantwortung so besonnen und ruhig wie bisher wahrzunehmen: eben echt brandenburgisch.

Liebe Brandenburgerinnen und Brandenburger, informieren Sie sich in den Medien über den aktuellen Stand! Die Journalistinnen und Journalisten berichten gerade in den Regionen verantwortungsvoll und informativ - auch dafür an dieser Stelle ein großes Dankeschön.

(Allgemeiner Beifall)

Wir in der Landesregierung haben ein umfangreiches Informationsangebot erstellt, vom zentralen Corona-Portal über das Bürgertelefon bis zum Podcast.

Aufeinander achtzugeben ist in dieser Zeit besonders wichtig. Jeder und jede von uns trägt nicht nur für sich Verantwortung, sondern auch für Freunde, Verwandte und Nachbarn. Es liegt an uns allen, die Ausbreitung des Virus weiter zu verlangsamen und damit Leben zu retten.

Der Kampf gegen das Coronavirus fordert uns als Gemeinschaft heraus. Es ist kein einfacher Kampf. Aber mit Besonnenheit, Entschlossenheit, Menschlichkeit und Solidarität werden wir es gemeinsam schaffen. Und wir werden den Schalter dann auch wieder von Pause auf Start umlegen - für eine gute Zukunft aller Menschen in unserem Land Brandenburg. - Herzlichen Dank.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Abgeordnete Kalbitz für die AfD-Fraktion.

Herr Abg. Kalbitz (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Vorab möchte auch ich im Namen der AfD-Fraktion danken: Dank allen Mitarbeitern der Verwaltung, nicht nur hier im Landtag, sondern auch in den Ministerien und Behörden, den Mitarbeitern der Gesundheitsversorgung in Kliniken, die Tag und Nacht unter erschwerten Bedingungen vollen Einsatz bringen, um unser Leben zu schützen, allen Mitarbeitern der Kindernotbetreuung, die sich kümmern, damit dort, wo es noch möglich ist, der Arbeit nachgegangen werden kann, all den Mitarbeitern in der Lebensmittelversorgung, Verkäufern, die im Dauerstress sind und dafür sorgen, dass wir normal weiter versorgt werden, auch den Mitarbeitern der Apotheken, die uns mit Medikamenten versorgen, den Mitarbeitern für Logistik und Warenlieferungen - wir merken in diesen Tagen ja, wie fragil diese Warenketten sind -, auch den Mitarbeitern des öffentlichen Nahverkehrs, die sich jeden Tag hohen Risiken aussetzen, den Polizei- und Sicherheitskräften, die gemeinsam beschlossene Verordnungen und Maßnahmen zum Schutze aller durchsetzen müssen und die normale Kriminalitätsbekämpfung dabei nicht aus den Augen verlieren dürfen, der Feuerwehr, dem THW, dem Roten Kreuz, der Bundeswehr, die weiterhin Tag und Nacht vor Gefahren schützen, der Müllabfuhr, die unsere Städte sauber und ordentlich hält - all den Menschen, die dafür sorgen, dass unsere Gesellschaft auch unter diesen Bedingungen so funktio-

niert, wie wir es jeden Tag als normal hinnehmen und manchmal vielleicht nicht genug zu schätzen wissen. Sie alle erhalten unsere Versorgung, unsere Gesundheit, unsere Sicherheit mit täglichem Einsatz unter sehr anstrengenden, belastenden Bedingungen aufrecht. Die Wertschätzung dieser Arbeit sollte auch nach der Krise nicht nachlassen.

Ein kurzer Rückblick: Am 3. Januar 2013 wurde die Bundesregierung mit einem Bericht zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz 2012 unterrichtet. Die Risikoanalyse geht bei einer bedingten Wahrscheinlichkeit von einer Pandemie durch den hypothetischen Erreger Modi-SARS aus. Namentlich wird in der Risikoanalyse direkt zu Anfang ein Coronavirus genannt, das seit 2012 bekannt ist und zum damaligen Zeitpunkt unter sechs nachweislich Infizierten zu zwei Todesfällen geführt hat. Schon 2012 ist die Rede von einer Übertragung des bei Wildtieren vorkommenden Erregers über asiatische Märkte und einer weiteren Ausbreitung durch Reisende. Auch die angegebene Inkubationszeit von 14 Tagen sowie die in der Analyse beschriebenen Symptome lesen sich wie eine Beschreibung der Symptome in der aktuellen Corona-Pandemie. Auch in den anderen Punkten sind die Abweichungen gegenüber der heutigen Situation marginal: Die Letalität wird in der Analyse auf 10 % geschätzt, mit deutlichen Unterschieden je nach Altersgruppe. Selbst die räumliche Ausdehnung wurde treffend als global, aber vorwiegend im asiatischen, europäischen und nordamerikanischen Raum angegeben. Es bleibt zu hoffen, dass zumindest der damals vorausgesagte Zeitraum von drei Jahren nicht Realität wird - angesichts dessen, dass mancher Freischaffende und Selbstständige schon jetzt Sorge hat, wie er im nächsten Monat den Kühlschrank füllt.

Schon vor acht Jahren waren auch die Handlungsempfehlungen bekannt: rasche Informationen über Schutzmaßnahmen, Isolierung und Quarantäne von Verdachtsfällen, aber auch von infizierungsempfindlichen Personen, Absage von Massenversammlungen, Schulschließungen. Und obwohl die drohende Gefahr bekannt war, obwohl der Erreger in China erkannt wurde, sind teilweise zögerlich sinnvolle Maßnahmen und Handlungen unternommen worden, um unsere Bevölkerung zu schützen. Die Bundesregierung stand - wie auch die Regierungen anderer Länder - zugegebenermaßen vor einer völlig neuen Situation, für die es keine Erfahrungswerte gab, hat am Anfang teilweise auch zögerlich gehandelt.

Einfache und schnelle Maßnahmen, eine vernünftige Information der Bevölkerung hinsichtlich Corona-Verdachtsfällen können Leben retten. Obwohl bereits im Dezember 2019 erste Infektionen in China bekannt wurden und am 27. Januar 2020 auch der erste Deutsche erkrankte, wurde uns von Gesundheitsminister Spahn noch bis Mitte Februar mitgeteilt, die Corona-Lage sei unter Kontrolle. Und bis Ende Februar konnte den Medien entnommen werden, Gesundheitsminister Spahn - Zitat - halte nichts von Reisebeschränkungen - Reisebeschränkungen, die in anderen Ländern Leben gerettet haben dürften. Auch vor der eigenen Haustür müssen wir kehren.

Für Lehren ist es noch zu früh. Die Krise ist auf ihrem Höhepunkt. Wir alle wissen nicht, wann sie ausgestanden ist, welche Folgen sie langfristig auch für unsere Wirtschaft haben wird.

Herr Woidke, in Ihrer Rede sprachen Sie davon, dass weltweit mit Hochdruck daran gearbeitet werde, Behandlungsmethoden und Impfstoffe zu entwickeln. Vielleicht gelingt es uns, diese Krise, wenn sie überstanden ist, auch als Anregung zu nutzen, Brandenburg als Wissenschaftsstandort weiter auszubauen, der selbst solche Behandlungsmethoden und Impfstoffe entwickeln kann, anstatt uns auf die Welt zu verlassen, die, wie wir

jetzt merken, von fragilen Lieferketten und Einzelinteressen abhängig ist.

Mit dem Großprojekt Tesla versucht die Landesregierung ja, einen Schritt in Richtung Ausbau Brandenburgs zum Industriestandort zu machen. Wir werden sehen, was daraus wird, und werden das auch weiterhin kritisch begleiten, wobei das nicht der Schwerpunkt in dieser Zeit ist.

Weshalb nutzen wir keine Grenzkontrollen nach Polen, um Corona-Verdachtsfälle schneller zu identifizieren und das Leben der Bevölkerung Brandenburgs zu schützen? Wir verlassen uns auf Polen und die Nachbarstaaten, die dies konsequent tun. Warum werden an unseren Flughäfen keine Kontrollen zur Identifikation von Corona-Verdachtsfällen durchgeführt?

Ja, es gibt auch unschöne Seiten. In Ihrer Erklärung bezeichnen Sie die „Hamsterkäufe“ als asozial, und Sie haben recht: Natürlich sind Hamsterkäufe kein gebotenes Mittel.

Und ja, es gab unschöne Szenen in Lebensmittelgeschäften. Die teilweise manische Fixierung auf Toilettenpapier ist mir bis heute unerklärlich. Aber auch dieses angstgetriebene Verhalten der Menschen hat seine Ursache in unzureichender Information bei gleichzeitigem Misstrauen - ich glaube, das war ebenfalls eine Ursache - und, ja, auch in der Verbreitung von Falschmeldungen und Verschwörungstheorien.

Wir nehmen die Ängste der Menschen ernst und fordern weiter eine ehrliche und zügige Information und auch mehr Transparenz, auch innerhalb des parlamentarischen Betriebes. Wir mussten oftmals feststellen, dass die eine oder andere Information auch für die Abgeordneten eher der Presse zu entnehmen war als den Verlautbarungen der Regierung an den Landtag.

Mittlerweile wurden zahlreiche Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie ergriffen. Ich habe bereits darauf hingewiesen, dass im Nachklang der Krise zu erörtern ist, wie in Zukunft organisierter und konsequenter mit solchen Herausforderungen umgegangen werden kann - Thema Schulschließungen; da war Brandenburg auch das Schlusslicht -, wenngleich, wie ich schon betont habe, die Situation für alle neu ist.

Auch bei den wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die wir grundsätzlich sehr begrüßen und die nötig sind, ist eine intensive Unterstützung, zum Beispiel der ILB, angebracht. Wenn das Bestreben jetzt darin besteht, die tägliche Bearbeitung von 200 Anträgen auf 1 000 Anträge zu erhöhen, ist das eine irre Herausforderung. Sie haben erwähnt, dass bereits 47 000 Anträge eingegangen sind. Bis die Anträge adäquat bearbeitet werden, gehen unter den jetzigen Bedingungen Monate ins Land. Wir fordern die Landesregierung dazu auf, die ILB möglichst flexibel und unbürokratisch mit Personalaufstockungen zu unterstützen. Das könnte beispielsweise durch den Einsatz einzelner Beamter aus den Ministerien geschehen. Unkonventionelle Situationen erfordern unkonventionelle Maßnahmen.

Eine wichtige Forderung der AfD-Fraktion war die Erteilung der Approbation für deutsche Ärzte, die an der Pommerschen Medizinischen Universität Stettin ihr Studium abgeschlossen haben. Das ist eine Forderung, die wir übrigens bereits am 19.03.2020 in dem Antrag „Interpretation von Formalitäten an europäische Praxis angleichen - Medizinstudenten der Pommerschen Medizinischen Universität in Stettin approbieren!“, Drucksache 7/888, erhoben haben. Der Antrag wurde seinerzeit abgelehnt.

Gerade jetzt kommt es auf jeden Einzelnen an. Die Ärzte der PMU Stettin sind gut ausgebildete junge Leute, die unser Land dringend braucht. Selbst Jens Spahn kam - nach der AfD-Forderung - bereits zu der Erkenntnis, dass wir diese Ärzte dringend benötigen. Und wir freuen uns, dass dieser Forderung inzwischen Folge geleistet wurde. Gleichwohl heißen wir die Befristung nicht gut, weil sie jungen Medizinerinnen nicht die Perspektive gibt, um sie in Brandenburg zu halten.

Sie sprechen in Ihrer Erklärung von einer Zusammenarbeit auf allen Ebenen. Das heißen wir gut, und wir schließen uns an. Für uns schließt das auch eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen der Landesregierung und den Oppositionsparteien ein. Grundlage einer konstruktiven Zusammenarbeit bleibt aber eine zügige und stete Informationsweitergabe.

Trotz mancher Versäumnisse und aller Kritik verspreche ich im Namen der AfD-Fraktion, dass wir die Landesregierung bei allen notwendigen Maßnahmen zum Schutze der Bevölkerung unterstützen werden. Wir werden parteipolitische Ziele hintanstellen und an allen Maßnahmen konstruktiv mitarbeiten, die dazu dienen, Leben zu retten.

Die Gesundheit und das Leben jedes Einzelnen sind unser oberstes Ziel. Ich fordere Sie auch auf, sich konstruktiv mit unserem Entschließungsantrag zu beschäftigen, der einiges an Maßnahmen ergänzt, die wir für nötig und förderlich halten. Es geht um mehr als um parteipolitische Differenzen, nämlich um sachpolitische Belange im Interesse der Menschen in unserem Land.

Herr Redmann, es ist schlicht unredlich, wenn Sie der AfD unterstellen, wir würden irgendwas blockieren. Das ist nicht der Fall. Wir stimmen auch - was als Opposition sehr ungewöhnlich ist - dem Haushalt zu; denn wir wissen, dass es jetzt nötig ist, dass die Nothilfe bei den Menschen ankommt. Und wir wissen auch, dass uns mit diesem Haushaltsentwurf so, wie er vorliegt, ein Teil des Nachtragshaushalts, den so schnell zu beschließen nicht zwingend notwendig gewesen wäre, untergejubelt wird. Das ficht uns aber nicht an, weil wir wissen, dass es jetzt wichtig ist, angemessen auf die Krise zu reagieren. Das sehen wir konstruktiv. Ähnliches galt für das Pairing-Verfahren, dem wir auch zugestimmt haben.

Wenn Sie uns vorwerfen, dass wir das Kommunale-Notlagen-Gesetz nicht nach wenigen Stunden abnicken - wenn also der Entwurf abends vorliegt und vormittags die Entscheidung getroffen werden muss -, sage ich: Es geht eben darum, dass wir das diskutieren wollen - nicht in dem normalen Vorlauf von Monaten und Wochen, aber eine intensive Befassung, gerade wenn es um solche grundlegenden, auch verfassungsrechtlich relevanten Themen geht, muss möglich sein. Uns daraus den Vorwurf der Blockade zu machen ist eine parteipolitische Instrumentalisierung in der Krise, die wir ablehnen.

Wir werden auch dem Nachtragshaushalt der Landesregierung mit der gebotenen Solidarität zustimmen, um die Maßnahmen zu unterstützen. Auf den untergejubelten Teil des Nachtragshaushalts habe ich bereits hingewiesen. Das kann aber in der Krise jetzt keine Rolle spielen.

Gleichzeitig werden wir als Opposition natürlich alle getroffenen Maßnahmen der Landesregierung konstruktiv-kritisch verfolgen, gerade wenn es um die Einschränkung demokratischer Rechte geht. Wir nehmen unsere Rolle als größte Oppositionspartei sehr ernst und werden nicht zulassen, dass demokrati-

sche Prozesse unter dem Deckmantel des Gesundheitsschutzes eventuell beeinträchtigt oder abgebaut werden, wo es vermeidbar und unnötig ist. An anderen Stellen wird die Einschränkung von Freiheitsrechten nicht vermeidbar sein. Aber Freiheitsrechte bewahren und nötige Einschränkungen durchsetzen - dieses Spannungsverhältnis gilt es eben in der Krise auszubalancieren.

Abschließend möchte ich mich in einigen Punkten durchaus der Regierungserklärung anschließen. Die derzeitige Solidarität der Menschen, der Zusammenhalt und die Unterstützung zwischen Jung und Alt über alle derzeit gebotenen Grenzen hinaus: Wir sehen eine grundsätzlich vorhandene Hilfsbereitschaft und Solidarität in unserem Land. Das sollte uns motivieren und mahnt uns zugleich, diese Helden des Alltags während und nach der Krise nicht im Stich zu lassen. - Vielen Dank.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Danke schön. - Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Stohn.

Herr Abg. Stohn (SPD): *

Sehr geehrte Damen und Herren! Lassen Sie mich kurz einen Blick auf die vorherige Rede werfen. Als Herr Kalbitz das Verbreiten von Fake News ansprach, dachte ich zunächst, es werde heute eine Bußrede geben. Das war dann doch nicht der Fall.

Was mich wirklich verwundert, ist, mit welcher Lust Sie immer wieder darauf setzen, dass das Tesla-Projekt, die größte Industrieansiedlung seit der Wiedervereinigung in unserem Brandenburg, misslingen könnte. Diese Lust am Scheitern, mit der Sie das hier vortragen, stimmt mich wirklich nachdenklich.

Eines möchte ich auch noch klarstellen: Wir haben gestern versucht, mit allen Fraktionen in diesem Haus ins Gespräch zu kommen, um eine Lösung für unsere kommunalen Parlamente zu finden: um Demokratie auch angesichts der Corona-Krise und entsprechenden Gesundheitsvorkehrungen auch in den kommunalen Parlamenten stattfinden zu lassen. Es ging nicht darum, etwas durchzuwinken, sondern darum, den Gesetzentwurf auf die heutige Tagesordnung setzen zu können, um ihn in 1. Lesung zu diskutieren, an den Innenausschuss zu überweisen, um eine entsprechende Anhörung - auch der kommunalen Spitzenverbände - durchführen zu können, und ihn in der Folge zu beschließen. Durch die Verweigerung Ihrer Fraktion verlieren wir jetzt unnötig Zeit, die wir zur Stärkung der kommunalen Demokratie benötigt hätten. Das ist der Schaden. Aber sei drum. Vielleicht haben Sie einfach noch nicht gewusst, dass eine 1. Lesung auch eine erste Diskussion bedeutet. Nach fünf Jahren im Parlament könnte man das aber wissen.

Sehr verehrte Damen und Herren, die Welt hat eine Vollbremsung hingelegt. Das öffentliche Leben ist nahezu zum Erliegen gekommen. Unsere Wirtschaft steht vor der größten Herausforderung seit der politischen Wende. Die Sonne scheint, als wäre nichts gewesen, aber die Cafés sind leer, die Regionalbahnen sind es auch, und die allermeisten Geschäfte haben geschlossen.

Das liegt an den ergriffenen Maßnahmen, die alle ein Ziel haben: die Gesundheit von uns Bürgerinnen und Bürgern zu schützen. Wir müssen die Verbreitung des Virus verlangsamen, damit die medizinische Versorgung für alle sichergestellt ist.

Alle, die durch das Virus erkranken und einen schweren Verlauf dieser Krankheit erleben, benötigen die bestmögliche Betreuung. Das geht nur, wenn wir nicht an die Kapazitätsgrenzen unserer Krankenhäuser und unseres medizinischen Personals stoßen.

Unser Ministerpräsident hat es gesagt: Die erste Aufgabe ist es, Leben zu retten. Dazu gehört es, die Krankenhäuser und die dort Beschäftigten - die Ärztinnen, die Krankenpfleger, die Notfallsanitäter und das gesamte Personal - zu unterstützen. Sie haben schon jetzt Großartiges geleistet, und in den kommenden Wochen kommt noch mehr auf sie zu. Ich sage an dieser Stelle ganz herzlichen Dank an das medizinische und das pflegerische Personal.

Die Kliniken bauen Stationen um und schaffen mehr Beatmungsgeräte an, damit mehr Betten für intensivmedizinische Versorgung zur Verfügung stehen. Das Land unternimmt gemeinsam mit den Krankenhäusern alles, um den Beschäftigten im Gesundheitsdienst sowie in der Pflege den Rücken freizuhalten und das benötigte Material zu beschaffen, sei es Desinfektionsmittel oder seien es Atemschutzmasken. Wir arbeiten dabei Hand in Hand mit den Ärzteverbänden, den Krankenhäusern, den Kommunen - und natürlich dem Bund.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die allermeisten Menschen halten sich an die Vorsichtsregeln, die eine Ausbreitung des Virus bremsen und so Leben retten können. Sie tun es zum eigenen Schutz, aber auch weil sie wissen, sie schützen damit Mitmenschen, die gesundheitlich stärker gefährdet sind.

Der Ministerpräsident sprach von einem Marathonlauf, an dessen Anfang wir stehen. Ich will es etwas apokalyptischer formulieren: Der Sturm zieht gerade erst auf. - Abstand halten heißt Leben retten. Wir wollen verhindern, dass bei uns Bilder entstehen, wie sie in Italien - in Bergamo - jetzt jeden Abend zu sehen sind, wo Militärlaster voller Särge durch die Straßen fahren. Oder wie in anderen Ländern, wo es mittlerweile vom Alter und von den Genesungschancen abhängt, ob man noch Zugang zu Gesundheitseinrichtungen hat. Das sage ich denjenigen, die ich noch vor wenigen Tagen die Getränkepulle herumreichend vor dem Supermarkt gesehen habe: Nehmen Sie es ernst!

Die allermeisten halten sich, wie gesagt, daran. Dieses Miteinander spürt man an vielen Stellen. In den Familien wird sich auf ganz neue, intensive Weise umeinander gekümmert. Schule findet jetzt zu Hause statt. Oma und Opa können nicht besucht werden, aber man kauft für sie ein, telefoniert mit ihnen und sorgt sich um sie. Das macht deutlich, wie wichtig jedem von uns Familie ist.

Auch im Freundes- und Kollegenkreis gibt es ein stärkeres Gemeinschaftsgefühl. Wir achten stärker aufeinander. Wir kümmern uns um andere, helfen mit und helfen aus. Noch viel großartiger ist: Wir helfen Menschen, die wir gar nicht kennen. Nachbarn kaufen füreinander ein, damit ältere Mitmenschen nicht vor die Tür gehen müssen; andere nähen Atemschutzmasken für Menschen, die berufsbedingt mit vielen in Kontakt stehen. Das mag für uns ungewöhnlich sein, und vielleicht empfindet der eine oder andere noch Scham, aber es ist auch eine Maßnahme, um sich und andere zu schützen.

Ich bin stolz darauf, dass viele dem Aufruf gefolgt sind, zum Blutspenden zu gehen. Am Montag war ich in Jüterbog Blut spenden, und ein Drittel mehr Menschen taten es mir gleich, als es sonst der Fall ist. Vielen Dank auch für Ihre Bereitschaft, in schwierigen Zeiten Blut zu spenden!

(Allgemeiner Beifall)

Bei Agrarbetrieben und Gärtnereien melden sich jetzt viele, die bei der Ernte aushelfen wollen. Lieferanten und Lkw-Fahrer geben alles, damit keine Engpässe entstehen. Etliche Unternehmen stellen ihre Produktion um, um Materialien herzustellen, die die dringend benötigte medizinische Versorgung sicherstellen. Wenn es heißt, in der Krise zeigt sich der wahre Charakter, stelle ich fest: Wir hier in Brandenburg sind großartige Menschen, die gerade über sich hinauswachsen. Vielen Dank!

Wer sich in unserem Land umsieht, sieht auch viele Sorgenfalten, viele Fragen. Die Menschen haben Angst um ihre berufliche Existenz. Deshalb ist es unsere politische Aufgabe, die Folgen der Corona-Krise einzudämmen. Wir stehen im 30. Jahr der politischen Einheit - und wir stehen vor Aufgaben, die wir bisher nicht kannten: Geschäfte haben geschlossen, Aufträge sind storniert, Produktionsmaterial ist schwieriger zu beschaffen.

Land und Bund befinden sich in enger Abstimmung und haben Maßnahmen ergriffen, um Beschäftigung und Betriebe zu sichern und möglichst unbeschadet durch die Krise zu bringen. Den Unternehmen wird durch Kredite und Steuerstundungen Luft und Zeit verschafft. Kurzarbeitergeld hilft Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, deren Betriebe aktuell leere Auftragsbücher haben. Kreative, Kulturschaffende und Selbstständige können auf Zuschüsse bauen. Die Grenzpendler aus unseren polnischen Nachbarregionen, die in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und Unternehmen dringend gebraucht werden, bekommen Unterstützung, damit sie hier übernachten und trotz geschlossener Grenzen zu ihrem Arbeitsplatz gelangen können.

Brandenburg war beim Bereitstellen der Soforthilfen eines der ersten Bundesländer. Seit einer Woche sind bei der ILB Anträge möglich. Über 45 000 sind es mittlerweile; 11 Millionen Euro sind schon ausgezahlt. Ich habe gestern noch einmal mit einem Gastwirt aus meinem Wahlkreis gesprochen, der 15 Mitarbeiter beschäftigt. Er sagt, es sei ein gutes Gefühl in Zeiten dieser Krise, wenn er das Geld am letzten Mittwochvormittag beantragt und bereits um 12.36 Uhr die Rückmeldung „Ihr Antrag ist eingegangen, er wird bearbeitet“ bekommen habe, er sich außerdem - auch zum Wohle seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - auf das Kurzarbeitergeld verlassen könne.

Zugleich dämpfen wir in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung die sozialen Auswirkungen der Krise. Keine Familie muss fürchten, wegen vorübergehender Mietrückstände auf die Straße gesetzt zu werden. In Brandenburg, wo Eltern ihre Kinder gerade nicht in die Kitas schicken können, weil die geschlossen haben, müssen ab heute keine Kitabeiträge mehr gezahlt werden. Auch Eltern, die ihre Kinder zu Hause betreuen und deshalb nicht arbeiten können, haben Anspruch auf eine Lohnentschädigungszahlung.

Wir haben diese Soforthilfemaßnahmen gemeinsam erarbeitet und sie in atemberaubendem Tempo miteinander beschlossen: im Bundestag, im Bundesrat und auch hier im Landtag. Heute werden wir einen Nachtragshaushalt beschließen, der den bundesweiten Schutzschirm um einen Brandenburger Rettungsschirm ergänzt. Ich werde oft gefragt: „Können wir uns das leisten?“ Meine Antwort ist: Nichts zu unternehmen, das können wir uns nicht leisten.

Wir wollen Arbeitsplätze und Betriebe sichern, damit nach der Krise Wertschöpfung noch möglich ist, damit die großen Summen an Soforthilfe, die wir jetzt bereitstellen, auch irgendwann wieder erarbeitet können. Gerade im Osten ist das wichtig, wo die Unternehmen noch nicht so dicke Kapitaldecken haben, wie

es im Westen vielleicht der Fall ist, wo uns die Krise in einem Klima erwischt, bei dem eigentlich alle Zeichen auf Investition standen und alle investieren wollten. Gerade jetzt müssen sie an die Puffer gehen, um diese Krise zu überstehen. Deswegen ist die schnelle Soforthilfe, die wir in unserem Bundesland gestartet haben, so richtig und wichtig. Ganz herzlichen Dank an alle, die daran mitwirken!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Miteinander im ganzen Land, das Tempo bei den notwendigen Entscheidungen und das entschlossene Handeln aller Verantwortlichen sind beeindruckend. Allerdings kommen dieser Tage auch Dinge vor, die gar nicht gehen: wenn Betriebe übereilt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entlassen, die sie nach überstandener Krise dringend wieder benötigen; wenn einzelne Handelsketten meinen, sie müssten für ihre geschlossenen Läden keine Miete mehr zahlen, obwohl sie sich in den Jahren zuvor eine goldene Nase verdient haben.

Ich sage es sehr deutlich: Es ist Zeit für ein Miteinander und Solidarität, im Großen wie im Kleinen. Es ist kein Platz für Egoismus oder Kleinstaaterei.

Mehr sehr verehrten Damen und Herren, wir als Parlament werden heute mit dem Nachtragshaushalt 2 Milliarden Euro bereitstellen und damit der Regierung die Möglichkeit geben, in unserem Auftrag schnell zu handeln, das Nötige zu tun und die Zukunft Brandenburgs in diesen schweren Zeiten zu sichern. Aber wir denken auch an die Zeit danach. Mit dem Zukunftsinvestitionsfonds halten wir Geld für die Zeit bereit, wenn das öffentliche Leben wiederbeginnt und sich die Straßen wieder füllen. Dann braucht es konjunkturelle Impulse. Die setzen wir mit dem Zukunftsinvestitionsfonds: 1 Milliarde Euro halten wir dafür bereit. Das war vor Corona richtig und ist nach Corona nötiger denn je.

Aber wir müssen noch mehr tun, um uns für die Zukunft zu wappnen. Wir müssen aus dieser Pandemie, ihrem Verlauf und ihren schrecklichen Auswirkungen Lehren ziehen. Ich möchte nur einige Grundlinien aufzeigen:

Erstens. Das Wichtigste ist das gesellschaftliche Miteinander, ist der Zusammenhalt. Das gilt in normalen Zeiten und in Krisenzeiten erst recht. Kein Mensch, kein Landkreis, kein Nationalstaat kann sich abschotten und glauben, ihn erreiche dieses Virus nicht. Wir leben in einer vernetzten Welt. Das bedeutet aber übrigens auch: Wir müssen uns in und nach der Krise um multinationale Organisationen wie die Europäische Union und die Vereinten Nationen kümmern und diese stärken. Deswegen ist es auch richtig, dass wir auch in unserem kleinen Brandenburg Hilfe für italienische Patienten leisten.

Zweitens. Der Sozialstaat spielt in dieser komplexen, arbeitsteiligen Welt eine entscheidende Rolle für das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger. Vor einigen Jahren war Privatisierung das Allheilmittel, die Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge dagegen im Verruf. Das Coronavirus zeigt: Ein starker, vorsorgender und sozialer Staat ist unverzichtbar. Das ist die zweite Lehre aus dieser Krise. Wir müssen uns alle miteinander die Frage stellen, ob es klug war, das Gesundheitssystem mehr und mehr auf Wirtschaftlichkeit und Auslastung aufzubauen. Hier müssen alte Wahrheiten mit neuen Erfahrungen abgeglichen werden, hier müssen wir Lehren aus der aktuellen Situation ziehen.

Die dritte Lehre lautet: Dieser Staat ist auch in Notlagen handlungsfähig. Er zeigt gerade, dass er in der gebotenen Eile demokratisch entscheiden und handeln kann. Er zeigt vor allem, dass es uns gelingt, mit einem klugen Gleichgewicht zwischen Freiheit und Sicherheit, zwischen Solidarität und Selbstbeschränkung zu handeln. Wir zeigen, dass das Gesundheitsinteresse über dem Wirtschaftsinteresse steht. Wir zeigen gerade, dass man Menschen auch in freiheitlichen Demokratien für die Bekämpfung des Virus gewinnen kann, ohne sie einzusperren oder zu gängeln. Hierzulande handeln Regierungen entschlossen im Auftrag der Parlamente und gemeinsam mit den Parlamenten. Sie beziehen die Menschen in die Bekämpfung des Virus ein, sie stehen zusammen und machen Ungeahntes möglich, ohne die freiheitlichen, demokratischen Rechte infrage zu stellen. Journalisten berichten weiterhin frei, kritisch, objektiv und ununterbrochen. Alle unsere Maßnahmen müssen der Überprüfung durch Gerichte standhalten. Diese Situation ist keine Notsituation der Demokratie. Wir haben eine Gesundheitskrise und keine Demokratiekrise, wie uns die AfD hier einreden will. Die Gewaltenteilung funktioniert, und mir ist es wichtig zu sagen, dass alle vier Gewalten dazu beitragen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin mehr denn je überzeugt: Der soziale und demokratische Staat ist am besten geeignet, den Menschen ein Leben in Würde und Sicherheit zu ermöglichen, auch und gerade in der Krise, wie wir sie momentan erleben. Wenn diese schwierige - für viele schwere - Zeit etwas Gutes hat, dann das: Sie erinnert uns an das Wesentliche, an das, was wirklich zählt, daran, wie sehr wir alle einander brauchen. Sie zeigt uns, wie groß das Engagement der Menschen, der Brandenburgerinnen und Brandenburger füreinander ist. Wir haben uns diese Krise nicht ausgesucht, aber wir nehmen sie gemeinsam an. - Herzlichen Dank, Brandenburg!

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Danke schön. - Für die Fraktion DIE LINKE hat der Abgeordnete Walter das Wort. - Ich glaube, wir können den beiden Gebärdensprachdolmetscherinnen auch einmal mit einem Beifall danken.

(Allgemeiner Beifall)

Bitte schön, Herr Walter.

Herr Abg. Walter (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Coronavirus ist in unser Leben eingeschlagen und hat von heute auf morgen alles verändert: Die Schulen und Kitas sind geschlossen, Restaurants, Theater und Kinos haben zu, und unsere Grenzen sind dicht. Mit Freunden in den Park, gemeinsames Grillen, in den Urlaub fahren oder einfach nur ganz normal seiner Arbeit nachgehen - das ist im Moment auch in Brandenburg nicht mehr möglich. Das öffentliche Leben ist nahezu vollständig zum Erliegen gekommen.

Diese Krise hat uns alle kalt erwischt. Und damit ist sie nicht nur eine Bedrohung für Leib und Leben der Menschen in diesem Land, sondern auch eine Gefahr für unser wirtschaftliches, kulturelles und soziales Leben in Brandenburg.

Ja, es war richtig, diese Entscheidungen zu treffen. Ja, es war richtig, auch harte Einschnitte in Kauf zu nehmen; denn wir

müssen alles dafür tun, der Ausbreitung des Virus entgegenzutreten - und das gemeinsam. Und ja, es war auch gut und richtig, dass die Landesregierung schnell Hilfen für die Wirtschaft auf den Weg gebracht hat. An dieser Stelle möchte ich Katrin Lange, Jörg Steinbach und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der ILB Danke sagen dafür, dass sie schnell gehandelt haben, sodass wirklich viele Unternehmen von den Soforthilfen profitieren können. Für die kleinteilige brandenburgische Wirtschaft ist diese Unterstützung überlebenswichtig.

Herr Ministerpräsident, Sie haben es in den letzten Tagen immer wieder beschworen: Auf was es jetzt ankommt, ist Solidarität - gerade mit denjenigen, die unsere Gesellschaft am Laufen halten und damit die größte Last zu tragen haben. Immer wieder haben Sie sich bei diesen Menschen bedankt: bei den Krankenpflegerinnen und -pflegern, den Kassiererinnen und Kassierern, bei den Busfahrerinnen und Busfahrern, aber auch den Lkw-Fahrerinnen und -Fahrern. Gut! Und nun?

Was uns diese Krise drastisch zeigt, ist Folgendes: Nicht die, die am meisten verdienen, sind die, die unsere Gesellschaft stützen, sondern gerade jene, die am Anfang des Monats nicht wissen, wie sie am Ende über die Runden kommen sollen, die auch sonst schlaflöse Nächte wegen der Klassenfahrt des Ältesten oder der Rechnung für die neue Waschmaschine durchleben müssen. Es sind gerade die Menschen im Niedriglohnssektor, die sich Tag für Tag der Gefahr einer Infektion aussetzen, damit wir alle noch in den Supermarkt gehen oder zur Arbeit fahren können, die unsere Oma im Heim versorgen oder die Essensausgabe an der Tafel aufrechterhalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Stohn, da wird eben auch eines sehr deutlich: Ein Dank allein - so wichtig die Anerkennung auch ist - reicht halt nicht aus. Denn schlussendlich bleibt es dabei: Kein Mensch in diesem Land kann seine Miete mit Applaus vom Balkon bezahlen. Keine Rechnung lässt sich mit einem netten Lächeln begleichen, und keine dritte Mahnung ist nach einem herzlichen „Vergelt's Gott!“ Geschichte.

Wir alle hier - wir 88 Landtagsabgeordnete, die wir hier sitzen - haben leicht reden, und darauf sollten wir auch einmal achten: Wir haben heute unseren vollen Lohn zu 100 % erhalten. Die Mehrheit der Brandenburgerinnen und Brandenburger kann von so einem sicheren Gehalt - auch von der Höhe - nur träumen. Was die Menschen von uns dafür aber erwarten, ist, dass wir unseren Job machen, dass wir uns konkret Gedanken machen und etwas auf die Beine stellen, um ihnen unter die Arme zu greifen. Das heißt in erster Linie, dass wir alles dafür tun, für ihre Sicherheit zu sorgen - und zwar im doppelten Wortsinn: für Sicherheit vor einer Infektion und für soziale, finanzielle Sicherheit -, dass wir die Ängste und Nöte der Brandenburgerinnen und Brandenburger sehen und sie nicht alleinlassen, denn das Leben ist immer konkret.

Auch Ihnen wird es so gegangen sein: In den letzten Tagen und Wochen haben sich viele Menschen bei uns allen gemeldet. Sie kennen mich ja inzwischen ein bisschen - ich erzähle Ihnen jetzt einmal von diesen Menschen in unserem Land: Da ist zum Beispiel Luisa, die junge Krankenschwester.

(Zuruf)

- Tun Sie mal nicht so! Das ist eben die konkrete Realität in diesem Land. Während Sie hier „Danke, danke!“ sagen, melden sich die Menschen bei uns und haben Fragen.

(Weitere Zurufe)

Also hören Sie einfach in Ruhe zu, und dann können wir darüber diskutieren.

Sie ist Krankenschwester. Seit Jahren herrschen auch in ihrer Klinik Personalmangel, Unterbezahlung und massiver Druck. Deswegen ist sie letztes Jahr gemeinsam mit ihren Kolleginnen und Kollegen auf die Straße gegangen und hat gestreikt - für bessere Arbeitsbedingungen und mehr Gehalt: Wo war da eigentlich der Applaus für Luisa? Und was hat sich seitdem für sie verbessert?

Herr Stohn, die Situation in den Krankenhäusern bundesweit ist nicht einfach vom Himmel gefallen. Das sehen wir auch daran, dass noch im letzten Jahr - vor einigen Monaten - die Bertelsmann Stiftung gemeinsam mit Karl Lauterbach von der SPD und vielen anderen in diesem Land gefordert hat, dass wir doch die Hälfte der Kliniken schließen sollen, das rechne sich so ja nicht. Während Luisa für ihren Knochenjob am Ende mit gerade einmal 2 000 Euro netto nach Hause geht, machen private Klinikkonzerne Millionengewinne - aber rechnet sich ja nicht, haben Sie uns erzählen wollen! Die Privatisierung im Gesundheitswesen - das war, das ist und das wird immer so sein - geht auf Kosten der Patientinnen und Patienten, der Angestellten, der Hygiene und der Qualität.

(Zuruf)

- Wir haben kein einziges Krankenhaus geschlossen, Herr Stohn, und wir haben auch kein einziges Krankenhaus privatisiert. Wir haben gemeinsam die Investitionspauschalen für die Krankenhäuser hochgefahren. Aber Sie wissen auch ganz genau, dass das ein bundesweites Thema ist. Deswegen sagte ich „bundesweit“.

Wohin uns das geführt hat, muss in dieser Krise doch selbst dem Letzten auch in diesem Hause klarwerden. Dass im 21. Jahrhundert allorts Näherinnen zugange sind, um händisch einfache Atemschutzmasken für unsere Gesundheitseinrichtungen zu produzieren, weil es keine Schutzkleidung mehr gibt, dass Ehrenamtliche zu Hause die Nähmaschine fürs Krankenhaus anschmeißen - wer hätte sich das überhaupt vorstellen können in diesem reichen Land Deutschland? Wenn ich Ihnen das vor zwei Monaten erzählt hätte, hätten Sie mich zu Recht für verrückt erklärt.

Es kann aber nicht sein, dass unser medizinisches Personal, die Ärzte und Pflegekräfte, jetzt das Gefühl bekommen, sie seien in dieser Krise das Kanonenfutter.

(Zurufe)

Der Schutz in unseren Gesundheitseinrichtungen muss die erste Priorität haben.

Nun erzähle ich Ihnen von einer Frau, die als Kassiererin in einem Potsdamer Baumarkt arbeitet. Vor zwei Wochen noch hat sie Schutzmasken verkauft - mit einer Preissteigerung von 300 %. Selbst hat sie keine mehr bekommen. Aber auch sie setzt sich täglich an ihre Kasse und begibt sich in die Gefahr einer Ansteckung.

Wenn mir eine befreundete Mukoviszidose-Patientin erzählt, dass sie alle Läden, alle Apotheken abgegrast habe, aber nirgends mehr eine Maske zu bekommen sei, dann müssen wir endlich darüber reden, diese bei jenen zu beschlagnahmen, die

meinen, damit jetzt noch den großen Reibach machen zu müssen, und sie denen zu geben, die sie wirklich brauchen. Wenn Sie fragen, wer das ist: Selbst Ihre Gesundheitsministerin hat vor einigen Tagen dargestellt, dass sie nicht verstehe, warum in einigen Baumärkten in den letzten Wochen noch FFP2- und FFP3-Masken verkauft wurden. Die Menschen erwarten zu Recht, dass wir jetzt handeln und auch über Beschlagnahmen reden.

Die Krankenschwester und auch die Kassiererin haben Kinder im Kita-Alter. Und als wäre alles nicht schon schwierig genug, müssen sie trotz Aussetzung der allgemeinen Kitagebühren weiter blechen; denn ihre Kinder werden ja weiter betreut. Im Fernsehen erzählen die schlaunen Politiker dann, dass dafür gerade leider kein Geld mehr da ist. Was für ein Irrsinn: Für den Flughafen werden einfach mal so 110 Millionen Euro zusätzlich lockergemacht. Wer soll das verstehen? Ist das die neue Wertschätzung vonseiten der Politik? Na herzlichen Dank dann aber auch! Es wäre doch jetzt wirklich das Mindeste, dass Claudia und Luisa nicht auch noch finanziell dafür bestraft werden, dass sie in systemrelevanten Berufen arbeiten. Wirklich gerecht wäre hingegen, wenn sie für diese Arbeit in schwierigsten Verhältnissen zumindest für die Zeit der Krise 500 Euro steuerfrei obendrauf bekämen. Das wäre dann konkret!

Ich habe einen Bekannten, der in einem Restaurant arbeitet. Dieses ist zurzeit geschlossen. Sein Arbeitgeber hat Kurzarbeit angemeldet. Normal verdient er 1 250 Euro netto. Durch die Kurzarbeit hat er jetzt noch gute 750 Euro zur Verfügung. Klar, schöne Sache, er könnte seine Miete jetzt stunden. - Aber mal ganz im Ernst: Von 1 250 Euro kann er doch nach der Krise nicht auch noch seine Mietschulden begleichen! Wie soll das denn funktionieren? Konzerne wie Adidas machen sich jetzt einen Lenz, er muss aber de facto weiterzahlen. Deshalb ist es so wichtig, dass wir jetzt auch das Kurzarbeitergeld auf 90 % erhöhen, wie es auch die Gewerkschaften fordern.

Und auch das Land könnte helfen, indem wir endlich Strom- und Wassersperren verhindern. Das wäre konkrete Hilfe bei konkreten Problemen der Brandenburgerinnen und Brandenburger.

Herr Woidke, wenn Sie davon sprechen, dass Sie jeden Arbeitsplatz erhalten wollen, dann frage ich mich, warum Ihr Bildungsministerium die Vertretungslehrer aktuell vor die Tür setzt. Hier können Sie jetzt ganz konkret Zeichen setzen. Dann wäre es auch umso glaubwürdiger, wenn Sie zu Recht die Arbeitgeber auffordern, keinen Menschen zu entlassen. Die von mir genannten Personen stehen sinnbildlich für viele weitere mit den gleichen Problemen. Es tut mir leid, Sie müssen sich diese Fragen stellen lassen und darauf Antworten finden.

Sehr geehrte Damen und Herren, Sie wollen jetzt einen 2 Milliarden Euro schweren Rettungsschirm aufspannen. Das ist gut. Sie haben einen riesigen Rettungsschirm für die Wirtschaft aufgespannt. Wen Sie allerdings bei Ihrer Schwerpunktsetzung im Regen stehen lassen, das sind viele Teile dieser Gesellschaft. Ja, Sie geben den Krankenhäusern etwas mehr Geld. Ja, Sie kümmern sich um Theater und Kultureinrichtungen. Aber schauen wir uns die Schwerpunktsetzung an: Ich sage Ihnen ganz deutlich: Sie lassen die soziale Infrastruktur in diesem Land, die Vereine und die Wohlfahrtsverbände im Regen stehen und erteilen mit Ihrem Rettungsschirm dem sozialen Brandenburg eine Absage und geben es gerade in dieser Krise preis. Das ist kurzsichtig!

(Zuruf)

- Dann erzählen Sie doch nicht, dass es falsch ist. Wir haben hier heute Vorlagen, und darin sieht man, was Sie wofür ausgeben wollen. Sie hätten jetzt die Möglichkeit zum Handeln gehabt; das haben Sie nicht getan.

Ich sage Ihnen: Das soziale Brandenburg - das sagen Sie selbst - ist wichtig. Denn was kommt nach der Krise? Gerade dann brauchen wir die Vereine, die Kulturstätten, die öffentliche Daseinsvorsorge vor Ort. Gerade das alles steht auf dem Spiel.

Wenn wir jetzt Schulden aufnehmen, kann es nicht wirklich unser Ernst sein, dass wir dann wieder diejenigen zahlen lassen, die am meisten unter dieser Krise leiden. Wenn ich die ersten Sparvorschläge höre, dass man beispielsweise die Kitagebühren doch nicht in dieser Legislaturperiode abschaffen könnte, dann beschreibt genau das das Problem. Wir haben vor wenigen Jahren über Nacht die Banken gerettet. Es wird jetzt Zeit, dass sie auch etwas zurückgeben. Und natürlich müssen wir auch über eine Vermögensabgabe sprechen. Die ist kein Teufelswerk, sie steht nicht bei Karl Marx, sondern im Grundgesetz, meine Damen und Herren.

Wenn wir beim Grundgesetz sind, dann will ich Ihnen zumindest sagen - nicht, dass das hier gar keine Rolle spielt -, dass Grundrechtseinschränkungen - das sehen wir schon, wenn wir in unsere eigene Geschichte schauen - niemals Dauerlösungen sein können, sondern nur eine absolute Ausnahme.

(Zuruf)

Jeden Tag müssen sie überprüft werden, und wir brauchen ein Ausstiegsszenario.

Wir brauchen keine Hilfssheriffs, die jetzt die Kennzeichen kontrollieren und die Polizei rufen. Schon gar nicht brauchen wir Bußgeldkataloge, die dann diejenigen am härtesten treffen, die sowieso am schwächsten sind. Wenn ich höre, dass man Ersatzausstrafungen verhängen könne, wenn die Strafen nicht gezahlt werden könnten, dann ist mir angst und bange um unser Rechtsstaatsverständnis in diesem Haus.

Wen trifft denn eine Ausgangssperre? Wen treffen die Bußgelder? Ja, es ist richtig.

(Zuruf)

Wen treffen sie am härtesten? Ich habe Ihnen das Beispiel genannt. Da muss man wirklich genau hinschauen. Ich habe gerade nicht das Gefühl, dass Sie als Koalition und als Regierung da tatsächlich genau hinschauen wollen. Deshalb ist es richtig, dass wir es hier ansprechen.

(Zuruf)

- Ich komme gleich dazu.

(Zuruf)

- Herr Woidke, sagen Sie nicht „Jaja“, sondern hören Sie mir einfach bis zum Ende zu.

Sie haben die internationale Solidarität angesprochen. Eines möchte ich an dieser Stelle noch sagen, denn in Zeiten der Krise - so scheint es - ist sich so mancher selbst erst einmal der

Nächste: Vergessen wir bitte nicht den Blick über den Teller-
rand! Vergessen wir nicht jene, die in den Flüchtlingslagern sit-
zen, geflohen vor Krieg, Hunger und Vertreibung.

Das Camp Moria und all die anderen sind gerade jetzt eine tik-
kende Zeitbombe. Es fehlt dort ohnehin schon am Allernötig-
sten, von medizinischer Versorgung ganz zu schweigen.

Wenn in diesen Camps das Virus ausbricht, sind ihm die Men-
schen schutzlos ausgeliefert. Thüringen hat angeboten, zu hel-
fen und Menschen aufzunehmen. Auch Berlin will 1 500 Men-
schen aufnehmen, notfalls in Eigenregie.

Aber wo ist Brandenburg? Das Schweigen ist sozusagen oh-
renbetäubend. Um es einmal mit Norbert Blüm zu sagen: Wenn
wir es als Europäische Union nicht schaffen, diesen Menschen
jetzt zu helfen, dann können wir den Laden wegen moralischer
Insolvenz dichtmachen. - Das gilt nicht weniger auch für Bran-
denburg.

Ich komme zum Ende. - Was mich an unserem Umgang auch
heute wieder massiv gestört hat - und das ist so sinnbildlich für
den Umgang miteinander in den letzten Wochen -, ist die Tat-
sache, dass Sie offenbar noch nicht verstanden haben, dass
wir in dieser Krise alle im gleichen Boot sitzen.

Wir haben ein Problem. Wenn Sie bei jedem Vorschlag und je-
der Kritik, die wir äußern, gleich von Majestätsbeleidigung aus-
gehen, dann tut es mir leid. Auch wir erhalten Anrufe, auch wir
bekommen E-Mails und Nachrichten. Das müssen Sie sich
schon gefallen lassen.

Sie sagen es selbst: Wir alle müssen zusammenstehen, solida-
risch sein und die Köpfe zusammenstecken. Jede Idee zählt,
jede Beobachtung ist wichtig. Deshalb ärgert es mich, wenn Sie
sich jetzt so überrascht zeigen von unserem Ton und dem
Tempo, das wir anschlagen. Sie stöhnen, man könne nicht er-
warten, dass unsere Vorschläge von heute auf morgen umge-
setzt würden. - Doch! Es sind ungewöhnliche Zeiten, und die
erfordern ungewöhnliche, schnelle Lösungen. Ja, es muss vie-
les zugleich angefasst werden, aber es muss ja nicht sofort al-
les perfekt sein.

Liebe Kollegen Woidke, Stohn, Redmann und Budke, unsere
Vorschläge liegen jetzt seit drei Wochen auf Ihrem Tisch. Auch
heute erzähle ich Ihnen nichts Neues. Seit drei Wochen liegen
unsere Vorschläge bei Ihnen auf dem Tisch. Die Probleme, die
wir darin thematisieren, sind uns doch nicht heute früh beim
Zeitungslesen aufgefallen, sondern darüber berichten uns die
Menschen in diesem Land seit dem ersten Tag der Krise. Wir
haben Ihnen mehrfach die Hand gereicht, und wir reichen sie
Ihnen auch heute wieder für gemeinsame Ideen und Lösungen.
Sie allerdings

(Zurufe)

bunkern sich ein und wiegeln ab. Wir wollen keine Besserwis-
ser sein. Wir wollen nicht beweisen ...

(Zurufe)

- Wissen Sie, was mich so aufregt? Ich stelle mich hierhin und
halte eine Rede über Dinge, die ich mir nicht ausdenke! Das
betrifft vielmehr Menschen, die Probleme haben. Erzählen Sie

denen doch mal, wie sie vom Kurzarbeitergeld überleben sol-
len! Erzählen Sie denen doch mal, wie sie damit umgehen sol-
len!

Wir hier können uns schön zu Hause hinsetzen. Wir haben kein
Problem mit Homeoffice, weil wir uns zu Hause den Arsch breit-
sitzen können und weil wir 100 % unseres Lohns bekommen.
Wir haben eine große Wohnung oder ein großes Haus. Es gibt
aber sehr viele Menschen, die das nicht haben, und auf diese
Menschen gehen Sie nicht ein. Das ist das Problem!

Sie wollen staatsmännisch klingen und sind doch weit weg vom
tatsächlichen Leben. Da brauchen Sie sich nicht zu wundern
oder aufzuregen, wenn die Leute da draußen nur noch den
Kopf schütteln und irgendwie versuchen, sich und auch ande-
ren zu helfen.

Wir wollen dieser Krise solidarisch begegnen, und das erwarten
wir genauso von Ihnen. - Vielen Dank!

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Danke schön. Ich wünsche mir eine Mäßigung in der Aus-
drucksweise, auch in einer solchen Aussprache.

Das Wort hat jetzt für die CDU-Fraktion der Abgeordnete
Dr. Redmann; ich darf Sie um Ruhe bitten. - Bitte schön, Herr
Dr. Redmann.

Herr Abg. Dr. Redmann (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Linke hatte
sich in den vergangenen zehn Jahren in Brandenburg bei den
Menschen einen durchaus guten Ruf erworben, und zwar des-
halb, weil man sich auf sie verlassen konnte, wenn es hart auf
hart kam. Das sage ich als Fraktionsvorsitzender der CDU.

Die Linke wusste: Wenn es ernst wird, wenn die Probleme groß
sind, müssen wir als Land zusammenstehen, um diese Pro-
bleme lösen zu können. Sebastian Walter hat mit seiner Rede
heute Morgen mit dieser Tradition der Linken in Brandenburg
gebrochen. Sebastian Walter hat heute Morgen versucht, die
Menschen im Land auseinanderzutreiben. Er hat versucht, sein
politisches Süppchen auf dem Herd der Krise zu kochen! Das
ist unverantwortlich, das ist infam. Herr Walter, schämen Sie
sich für diese Rede!

Brandenburg, Deutschland, ja die ganze Welt kämpft gegen
Corona. Wir stehen zusammen, um die Ausbreitung des Virus
einzudämmen, um gerade die Risikogruppen - die Älteren, die
Menschen mit Vorerkrankungen - zu schützen und eine Über-
lastung unserer Intensivmedizin zu verhindern.

Im Bewusstsein dieser zwingenden Notwendigkeit nimmt jeder
Einzelne in diesen Tagen schwere Einschnitte in Kauf: Wir kön-
nen unsere Eltern oder Großeltern nicht besuchen, Selbststän-
dige halten ihre Geschäfte geschlossen und erleiden hohe Ver-
luste, Kurzarbeiter haben Einkommenseinbußen. Kontaktsper-
ren machen ein Wiedersehen mit Freunden unmöglich.

Viele wachsen in diesen Tagen über sich hinaus: Pfleger, Kran-
kenschwestern, Ärzte, Forscher, Mitarbeiter in Verwaltungen im
Land, in den Kommunen und im Bund, Kita-Erzieher, Polizisten.
Der Landtag hat in kürzester Zeit ein Hilfsprogramm in unge-
ahnter Höhe auf den Weg gebracht.

Sehr gern hätten wir heute auch den Gemeinden und Landkreisen dabei geholfen, in Zeiten von Corona wichtige Entscheidungen leichter treffen zu können. Dass dies heute nicht möglich ist, liegt allein daran, dass Sie, meine Damen und Herren von der AfD - anders als Pfleger, Krankenschwestern, Ärzte, Forscher, Verwaltungsmitarbeiter und Polizisten -, nicht in der Lage sind, über sich hinauszuwachsen.

Es kann ja sein, dass Sie an die Corona-Bedrohung genauso wenig glauben wie an den Klimawandel; immerhin twittert mancher aus Ihrer Fraktion auch noch in diesen Tagen von der „Corona-Hysterie“. Aber hier geht es um mehr als steile Thesen - hier geht es um Gesundheit und um Menschenleben. Hier geht es um eine echte Krise. Reißen Sie sich daher endlich zusammen und hören Sie auf mit diesen Spielchen! Jetzt geht es um Verantwortung!

In dieser Notsituation beweist unsere offene Gesellschaft Handlungsfähigkeit mit Augenmaß. Ja, die Eindämmungsverordnung enthält wahrlich harte Maßnahmen. Erfreulicherweise halten sich die allermeisten Brandenburger daran. Trotzdem ist es notwendig, Herr Walter, ein Bußgeld verhängen zu können, wenn sich einige wenige nicht daran halten. Wir hatten solche Fälle noch am Wochenende; da wurden beispielsweise Polizisten angespuckt. Nein, die Bußgelder richten sich nicht gegen die Ärmsten der Gesellschaft, sondern sie richten sich gegen diejenigen, die die Regeln nicht beachten und die uns alle gefährden, unabhängig vom Einkommen.

Die Maßnahmen zeigen bereits Erfolge. Der Ministerpräsident hat darauf hingewiesen: Waren es noch vor einigen Wochen zwei bis drei Tage, in denen sich die Infektionszahlen verdoppelten, waren es danach fünf bis sechs Tage. Wenn wir uns die jüngsten Ergebnisse anschauen, stellen wir fest, dass wir schon bei zwölf bis 13 Tagen sind. Das ist wichtige Zeit, die wir für unsere Krankenhäuser benötigen.

Dieser Trend muss sich verstetigen; erst dann können wir sicher sein, dass unsere Intensivmedizin mit der Belastung klar kommen kann. Wir werden die Zeit bis Ostern nutzen, um zu prüfen, inwieweit wir danach noch an welchen Maßnahmen festhalten müssen.

Sicherlich, wir müssen die Wirtschaft und das gesellschaftliche Leben Schritt für Schritt wieder anfahren, aber nur so schnell, wie es auch verantwortbar ist. Manches - das kann man heute schon sagen - wird auch länger dauern. Es wird länger dauern, bis wir wieder auf Konzerte gehen können. Es wird länger dauern, bis sich die Tanzflächen wieder füllen. Wir werden uns über lange Zeit an größere Abstände gewöhnen müssen, beispielsweise in Supermärkten oder auch in Restaurants. Die Stoffmaske - wir sehen sie heute auch hier im Saal - hat sicher gute Chancen, zum Kleidungsstück der Saison zu werden, auch die selbstgenähte und ganz kreative.

Meine Damen und Herren, je entschlossener wir vorgehen, desto schneller können wir das Virus besiegen, und darum geht es in diesen Wochen! Wir wollen aber nicht nur schützen, sondern wir wollen auch helfen. Dafür werden wir als Landtag zusätzlich zu den Hilfen des Bundes heute einen Schutzschirm im Umfang von 2 Milliarden Euro bereitstellen.

Herr Walter, wenn Sie die Vorlage richtig gelesen hätten, dann wüssten Sie, dass diese Mittel zur Verstärkung aller Haushaltstitel unseres Haushalts eingesetzt werden. Es braucht Ihre Anträge zum Nachtragshaushalt daher nicht. Sie haben das auch

verstanden, Sie wollen hier aber einen anderen Eindruck erwecken. Das ist leider unredlich.

Ich kann es ganz offen sagen: Die Union hat sich diese Aufstockung nicht leicht gemacht. Wir wissen natürlich, dass jeder Euro, den wir heute an Kredit aufnehmen, in der Zukunft zurückgezahlt werden muss. Deshalb gibt es insbesondere für die zweite Milliarde, die wir aufnehmen, einen Sperrvermerk. Der Landtag wird die Möglichkeit haben, mitzuarbeiten und zu kontrollieren, wofür das Geld im Einzelnen ausgegeben wird. Natürlich gibt es auch schon einen Tilgungsplan. Wir wissen schon heute, in welchem Umfang wir in den nächsten Jahren Tilgungsleistungen erbringen müssen.

Neben der Unterstützung des Gesundheitswesens ist vor allem die Unterstützung unserer Wirtschaft entscheidend. Brandenburg ist da ein Vorbild im Bundesvergleich. Ich möchte mich an dieser Stelle sehr herzlich bei der Landesregierung und auch bei der öffentlichen Verwaltung bedanken, die so schnell in der Lage waren, die Maßnahmen auf den Weg zu bringen.

Die Soforthilfeprogramme von Land und Bund setzen ein wichtiges Zeichen für mutige Solo-Selbstständige, für kleine und mittelgroße Unternehmer, also nicht nur für Betriebe mit bis zu zehn Mitarbeitern, sondern auch für Betriebe mit bis zu 100 Mitarbeitern. Das sind in Brandenburg übrigens nicht weniger als 100 000 Unternehmen. Das ist das Rückgrat unserer Brandenburger Wirtschaft. Wir dürfen nicht vergessen: Es ist der Mittelstand, der in den vergangenen Jahren mit seinen Steuern und den Gehaltszahlungen entscheidend dazu beigetragen hat, dass der Staat heute so handlungsfähig ist.

Wir müssen aber auch eines klarmachen: Nicht jede negative Folge wird vom Staat aufgefangen werden können; da sollten wir keinen gegenteiligen Eindruck erwecken. Die fiskalischen Möglichkeiten sind nun einmal endlich. Die Folgen der Corona-Krise dürfen nicht einseitig und maßlos auf spätere Generationen übertragen bzw. ihnen aufgeladen werden. Wir bewegen uns da in einem echten Grenzbereich.

Vor zwei Monaten hatten wir hier im Landtag Brandenburg noch eine Debatte über unser Land als moderne Industrieregion der Zukunft. Diese Debatte ist nach wie vor aktuell. Die Herausforderungen jedoch sind größer geworden durch das, was uns seitdem auferlegt wurde.

Wir wissen: Eine Rezession ist nicht vermeidbar. Die Wirtschaftsweisen gehen von einem Einbruch des Bruttoinlandsprodukts von über 5 % aus. Wir befinden uns in einer Ausnahmesituation. Sie gebietet schnelles und entschiedenes Handeln. Wir verlieren aber auch nicht die Konsequenzen aus den Augen.

Die ordoliberalen Prinzipien sind nicht außer Kraft, Herr Walter. Sozialistischer Etatismus ist ganz sicher kein Zukunftskonzept.

(Zuruf)

Sie haben die Vermögensabgabe angesprochen. Dabei wissen Sie doch selbst ganz genau, dass sie auch jene trifft, die in diesen Tagen ohnehin angeschlagen sind, nämlich die Einzelunternehmer, die Mittelständler. Das ist natürlich der Fall, weil auch das Betriebsvermögen unter eine Vermögensteuer fallen würde. Wir wollen nicht, dass unsere private Wirtschaft nach der Corona-Krise in Trümmern liegt, sondern wir wollen dabei

helfen, dass sie bald wieder in den Startlöchern eines Aufholprozesses steht.

Brandenburg muss sich jetzt seine Schlagkraft erhalten. Der Zukunftsinvestitionsfonds ist bereits beschlossen. Ganz ehrlich: Wenn wir ihn nicht schon hätten, müssten wir ihn spätestens jetzt erfinden. Der Fokus liegt auf strategischen Investitionen und auf der Landesentwicklung. Bislang waren Planungskapazitäten knapp; die Bauunternehmen waren regelmäßig ausgebucht.

Bald könnte sich das ändern. Bald könnten die Unternehmen auf öffentliche Ausschreibungen angewiesen sein und sich freuen, dass dadurch die eine oder andere Umsatzeinbuße ausgeglichen werden kann. Dank dessen könnte Brandenburg schneller vorankommen, was seine Infrastrukturinvestitionen anbelangt. Vielleicht denkt die Wirtschaft auch ein wenig um. Wir erleben gerade, wie anfällig globale Lieferketten sein können, die nur den günstigsten Preis im Blick haben. Das bedeutet eine Chance für regionale Lösungen sowie für den Standort Brandenburg.

Die Dynamik der Ereignisse zwingt auch diese Koalition, die verabredeten Schwerpunkte neu zu bedenken. Wir müssen schauen, welche Maßnahmen in der Zeit nach Corona wichtig sind und mit welcher Priorität sie zu verfolgen sein werden. Aus unserer Sicht muss die Priorität klar auf nachhaltigen Investitionen liegen. Die Stärke der Brandenburger Wirtschaft, von der auch der Ministerpräsident gesprochen hat, muss erhalten werden; denn das ist für die Menschen derzeit das Entscheidende.

Wir müssen uns auch die Frage stellen: Was wird nach der Corona-Krise das neue „Normal“ sein? Es reicht dabei nicht, nur über E-Learning, Homeoffice oder die Notwendigkeit von Geschäftsreisen zu reden. Unser gesellschaftliches Leben wird sich stärker verändern. Wir müssen es neu ordnen, neu denken und als Land die richtigen Antworten finden - durch konsequente Digitalisierung, Innovation, Investitionen in Infrastruktur und Entbürokratisierung. Auf diese Weise können wir zur Weiterentwicklung eines dann wieder erfolgreichen Standortes Brandenburg beitragen.

Wir müssen uns wieder stärker auf das Wesentliche besinnen. Denken Sie daran, welche emotionale Debatten in der Vergangenheit regelmäßig im März eines Jahres über die Frage geführt wurden, ob es sinnlos oder sinnvoll ist, die Zeitumstellung beizubehalten. Hat Ihnen diese Debatte am vergangenen Sonntag gefehlt? Mir nicht! Wir erkennen in der Krise wieder den Wert unserer offenen Gesellschaft, ihrer Institutionen wie den Medien, der Verwaltung oder auch unseres Gesundheitssystems, das bei aller Kritik zu einem der besten weltweit gehört.

Wir vermissen europäische und globale Zusammenarbeit und erfassen gleichzeitig ihre Notwendigkeit, wenn wir die Staus an der polnischen Grenze sehen. Nicht die Abschottung der Nationalstaaten, sondern eine funktionierende Abstimmung und Kooperation sind die Schlussfolgerungen aus der Corona-Krise. Selbstverantwortung heißt nicht, dass jeder nur für sich selbst verantwortlich ist. Es macht mich als Brandenburger stolz, dass auch bei uns italienische Intensivpatienten behandelt werden. Das ist gelebter Patriotismus und nicht Nationalismus!

Krisen dieser Tragweite verändern Gesellschaften nachhaltig. Gerade die Jüngeren erleben zum ersten Mal die Fragilität ihrer Lebensweise. Dies schafft ein Bewusstsein, das wir uns für die

Zukunft bewahren müssen. Ich empfinde einen großen Respekt und große Dankbarkeit gegenüber denjenigen, die in der Medizin und Pflege, in der Landwirtschaft, im logistischen Bereich sowie in den öffentlichen Verkehrsmitteln und vielem mehr die Lebensfähigkeit unserer Gesellschaft in dieser für uns alle so schwierigen Zeit sicherstellen.

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht: All die Jahre sind die Menschen in den Supermärkten an den Frauen und Männern, die die Regale einräumen, meist wortlos vorbeigegangen. In diesen Tagen erlebt man immer wieder ein freundliches „Guten Tag“, ein „Danke schön“ oder ein Wort der Aufmunterung. Dieser ethische Zusammenhalt ist der große Gewinn der aktuellen Notsituation - zwischen Bürgern untereinander, in ihrer Beziehung zum Staat sowie in den wechselseitigen Beziehungen zur Wirtschaft. Ein ethischer Zusammenhalt fordert nichts, er will das Beste für jeden Einzelnen und steht trotzdem im Gegensatz zu einem extremen Individualismus.

Über die Jahrhunderte hinweg hat Brandenburg - haben die Brandenburger - viele Krisen erlebt und jede einzelne auf Brandenburger Art gemeistert: mit Zähigkeit und Durchhaltevermögen, mit Vertrauen und Zuversicht sowie mit der Bereitschaft, anzupacken - für sich und für andere. Dass wir diese Tugenden heute wieder sehen, macht Mut, nicht nur für die Bewältigung der gegenwärtigen Krise, sondern auch für die gewaltigen Aufgaben, die danach vor uns liegen. - Vielen Dank.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Danke schön. - Für die Fraktion BVB / FREIE WÄHLER spricht der Abgeordnete Vida.

Herr Abg. Vida (BVB/FW):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! In Zeiten der Krise sehen wir den großartigen Charakter der Brandenburger: Menschen aus allen Teilen des Landes, aller Altersgruppen und aller Berufe stehen zusammen und reichen damit - symbolisch - all jenen eine helfende Hand, die sie jetzt besonders benötigen. Sie senden damit auch ein Zeichen der Hoffnung, dass wir, wenn wir entschlossen und vorausschauend die richtigen Schritte gehen, diese Krise auch meistern können. In einer solchen Zeit zeigt sich, welche Kraft in unserem Land steckt; und es gilt, die außerordentliche Arbeit derer zu würdigen, die selbstlos für andere eintreten, für sie da sind und ihnen nahe sind.

Hoffentlich bald werden wir zurückblicken und sagen können: Dies war die Phase, in der ein neues Gefühl der Nächstenliebe und Solidarität unser Land durchzog und es damit auch stärker machte. Denn diese Stärke braucht es jetzt, um diese Zeit der Heimsuchung, in der wir alle auf die Probe gestellt werden, zu meistern. Dazu gehört es, die Lage faktenbasiert zu analysieren, notwendige Maßnahmen zu definieren und die Ressourcen bereitzustellen, um diese entschlossen und konkret umzusetzen. Dabei geht es wahrlich nicht um parteipolitische Selbstdarstellung, sondern um gesellschaftliche Lösungen, die jedem zum Nutzen gereichen.

Meine Damen und Herren! Wir haben es mit einer der bedrohlichsten Pandemien der Geschichte zu tun. Lange Zeit wurde die Wirkung des neuartigen Coronavirus bei uns in Europa unterschätzt; das muss man so sagen. Der bei der Mehrheit der Infizierten milde Krankheitsverlauf wiegte die Menschen in trügerischer Ruhe und verleitete vor einiger Zeit noch viele dazu, unvorsichtig zu sein. Der gefährliche Trugschluss, dass man,

weil man sich nicht krank fühle, den Alltag weiter unverändert bestreiten könne, ermöglichte erst die weite Verbreitung des Virus in Europa. Dabei zeigen sich eine höhere Reproduktionszahl, eine längere Inkubationszeit und eine deutlich höhere Sterblichkeit als bei einer gewöhnlichen Grippe.

Deswegen war und ist es auch so wichtig, den pseudowissenschaftlichen und verschwörungstheorieheischenden Verharmlosern entgegenzutreten. In dieser Zeit sind Desinformation und Agitation die größten Feinde von Heilung und Hilfe. Mit einem exponentiellen Wachstum der Infiziertenzahlen, ohne Impfstoff und in manchen Orten Italiens mit Übersterblichkeitsraten so hoch wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr, steht die Tragweite außerhalb jeden wissenschaftlichen Zweifels. Die Gefährdungslage muss als so hoch benannt werden, wie sie ist. Daher müssen sich alle Maßnahmen und die Diskussion, ob man sie einschneidend findet, ob sie nötig sind, ob sie reglementierend sind, immer an folgendem Vergleich orientieren: Auf der einen Seite geht es um Lebensqualität, auf der anderen um Leben.

Meine Damen und Herren! Als eine der wichtigsten richtigen Maßnahmen sehen wir es an, dass die Menschen nicht durch sich beinahe täglich ändernde und einander teilweise widersprechende Aussagen verunsichert werden. Die nötigen Maßnahmen erfassen alle Bereiche des Lebens, und die zu erbringenden Kraftanstrengungen werden uns noch lange begleiten. Es ist richtig und wichtig, die Häufigkeit der Kontakte der Menschen zu begrenzen, um so die Streugeschwindigkeit des Virus zu verlangsamen. Deswegen war und ist es auch nötig, alle Möglichkeiten des Zusammenkommens von größeren Menschengruppen zu unterbinden.

Daher sind auch die anfänglich - anfänglich - zögerlichen Schritte der Landesregierung kritisch zu bewerten. Als eines der letzten Bundesländer hat Brandenburg am 16. beziehungsweise in manchen Teilen des Landes erst am 18. März die Schulen und Kitas geschlossen - mit mehreren Tagen Verzug im Vergleich zu anderen europäischen Staaten und auch anderen Bundesländern. Selbst als die Zahlen bereits exponentiell stiegen, wurde für den Bereich der Tagespflegeeinrichtungen für Kleinkinder am 20. März nur eine Empfehlung - keine Weisung! - zur Schließung gegeben, was dazu führte, dass sie in einigen Landkreisen noch bis in die letzte Woche geöffnet waren. Dabei sind die dort betreuenden Mütter und Väter, die selbst Kinder und Kontakt zu fünf bis sechs weiteren Kindern sowie deren Eltern haben, besonders gefährdet. Sie haben auch keine großen medizinischen Einrichtungen im Rücken, die sie mit Masken oder Desinfektionsmitteln versorgen könnten.

So hat es in Deutschland vom ersten Infizierten bis zur Schließung aller Kitas und Schulen 51 Tage gedauert - in Italien 34, in Tschechien gar nur 10 Tage. Dabei war auch nicht hilfreich - sehen Sie es mir nach -, dass Teile der Brandenburger Landesregierung noch vor wenigen Tagen vor einem angeblichen „Überbietungswettbewerb“ warnten und anmahnten, man müsse erst einmal die angesprochenen Maßnahmen 10 bis 12 Tage beobachten und dann auswerten. Noch am 20. März erklärte die Gesundheitsministerin in einem RBB-Interview, dass man von Ausgangsbeschränkungen abrate, weil die Maßnahmen der vorangegangenen zwei bis drei Tage bereits Wirkung zeigen würden - eine massive Fehleinschätzung angesichts der zweiwöchigen Inkubationszeit und der seitdem wachsenden Zahlen. In allen maßgeblichen Fragen - ob Schulschließung, Gastronomieerschließung oder Ausgangsbeschränkung, die nur nicht so heißen darf - zog Brandenburg jedes Mal erst mit mehreren Tagen Verzögerung nach.

Nun wissen wir, dass das alle vor eine Herausforderung stellt und eine Situation ist, die wir so nicht kennen. Aber regelmäßig wurde Bayern für etwas kritisiert, was man nur Tage später selbst umsetzte, während sich in der Zwischenzeit die Zahlen bei uns verdoppelten und verdreifachten. Noch am 25. März erklärte die stellvertretende Ministerpräsidentin im RBB, dass man die Beschränkungen überdenken müsse; schließlich könne man Brandenburg nicht mit Bayern vergleichen, weil dort eine ganz andere Betroffenheit gegeben sei. Meine Damen und Herren, es tut mir leid: Das war eine unverantwortliche Lagebeurteilung. Wir brauchen nicht deswegen mildere Maßnahmen, weil wir noch nicht so betroffen sind, sondern wir brauchen diese Maßnahmen, damit wir nicht so betroffen sein werden. Das, meine Damen und Herren, ist die Erkenntnis der letzten Tage. Es ist auch die Erkenntnis aus den anderen Ländern.

Es ist ein Trugschluss, zu meinen, man müsse Entwicklungen immer erst beobachten, um Maßnahmen abzuwägen, um deren Wirkung zu berechnen und erst dann zu reagieren. Vielmehr muss man statistische Entwicklungen ablesen, Anstiegsraten vorhersehen und so präventiv agieren. Diejenigen, die zügiger handeln, preschen nicht vor oder haben anstehende Kommunalwahlen im Blick - wie ihnen auch vonseiten der Landesregierung in der hiesigen Ausschusssitzung unterstellt wurde -, sondern sie beugen vor und haben unsere Unterstützung.

Meine Damen und Herren! Wir stehen an der Seite jener, die Bürgerrechte wie Freizügigkeit und Versammlungsfreiheit schützen wollen - keine Frage. Aber sie müssen auch wissen, dass Gesundheitsschutz und Schutz von Leben genauso edle und verteidigungswerte Grundrechte sind. Daher ist für uns klar: Bei einer epidemischen Ausbreitung eines Virus ist nun einmal die Mobilität der Bevölkerung ein Katalysator; sie gilt es zu begrenzen. Es braucht daher zügige und weitgehende Maßnahmen, um nicht dieselben Entwicklungen wie in anderen Ländern zu erleiden. Deswegen haben wir als BVB / FREIE WÄHLER von Anfang an für stringente Ausgangsbeschränkungen plädiert und wiederholen das an dieser Stelle. Die am letzten Wochenende stark frequentierten Parkplätze und Radwege geben uns - es tut mir leid - Recht in der Forderung, die Maßnahmen nach bayerischem Vorbild zu verschärfen.

Zugleich braucht es stringente Homeoffice-Lösungen für Angestellte, um ihnen unnötige Arbeitswege zu ersparen. Da, wo der ÖPNV genutzt werden muss, fordern wir umfangreiche Desinfektionsmaßnahmen in allen Bussen und Bahnen - entgegen der abenteuerlichen Erklärung des Landrats des Barnim, die Busoberflächen eigneten sich nicht zur Reinigung.

Außerdem benötigen wir eine bessere Ausstattung der Hausärzte mit Schutzmitteln. Hier gilt es, von jedem Hilfsangebot Gebrauch zu machen und vorhandene Kapazitäten produzierender Gewerbe zu nutzen.

Ein zentraler Lösungsschritt ist die zeitnahe Realisierung von Massentests: Nur durch das Hochfahren von Testkapazitäten gewinnen wir ein echtes Bild und können zielgerichtet gefährdete Personen isolieren. In den Supermärkten sind von Rechts wegen - nicht durch Appelle, sondern von Rechts wegen - Hamsterkäufe durch Regelungen zu unterbinden, die die Abgabe von Lebensmitteln auf haushaltsübliche Mengen begrenzen.

Meine Damen und Herren, wir begrüßen, dass sich unser Vorschlag, die Steuervorauszahlungen für Unternehmen auszusetzen, in Umsetzung befindet; denn dies ist eine Maßnahme, die noch eher als der Rettungsschirm sofort Wirkung entfaltet.

Wir als BVB / FREIE WÄHLER unterstützen auch die Erhöhung des Hilfsfonds auf 2 Milliarden Euro und werden das im Rahmen der anschließenden Haushaltsdebatte dokumentieren. Wir gehen davon aus, dass aus diesem Geld die Übernahme der Kita-Beiträge auch für jene Eltern, deren Kinder eine Notbetreuung brauchen, als Würdigung der Ausübung ihrer systemrelevanten Tätigkeit erfolgt, dass daraus außerdem eine Unterstützung für die Tafeln gezahlt wird, um auch die stark Bedürftigen nicht zu vergessen, und dass natürlich auch sonst eine zügige Bereitstellung der zugesagten finanziellen Hilfen ermöglicht wird.

Vor allem aber müssen daraus die Kosten für die Ausstattung der Krankenhäuser mit Intensivbetten bestritten werden. Zugleich sollten - bitte - Einsatzmöglichkeiten für die derzeit beurlaubten Lehrer geprüft werden. Beispielsweise sollte geprüft werden, ob sie vorübergehend in Krankenhäusern für bestimmte Aufgaben eingesetzt werden können.

Zur Aufrechterhaltung der Rechtspflege fordern wir die Nutzung des elektronischen Anwaltspostfachs auch für Videokonferenzen bei mündlichen Verhandlungen in Zivilprozessen, wo dies möglich ist. Und in den Kommunen darf es nicht zu einer Aushöhlung der Mitwirkungsrechte der Vertretungen kommen. In Pandemiezeiten muss es Dringlichkeitsbeschlüsse geben - keine Frage -, aber diese müssen sich thematisch auf das beschränken, was nötig ist, um die Krisenbewältigung sicherzustellen, damit Missbrauch verhindert wird.

Meine Damen und Herren, die Regierung hat gute Maßnahmen zur Überwindung der Krise benannt. Die Opposition hat weitere Vorschläge unterbreitet. Es gilt nun, diesen Weg beherzt zu gehen. Wir alle wissen, es werden auf diesem Weg Hürden vor uns stehen. Doch möge dieser Weg immer von unserer Überzeugung, das Bestmögliche zu tun, und von unseren gemeinsamen Werten gezeichnet sein: indem wir die ehren, die im Dienst für das Gemeinwesen, in Hingabe für die Familien und mit Opferbereitschaft für unsere Mitmenschen tätig sind. Wenn wir Brandenburger uns von diesen Werten leiten lassen, können wir unsere Ziele auch erreichen und dieses Tal durchschreiten.

Die Bewältigung einer solchen Krise ist immer geprägt von Betrachtungen voller Demut, Menschen voller Hoffnung und dem Anpacken voller Entschlossenheit. Wir in Brandenburg müssen alles dafür tun, dass Wirtschaft, Gesundheitswesen und alle staatlichen Einrichtungen in der Stärke zurückkommen, wie die Menschen sie brauchen. Es ist auch unsere Aufgabe als Opposition, dabei die Regierung im Rahmen unserer Möglichkeiten zu unterstützen.

Solange Brandenburg wahrhaftig gegenüber seinen Idealen bleibt und treu an der Seite seiner Bürger steht - was hier geschieht -, wird uns das auch gelingen. Es ist unsere Aufgabe, zusammen den Menschen das Signal zu senden, dass wir bei ihnen sind, dass niemand vergessen wird und jeder Einzelne zählt. Dazu wollen wir als BVB / FREIE WÄHLER unseren Beitrag leisten und dort helfen, wo wir können und wo wir gebraucht werden. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Danke schön. - Der letzte Redebeitrag in unserer Aussprache wird jetzt folgen: Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht die Abgeordnete Petra Budke. Bitte schön.

Frau Abg. Petra Budke (B90/GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Mit dem Ausbruch des Coronavirus und seiner weltweiten Verbreitung hat uns eine Krise erfasst, die wir alle uns vorher nie haben vorstellen können.

Was für ein Widerspruch! Frühlingsduft liegt in der Luft, die Sonne strahlt, der Himmel ist blau, die Kirschbäume blühen, die Natur weckt die Lebensgeister und lockt die Menschen ins Grüne - aber nirgendwo ein tobendes Kind, nirgendwo ein verliebtes junges Paar, das Freude am Leben ausstrahlt. Die Straßen und Plätze sind leer. Und wir alle wissen es: Das ist kein Albtraum, aus dem wir gerne sofort erwachen würden, sondern das ist die Realität bei uns in Brandenburg im April 2020 und auch in vielen anderen Städten dieser Welt.

Viele Menschen haben in diesen Tagen und Wochen Ängste: Angst um ihre eigene Gesundheit und um die ihrer Liebsten. Sie machen sich auch Sorgen um ihre Zukunft: Was wird mit meinem Arbeitsplatz, mit meiner Firma, mit meinem Geschäft? Wie soll ich meine Miete bezahlen? Werden die wirtschaftlichen Hilfen wirklich greifen? - Und auch wir, lieber Sebastian Walter, machen uns darüber große Sorgen.

Viele Menschen fragen sich auch, woher dieses Virus kommt, das so hoch gefährlich und ansteckend ist, und wie dieser Covid-19-Erreger zu tödlichen Krankheitsverläufen führen kann. Vermutlich sprang das Virus beim Wildtierhandel auf einem Markt in China, in Wuhan, von Tieren auf Menschen über. Auch die SARS-Epidemie 2002/2003 geht vermutlich auf ein Wildtier zurück. Die respektlose Ausbeutung der Natur und der illegale Handel mit Wildtieren tragen so nicht nur zur Vernichtung der Artenvielfalt bei, sondern gefährden letztlich auch uns Menschen selber.

Der Generaldirektor des Naturkundemuseums in Berlin, Johannes Vogel, sagt dazu:

„Nicht nur Viren breiten sich aus. Länder werden überflutet, Wälder brennen, Gletscher schmelzen, Ozeane erwärmen sich und Insekten sterben. Wir schauen zu wenig auf die Tatsache, dass ein überhebliches Mensch-Natur-Verhältnis viele unserer Probleme befeuert, meist sogar verursacht. Denn die großen Herausforderungen hängen zusammen: Klimawandel, der Verlust der biologischen Vielfalt und eben das Aufkommen ganz neuer Erreger, die uns Menschen immer wieder bedrohen.“

Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, muss auch eine Lehre aus dieser Pandemie sein: dass wir wieder lernen, die Natur zu respektieren.

Es ist ein wichtiges und ein tolles Signal, dass die Gesellschaft zusammensteht und dass die Menschen zum Beispiel auf Balkonen und an Fenstern mit Musik und Applaus ihren Dank an die Heldinnen und Helden dieser Krise zum Ausdruck bringen: an die Krankenpflegerinnen und Krankenpfleger, an die Ärztinnen und Ärzte, auch an die Kassiererinnen im Supermarkt, an

die Leute bei der Feuerwehr und an viele, viele andere, die dazu beitragen, die Infrastruktur hier aufrechtzuerhalten.

Als Gesellschaft werden wir uns spätestens nach Corona fragen müssen, ob nicht manches in einem Missverhältnis steht, beispielsweise die Bezahlung in diesen Berufen und die Arbeit, die die in diesen Berufen Tätigen für uns leisten. Klar ist aber auch: Geld ist nicht das, was dieses Land zusammenhält. Es ist die Solidarität der Menschen, die füreinander eintreten.

Für die Wirtschaft und die Beschäftigten wurde viel in Gang gesetzt, sowohl vonseiten des Bundes als auch vom Land Brandenburg. Das Volumen des Rettungsschirms zur Krisenbewältigung wollen wir heute auf 2 Milliarden Euro aufstocken.

Viele Arbeitgeber gehen mit gutem Beispiel voran und nutzen die Möglichkeit der Kurzarbeit. Es gibt aber auch Arbeitgeber, die mit fristlosen Kündigungen agieren oder Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter Druck setzen. Und es ist empörend, wie schamlos manche Konzerne die Hilfen ausnutzen und zum Beispiel keine Miete mehr zahlen wollen, obwohl sie dazu in der Lage wären.

Unterstützung ist auch für die vielen Selbstständigen und Solo-Selbstständigen bitter nötig, deren Restaurants und Geschäfte nun geschlossen bleiben müssen, für viele Freiberuflerinnen und Freiberufler, denen die Aufträge wegbrechen, und für viele Kulturschaffende, die nicht auftreten oder ausstellen können. Nicht vergessen dürfen wir auch diejenigen, die ohnehin sehr wenig verdienen und jetzt von Kurzarbeit betroffen sind. Seit einer Woche können bei der Investitionsbank des Landes Anträge auf Förderung eingereicht werden, und die ersten Hilfen sind zum Glück schon ausgezahlt.

Krisen sind die Stunde der Regierung, nicht des Parlaments – so hören wir es immer wieder. Und wir sind natürlich sehr froh, dass unsere Landesregierung hier so einen guten Job macht, dass Ministerpräsident Dietmar Woidke, Innenminister Michael Stübgen und unsere bündnisgrüne Gesundheitsministerin Ursula Nonnemacher uns so besonnen durch diese Krise führen.

Aber diese Krise muss auch die Stunde des Parlaments sein; denn gerade wenn Entscheidungen in kürzester Frist und viele davon in Krisenstäben fallen müssen, sind die öffentliche Debatte und die Kontrolle durch das Parlament wichtiger denn je. Deshalb entscheiden wir heute auch über Regeln für einen krisenfesten Landtag. Wir Abgeordnete müssen darüber wachen, dass jede Einschränkung gesellschaftlicher Freiheiten aufgrund der Krise verhältnismäßig ist und nur so kurz wie irgend möglich währt.

Unser föderales System wird in dieser Krise an mancher Stelle als Schwäche wahrgenommen, und es sind Bereiche sichtbar geworden, in denen es etwas zu verbessern gibt. Aber es ist eben auch eine Stärke, wenn ganz unterschiedlich betroffene Gemeinden, Städte und Landkreise situativ Entscheidungen treffen können. Dabei muss aber auch klar sein: Ob bayerischer Ministerpräsident oder Landrat in Brandenburg, ein ungestimmtes Vorgespräch hilft am Ende keinem, sondern führt nur zu Verunsicherung. Und das Schließen von Grenzen, ob nun zwischen europäischen Staaten, deutschen Bundesländern oder Brandenburger Landkreisen, schafft am Ende mehr Probleme, als es löst. Eine grenzübergreifende Krise müssen wir auch grenzübergreifend bekämpfen.

Wir haben heute in vielen Reden die Solidarität der Menschen untereinander beschworen; denn solidarisch zusammenzustehen, das ist gerade in der Krise das Gebot der Stunde. Ich möchte deshalb auch den Blick auf die Welt außerhalb Brandenburgs, Deutschlands und Europas lenken. Viele Länder, besonders arme Länder im globalen Süden, sind längst nicht so gut wie wir in der Lage, sich gegen diese Krise zu wappnen. Wie soll man einfache Hygieneregeln wie Abstandhalten und regelmäßiges gründliches Händewaschen befolgen, wenn man auf engstem Raum zusammenlebt und kein fließendes Wasser zur Verfügung hat?

Im Flüchtlingscamp Moria auf Lesbos ist die Situation schon ohne Corona äußerst dramatisch. Da die medizinische Versorgung dort sehr, sehr schlecht ist, wären auch viele Kinder besonders von dem Virus betroffen, wenn die Epidemie dort ausbrechen sollte. Wir haben hier im Landtag über die Aufnahme von unbegleiteten Kindern aus den völlig überfüllten griechischen Camps gesprochen und unsere Aufnahmebereitschaft erklärt. Das muss jetzt unbedingt passieren, sonst droht eine humanitäre Katastrophe.

Die Entscheidung, in Kitas, in der Kindertagespflege und in Schulen nur noch eine Notbetreuung anzubieten, war unumgänglich. Doch viele Eltern, besonders Alleinerziehende, stellt das vor große Probleme. Nicht überall kann man so reibungslos Homeoffice-Lösungen ermöglichen wie hier im Landtag. Deshalb ist es so wichtig, dass es von Bund und Land jetzt Lohnersatzleistungen gibt, wenn Eltern unbezahlt Urlaub nehmen müssen, und dass Kita- und Hortbeiträge sowie das Essensgeld erstattet werden.

Kinder brauchen Bildung, Erziehung und Betreuung, und junge Menschen brauchen auch ihre Freiheit. Deshalb leiden sie unter den Einschränkungen des sozialen Lebens ganz besonders. Nicht alle Eltern können ihren Kindern Homeschooling anbieten, und wir dürfen die soziale Ungerechtigkeit in unserem Bildungssystem nicht noch weiter verschärfen. Jetzt macht sich schmerzhaft bemerkbar, dass die Schulen digital schlecht ausgestattet sind und auch nicht alle Schülerinnen und Schüler zu Hause über einen Computer und schnelles Internet verfügen.

Sorgen mache ich mir ganz besonders um die häusliche Situation vieler Familien. Die Eltern sind gefordert, neben ihren beruflichen Pflichten den Alltag, die Betreuung und die Versorgung der Kinder zu organisieren. Erschwerend kommt für viele die Unsicherheit ihrer beruflichen Zukunft hinzu. Es besteht die Gefahr, dass die häusliche Enge zu einem Anstieg von familiären Problemen führt: Alkohol- oder Medienmissbrauch, Vernachlässigung bis hin zu Gewalt und Missbrauch. Deshalb muss die Jugendhilfe besonders schutzbedürftige Kinder im Blick behalten und sie in die Notbetreuung aufnehmen.

Einige Landkreise melden bereits, dass die Plätze in den Frauenhäusern knapp werden. Es ist wichtig, dass Frauen und Kinder Zuflucht vor häuslicher Gewalt finden können. Deshalb regen wir an, leerstehende Hotels zu nutzen, wenn die Kapazitäten nicht ausreichen sollten.

Und wir müssen auch an die ältere Generation denken, die sich jetzt kaum noch auf die Straße traut. Deshalb werden wir auch für die soziale Infrastruktur sorgen und die gemeinnützigen Vereine und Verbände entsprechend unterstützen.

Wir erleben gerade, wie sich wichtige Teile unserer Gesellschaft ins Digitale verlagern. Wie viel einfacher wäre es, wenn zum Beispiel in den Schulen oder im Berufsleben die Digitalisierung

schon weiter wäre: wenn die Voraussetzungen für Heimarbeit überall vorhanden wären, wenn wir Lösungen für sichere Video-Konferenzen in allen Bereichen hätten, wenn die Netzinfrastruktur per Glasfaser schon im ganzen Land ausgebaut wäre.

Wichtig ist, dass wir bei allem, was nun schnell digitalisiert wird, die IT-Sicherheit und den Datenschutz sicherstellen, damit dem biologischen Virus nicht eine digitale Virenflut folgt. Auch hier braucht es Engagement des Staates, und es liegt noch viel Arbeit vor uns.

Wir wissen nicht, wie lange diese harten Einschränkungen des öffentlichen Lebens noch nötig sein werden. Aber je mehr sich alle an die Regeln halten, umso wahrscheinlicher ist ihre baldige Aufhebung. Es wäre unsinnig und grob fahrlässig, jetzt Versprechungen zu machen. Es ist wahrscheinlich, dass dieses Virus nicht in wenigen Wochen besiegt ist und wir uns auf eine längere Phase mit Corona einstellen müssen; denn auch wenn die medizinische Forschung fieberhaft daran arbeitet: Es braucht noch Zeit, bis wir zuverlässige Schnelltests, wirksame Medikamente und vor allem einen Impfstoff haben.

Wir sind diesem Virus nicht hilflos ausgeliefert. Wir können durch unser Handeln seine Ausbreitung verlangsamen; wir können unser Gesundheitssystem ertüchtigen und Menschenleben retten. Wir können heute niemandem die Ängste nehmen, aber wir können unsere Mitmenschen unterstützen, wenn sie Hilfe brauchen. Das können wir heute hier im Landtag tun, und das tun die Brandenburgerinnen und Brandenburger im ganzen Land. Dafür möchte ich ihnen danken!

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Danke schön. - Damit beende ich die Aussprache und schließe Tagesordnungspunkt 1.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf.

TOP 2: Beschlussfähigkeit des Landtages in außergewöhnlichen Notlagen ermöglichen

Beschlussempfehlung und Bericht
des Hauptausschusses

[Drucksache 7/924](#)

Entschließungsantrag
der SPD-Fraktion,
der CDU-Fraktion und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 7/964](#)

Ich eröffne die Aussprache. Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Keller. Bitte schön.

Herr Abg. Keller (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Bevor ich nun zur Beschlussempfehlung des Hauptausschusses und zum Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen spreche, lassen Sie mich bitte zwei Punkte festhalten: Zum einen haben wir heute eine außergewöhnliche und auch denkwürdige Situation nicht nur hier im Landtag, sondern im gesamten Land Brandenburg. Zum anderen halte ich fest, dass gerade im Angesicht dieser Corona-Krise die Brandenburgerinnen

und Brandenburger fester denn je zusammenstehen. Ich glaube, das muss man an der Stelle einmal deutlich machen und festhalten.

Alle leisten im Moment ihren persönlichen Beitrag, um die Krise zu bewältigen. Dementsprechend ist es mehr als angebracht, dass wir Danke sagen und dies mit Applaus kundtun. Und ich will verdeutlichen: Dass jemand behauptet, es bliebe nur bei Danksagungen, entbehrt der Logik und widerspricht dem, was in der Vergangenheit geschehen ist. Das ist absolute Polemik.

Ich will an der Stelle auch verdeutlichen, dass der Landtag und die Landesregierung in absoluter Entschlossenheit heute hier einen 2-Milliarden-Euro-Rettungsschirm auf den Weg bringen und wir in der letzten Woche mit einem Sofortprogramm für Wirtschaft und Unternehmen gestartet sind. Wer da behauptet, es bliebe nur bei leeren Versprechungen, Danksagungen oder Applaus, dem muss ich sagen: Das ist absolute Polemik!

Wer nicht versteht, dass in diesem 2-Milliarden-Euro-Rettungspaket viel mehr drin ist als nur eine Förderung der Wirtschaft, dem sage ich: Er muss einige Sitzungen verpasst haben, in denen dazu deutliche Erklärungen abgegeben wurden.

Ich sage an der Stelle ganz deutlich: Wir haben hier eine handlungsfähige Regierung und ein handlungsfähiges Parlament, was das heute auf den Weg bringen wird. Dementsprechend reden wir auch über die Beschlussempfehlung des Hauptausschusses. Der Landtag muss handlungsfähig bleiben, wir als Landtag müssen uns also auf veränderte Situationen vorbereiten. Das bedeutet ganz klar, dass wir, wenn es zu veränderten Situationen kommt, mit der heutigen Änderung, nämlich der Änderung der Geschäftsordnung, die für die Beschlussfähigkeit nötige Zahl temporär - das kann dann das Präsidium erklären - von 46 auf 23 Abgeordnete im Plenum herabsetzen können.

Uns ist klar, dass das nur eine kurzfristige Lösung sein kann. Uns ist auch klar, dass damit die Mehrheitsverhältnisse im Landtag und somit auch alle demokratischen Rechte im Plenum gewährleistet sind - das betone ich an der Stelle. Wir werden selbstverständlich für die Zukunft nachhaltige Lösungen suchen und auch finden, die es ermöglichen, entweder in Form einer Änderung der Landesverfassung oder der vorläufigen Geschäftsordnung auf zukünftige Krisen zu reagieren.

Ich gehe noch kurz auf zwei Punkte ein: Wir tragen eine Verantwortung für das Land, die Landkreise, die kreisfreien Städte und selbstverständlich auch für die Gemeinden. Deswegen haben wir gestern eine Vorlage eingereicht, der sich die AfD-Fraktion verwehrt hat. Wir hätten mit einem großen Konsens beschließen können, sie heute hier erst einmal zu diskutieren. So gar der Diskussion haben Sie sich entzogen.

Ich möchte zum Schluss sagen: Bei all dem, was die Brandenburgerinnen und Brandenburger persönlich zur Bewältigung der Krise leisten, kann ich Ihren Anteil als AfD zur Bewältigung der Krise nicht sehen. Ich sage ganz deutlich: In der Krise beweist sich der wahre Charakter! - Vielen Dank.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Danke schön. - Für die AfD-Fraktion spricht der Abgeordnete Hohloch.

Wir haben uns auf nur drei Minuten Redezeit verständigt - das ist sehr knapp. Ich bitte darum, dass sich alle daran halten.

Bitte schön, Herr Hohloch.

Herr Abg. Hohloch (AfD): *

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Sehr geehrter Herr Keller, das, was Sie hier gerade gesagt haben, entbehrt eigentlich jeder Grundlage. Vorgestern Nacht - um 22.30 Uhr - hat einer unserer Abgeordneten diesen Gesetzentwurf erhalten. Und innerhalb von nicht einmal 24 Stunden sollen wir als Opposition auf etwas reagieren, was Sie als Koalition vorlegen? Ich muss sagen: Das geschieht in letzter Zeit ziemlich häufig. Und: Wir als AfD-Fraktion haben uns bis zu diesem Zeitpunkt keiner dieser Maßnahmen verwehrt. Aber bei bestimmten Dingen ist irgendwann auch Schluss! Wir brauchen für solche Dinge, wenn man solche Gesetzesvorhaben auf den Weg bringen muss, einfach auch Zeit, darüber zu debattieren, auch als Fraktion darüber nachzudenken, worum es eigentlich geht. Dass ein Parlament handlungsfähig ist, setzt auch voraus, dass hier keine Schnellschüsse abgefeuert werden, sondern wir uns für die Materie, die für die Brandenburger von großer Bedeutung ist, wirklich auch Zeit nehmen, also keine Schnellschüsse versuchen.

Nun zum Tagesordnungspunkt, meine Damen und Herren: Außergewöhnliche Situationen - das habe ich gerade gesagt - erfordern auch außergewöhnliche Lösungen. Dass es sich bei der aktuellen Lage, in der sich die Brandenburger befinden, um genau eine solche Situation handelt, liegt auf der Hand.

Wegen der rasanten Ausbreitung des Coronavirus wurde nicht nur der reguläre Betrieb unserer Kindertageseinrichtungen und Schulen eingestellt, sondern das Gesellschafts- und Wirtschaftsleben mittels verordneter Kontaktverbote und Ausgangssperren bundesweit faktisch zum Erliegen gebracht. In unseren Innenstädten, Geschäften und Straßen herrscht seit Wochen gähnende Leere. Vor allem Zukunftsängste plagen die Brandenburger aktuell. Dabei geht es nicht nur um die Sorge um die eigene Zukunft, sondern auch um die Zukunft der eigenen Familie.

Umso wichtiger ist, dass in solchen Zeiten die Politik, vor allem der Landtag zeigt, dass er handlungsfähig ist und handlungsfähig bleibt. Das Parlament dieses Landes muss sich daran messen lassen, ob es fähig und ob es willens ist, nüchtern abwägend und situationsangemessen Entscheidungen zu treffen und sich dem gegebenenfalls auch anzupassen. Das bedeutet im Fall der Corona-Pandemie, einerseits die Ausbreitung des Virus einzudämmen und zu verlangsamen. Andererseits muss sichergestellt sein, dass durch die getroffenen Entscheidungen die Wirtschaft nicht komplett zum Erliegen kommt und damit die Folgeerscheinungen dieser Pandemie womöglich schwerwiegender als das Virus selbst sind. Dafür sind natürlich, Herr Keller, rasche Entscheidungen notwendig. Aber die aktuelle Situation darf unter keinen Umständen zu Folgendem führen: Sie darf zum einen nicht die parlamentarische Demokratie in Teilen oder zur Gänze aushebeln - für die Opposition gehört genauso dazu, sich der Regierung nicht in jedem Sinne anschließen zu müssen -, zum anderen dürfen die demokratischen Rechte der Opposition nicht beschnitten werden. Das ist ebenfalls Bestandteil der Regeln.

Meine Damen und Herren, worin besteht eigentlich die Aufgabe der Opposition in dieser Zeit? - Die Aufgabe der Opposition kann nach unserer Auffassung nicht darin bestehen, Opposition um der Opposition willen zu betreiben. Gleichzeit darf sie nicht zum Steigbügelhalter einer Regierungskoalition werden. Die Opposition hat alternative Lösungsvorschläge zu unterbreiten,

die Regierung zu kontrollieren und ihr, wenn es notwendig ist, auch mal gehörig auf die Finger zu klopfen.

Wir denken, dass der hier vorgelegte Beschluss des Hauptausschusses, ein zeitlich befristetes Notparlament einzurichten, der derzeitigen Lage angemessen ist, weil erstens die Arbeits- und Beschlussfähigkeit des Landtages in außergewöhnlichen Notlagen gewährleistet sein muss, zweitens die Mehrheitsverhältnisse trotz Verkleinerung des Landtages angemessen sind und beibehalten werden und drittens die Rechte der Opposition sowie die Rollenverteilung zwischen Parlament und Regierung gewahrt bleiben.

Nichtsdestotrotz halten wir fest - das muss man auch sagen -, dass bei dieser Lösung die Rechte der Abgeordneten stark beschnitten werden.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Ich darf Sie um einen Schlusssatz bitten.

Herr Abg. Hohloch (AfD): *

Ich komme direkt zum Schluss.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Gut.

Herr Abg. Hohloch (AfD): *

Schließlich kann nur ein Bruchteil der Volksvertreter seine Stimme abgeben. Dies sind wir zum Wohle Brandenburgs und zur Aufrechterhaltung der Demokratie in unserem Land jedoch mitzutragen gewillt. Nach gründlicher Abwägung aller Aspekte werden wir unter Bauchschmerzen dieser Beschlussempfehlung folgen, meine Damen und Herren.

Dem Änderungsantrag der Linken werden wir nicht zustimmen. Beim Entschließungsantrag der Koalition werden wir uns enthalten. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Als nächster Redner spricht der Abgeordnete Bretz für die CDU-Fraktion. - Wir machen das ganz in Ruhe. - Bitte schön.

Herr Abg. Bretz (CDU):

Liebe Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Worum geht es in dieser Beratung? In dieser Beratung geht es darum, dass Ihnen der Hauptausschuss des Landtages Brandenburg empfiehlt, die vorläufige Geschäftsordnung um einen weiteren Paragraphen, nämlich um § 61a zu erweitern.

Was ist der Hintergrund dieses Paragraphen? Der Hintergrund ist, dass dieser Landtag nur beschlussfähig ist, wenn mindestens 45 Abgeordnete anwesend sind. Die Frage, die sich in dieser Zeit stellt, ist: Können wir zu jedem Zeitpunkt sicherstellen, dass dies in einer Krisensituation, auch in einer Situation wie der jetzigen, gewährleistet ist? Auch dieser Landtag muss im Zweifel handlungsfähig sein, insbesondere wenn es darum

geht, der Landesregierung finanziellen Spielraum zu ermöglichen.

Vor diesem Hintergrund wäre es theoretisch die sauberste Lösung, im Rahmen einer Verfassungsänderung Klarheit darüber zu schaffen, wie ein Landtag in einer solchen Situation zu arbeiten hat. Wir sind uns einig, dass es in dieser Situation nicht geboten ist, die Verfassung zu ändern. Deshalb sind wir dankbar, dass sich der Hauptausschuss dazu durchgerungen hat, auf dem Wege der Änderung der vorläufigen Geschäftsordnung und auf dem Wege der Freiwilligkeit eine Option zu schaffen, damit dieses Parlament auch in einer solchen Situation handlungsfähig ist.

Die Lösung lautet wie folgt: Wenn es der Landtag nicht zustande bringt, dass 45 Abgeordnete anwesend sind, gäbe es gemäß der Geschäftsordnung die Möglichkeit, dass ein Parlament von 23 Abgeordneten die Beschlussfähigkeit sicherstellt. Die Voraussetzungen dafür sind sehr hoch, denn das Präsidium muss das Vorhandensein einer außergewöhnlichen Notlage feststellen. Sollte auch das Präsidium nicht beschlussfähig sein, hätte ersatzweise die Präsidentin im Einvernehmen mit den Vizepräsidenten die Möglichkeit, eine solche Feststellung zu treffen. Warum 23? Das war übrigens ein Hinweis der Linksfraktion, für den wir dankbar sind und den wir auch aufgegriffen haben. Die Zahl 23 stellt die Mindestbesetzung sicher, und zwar so, dass dem Mehrheitswillen der Wählerinnen und Wähler in Brandenburg auch entsprochen wird.

Kurzum, es ist so, dass diese Regelung voraussetzt, dass jede Fraktion, jede Gruppe - wir haben jetzt keine Gruppe hier, insofern haben wir nur Fraktionen - mit diesem Verfahren einverstanden ist, und sie setzt auch die freiwillige Mitwirkung aller Abgeordneten voraus. Sie ist mitnichten eine verbindliche Regelung, die in die Rechte von Abgeordneten eingreift, sondern sie setzt auf Freiwilligkeit. Sie bietet dem Präsidium, der Präsidentin und den Vizepräsidenten eine Handlungsoption, und ich finde, es ist eine abgewogene Regelung, eine Regelung, der wir zustimmen können. Diese Regelung ist im Übrigen bis zum 30. Juni dieses Jahres befristet. Insofern bitten wir um Zustimmung, und ich bedanke mich bei allen Kolleginnen und Kollegen, die daran mitgewirkt haben. Wir können dieser Regelung zustimmen. - Herzlichen Dank.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Als nächster Redner spricht der Abgeordnete Domres für die Fraktion DIE LINKE.

Herr Abg. Domres (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es wurde ja schon häufig gesagt: Besondere Situationen erfordern besondere Maßnahmen. - Gerade in Zeiten der Corona-Krise liegt dieser Gedanke auch nahe. Und wer kann schon etwas dagegen haben, in den Zeiten dieser Pandemie nach Wegen und Lösungen zu suchen, um den Landtag und seine Ausschüsse sowohl bei Erkrankungen von Abgeordneten als auch bei Quarantäne arbeits- und handlungsfähig zu halten? Wir als Linke jedenfalls nicht.

Dass dazu die Geschäftsordnung geändert werden muss, ist nachvollziehbar. Nicht nachvollziehbar ist für uns der Weg dahin, den die Koalition dieses Mal gewählt hat. Bisher war es guter parlamentarischer Stil, dass Änderungen der Geschäftsordnung vorher mit allen Fraktionen besprochen und auch mit größtmöglicher Zustimmung beschlossen werden. Diesmal war

es anders: Nachdem eine angedachte Verfassungsänderung wegen mangelnder Mehrheitsaussichten verworfen wurde, kam die Koalition mit ihrem Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung um die Ecke. Als Platzhalter wurde er bezeichnet, weil angeblich keine Zeit für eine Abstimmung mit den anderen Fraktionen war. Nun gut, wir jedenfalls standen und stehen immer für Gespräche bereit. Aus diesem Platzhalter wird nun vermutlich eine Regelung in der Geschäftsordnung, und das wider Ihr besseres Wissen - was auch Ihrem Entschließungsantrag zu entnehmen ist. In der Debatte im Hauptausschuss wurden alle Änderungsvorschläge bis auf einen weggewischt. Angenommen wurde der Vorschlag, die für die Beschlussfähigkeit des Landtages nötige Anzahl von Abgeordneten von 22 auf 23 zu erhöhen. Das Argument, dass sich die Mehrheitsverhältnisse im Landtag mit 23 Abgeordneten besser abbilden lassen, konnte einfach nicht widerlegt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dass die Corona-Krise jetzt dazu führt, dass parlamentarische und demokratische Rechte eingeschränkt werden sollen, ist für die Linke nicht akzeptabel. Worin besteht nun unsere Kritik? Erstens: Die Entscheidung über die Feststellung einer außergewöhnlichen Notlage gehört aus Sicht der Linksfraktion ins Plenum. Dafür gab es im Hauptausschuss leider keine Mehrheit. Zweitens: Unsere Ablehnung, diese Entscheidung dem Präsidium zu überlassen, hat nichts mit einem Misstrauen gegenüber dem Präsidium zu tun, sondern vielmehr mit der Sorge, dass - da Präsidiumsmitglieder nicht vertreten werden können - im Falle von vermehrten Krankheitsfällen gerade die drei Fraktionen, die nur mit einem Mitglied im Präsidium vertreten sind, von Entscheidungen abgeschnitten sein könnten. Dies haben Sie in Ihrem Entschließungsantrag ja richtig erkannt. Und drittens: Das Präsidium tagt nicht öffentlich, und somit ist die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Das ist für uns auch ein gewichtiges Argument.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit unserem Änderungsantrag unterbreiten wir Ihnen ein weiteres Kompromissangebot. Wir schlagen vor, die Entscheidung, auch wenn es uns schwerfällt, in den Hauptausschuss zu geben. Dafür spricht erstens: Die Mitglieder des Hauptausschusses können vertreten werden. Das heißt, keine Fraktion ist von den Entscheidungen abgeschnitten. Zweitens: Der Hauptausschuss tagt öffentlich. Damit ist die Transparenz gesichert. Und drittens: Liebe Koalition, das, was Sie mit Ihrem Entschließungsantrag prüfen wollen, wurde durch den Brief der Präsidentin an die Ausschussvorsitzenden zum Teil schon abgearbeitet und durch unseren Vorschlag ergänzt. So schlagen wir vor, dass ein Ausschuss eine Sitzung durchführen und Beschlüsse, für die eine offene Abstimmung vorgesehen ist, fassen kann, wenn die Mitglieder des Ausschusses und andere Teilnahmeberechtigte am Sitz des Landtags oder über elektronische Kommunikationsmittel an den Beratungen teilnehmen. Dies kann unter anderem per Telefonkonferenz, per Videokonferenz oder Livestream sein, und selbstverständlich ist auch die Öffentlichkeit, also die Transparenz, gesichert. Zu diesem Problem findet sich in der Beschlussempfehlung des Hauptausschusses nichts.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, der Entschließungsantrag ist aus meiner Sicht ein hilfloser Versuch, den eingeschlagenen Irrweg zu korrigieren, aber eben nicht gleich und nicht heute. Daher werbe ich bei Ihnen ausdrücklich um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag. - Herzlichen Dank.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Das war zeitlich ganz hervorragend - ich muss jetzt ja immer ein bisschen überbrücken. - Als Nächste spricht die Abgeordnete Schäffer für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. - Bitte schön.

Frau Abg. Schäffer (B90/GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer, die heute leider nicht hier sein können, aber vielleicht von zu Hause aus bei uns und dieser Debatte sind! Es sind ungewöhnliche Zeiten, in denen wir hier zusammenkommen. Es gibt auch eine ungewöhnliche Sitzordnung, an die ich mich noch gewöhnen muss. Aber auch und gerade in diesen Zeiten müssen wir als Parlament Entscheidungen treffen.

Um so etwas wie eine Änderung zur Beschlussfähigkeit des Landtages zu beschließen, müsste im Normalfall ein langer, abgestufter Prozess durchlaufen werden, denn wir wissen, wie sensibel so etwas sein kann. Es wurden hier heute schon einige Sorgen angesprochen, die ich zum Teil teile, die ich auf jeden Fall nachvollziehen kann und die normalerweise ausführlicher hätten diskutiert werden müssen, um zu einer breiten Mehrheit für eine solche Änderung zu kommen.

Meine Damen und Herren, wir befinden uns hier heute leider nicht in normalen Zeiten, denn wir müssen die Arbeitsfähigkeit des Parlaments schnell sicherstellen. Das Gleiche gilt übrigens für die Kommunalvertretungen, bei denen die AfD-Fraktion leider der Meinung ist, wir sollten noch ein paar Wochen warten, bis wir ihnen Handlungsspielraum ermöglichen.

Die Koalitionsfraktionen sind sich in dieser besonderen Zeit ihrer Verantwortung bewusst. Deshalb ist diese Regelung klar befristet, deshalb wird ausgeschlossen, dass ein verkleinertes Parlament die Geschäftsordnung selbst wieder ändern kann, und deshalb wählen wir eine sehr vorsichtige Herangehensweise und stellen sicher, dass die Teilnehmerzahl für eine Plenarsitzung nur durch freiwillige Kooperation aller Fraktionen und Abgeordneten reduziert werden kann. Die Opposition hat damit effektiv ein Vetorecht. Ich denke, dadurch stellen wir sicher, dass die Rechte der Abgeordneten auch bei dieser schnell zustande gekommenen Lösung gewahrt bleiben.

Dennoch: Dass ein sehr kleiner Teil der gewählten Abgeordneten weitreichende Entscheidungen treffen kann, ist kein wünschenswerter Zustand für unsere Demokratie, und ich bin mir sicher, wir hoffen alle und werden auch gemeinsam alles dafür tun, dass diese Regelung in den nächsten Wochen und Monaten nicht in Kraft treten muss. Deshalb machen wir mit dem Entschließungsantrag auch Vorschläge, wie man alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier möglicherweise besser einbinden und ihnen die Teilnahme am Parlamentsbetrieb ermöglichen kann. Dazu zählt insbesondere, an Sitzungen von Ausschüssen und am Plenum auf digitalem Weg teilnehmen zu können. In anderen Parlamenten wird das bereits praktiziert, und das möchten wir unter Wahrung der Öffentlichkeit von Sitzungen auch in Brandenburg schaffen. Bis die von uns heute zu beschließende Änderung der Geschäftsordnung ausläuft, werden wir diese Verfahren prüfen und gegebenenfalls die Voraussetzungen für sie schaffen.

Eines möchte ich an dieser Stelle noch einmal ganz deutlich sagen: Eine auf Dauer angelegte Änderung der Geschäftsord-

nung oder gegebenenfalls der Verfassung bezüglich der Beschlussfähigkeit in diesem Landtag darf und wird es mit uns Bündnisgrünen erst dann geben, wenn ein angemessener Diskussionsprozess stattgefunden hat, der die Zivilgesellschaft einbindet und die juristischen Grundlagen angemessen würdigt.

Dazu bekennen wir uns auch im Entschließungsantrag ganz deutlich; denn das Betriebssystem unserer Demokratie nehmen wir nicht auf die leichte Schulter. Ich bitte um Zustimmung zu den Anträgen der Koalitionsfraktionen. - Vielen Dank.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Es gibt eine Kurzintervention von Frau Johlige, und zwar von der Tribüne.

Frau Abg. Johlige (DIE LINKE):

Das sollte eigentlich eine Zwischenfrage sein, aber ich mache es gerne auch als Kurzintervention. - Frau Schäffer, ich habe leider noch nicht verstanden, warum Sie unseren Vorschlag ablehnen wollen, diese Entscheidung dem Hauptausschuss zu übertragen. Herr Domres hat ganz klar gesagt, was die Nachteile sind, wenn das Ganze beim Präsidium liegt: keine Öffentlichkeit und keine Vertretungsmöglichkeit für einzelne Fraktionen - es kann durchaus passieren, dass ein Mitglied krank wird.

Mich würde die Begründung Ihrer Ablehnung interessieren. Das ist jetzt ein bisschen Pech, weil Sie die letzte Koalitionsvertreterin waren, die gesprochen hat. Keiner ist jedoch zuvor auf diesen Punkt eingegangen. Das wäre mir aber schon sehr wichtig; denn die Debatte über eine solch weitreichende Entscheidung muss in der Öffentlichkeit erfolgen. Da würde mich schon sehr die Begründung interessieren, was gegen unseren Vorschlag spricht.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Frau Schäffer, möchten Sie reagieren? - Bitte schön.

Frau Abg. Schäffer (B90/GRÜNE):

Ich möchte ganz kurz darauf eingehen. So etwas hätte man in einem ordentlichen Verfahren auf jeden Fall diskutieren müssen. Die ganz kritische Frage ist immer: Wer stellt einen Notstand fest, und was ist eigentlich ein Notstand? Wir wissen alle aus der Geschichte oder aktuell durch einen Blick in andere Länder Europas, dass das eine sensible Sache ist und man vorsichtig sein muss.

Ich denke aber, dass das Präsidium diese Aufgabe verantwortungsvoll übernimmt. Noch einmal: Jede einzelne Fraktion, jeder einzelne Abgeordnete muss freiwillig an diesem Verfahren teilnehmen, damit es überhaupt funktioniert. Insofern werden keine Rechte eingeschränkt, und für den Fall, dass irgendein Verdacht bestehen sollte, dass das Ganze vonseiten des Präsidiums missbraucht wird, gibt es alle Möglichkeiten, einzuschreiten und das zu verhindern. Für diesen kurzen Zeitraum ist das daher, denke ich, in Ordnung.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Wir setzen mit dem Beitrag des Abgeordneten Stefke von der Fraktion BVB / FREIE WÄHLER fort. - Normalerweise begrüße ich in diesen Momenten immer die Zuschauer auf der Tribüne, um die Zeit zu überbrücken. Das kann ich heute aber nicht. Dann sagen wir doch einfach denjenigen, die uns am Bildschirm zuschauen, ein ganz herzliches Willkommen hier bei uns beim Plenum. - Herr Abgeordneter, bitte schön.

Herr Abg. Stefke (BVB/FW):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Zuschauerinnen und Zuschauer an den Bildschirmen draußen! Außergewöhnliche Situationen erfordern außergewöhnliche Maßnahmen - so lautet ein geflügeltes Wort; wir haben es heute schon das eine oder andere Mal gehört.

Die uns alle betreffende und mit Besorgnis erfüllende Krise durch das Coronavirus ist solch eine außergewöhnliche Situation. In dieser Zeit verbietet sich ein unsachlicher politischer Schlagabtausch zwischen der Regierung und der Opposition im Parlament. Die Bürgerinnen und Bürger draußen erwarten von uns allen - ich betone: von uns allen -, dass wir parteipolitisches Gezänk unterlassen und stattdessen die bestmöglichen Lösungen finden, um das Land und vor allem die Menschen durch diese schwierige Phase, von der heute niemand weiß, wie lange sie dauern wird, zu führen.

Hierfür ist zu jeder Zeit die Handlungsfähigkeit der Regierung und des Parlaments erforderlich. Der Landtag mit seinen 88 Abgeordneten ist nach der derzeit gültigen vorläufigen Geschäftsordnung nur beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Das wären mindestens 45 Abgeordnete.

In diesen Zeiten kann nicht ausgeschlossen werden, dass keine 45 Abgeordneten anwesend sein können. Wir haben es in der eigenen Fraktion erlebt, dass unser Fraktionsvorsitzender Péter Vida tagelang unter häusliche Quarantäne gestellt wurde. Im Falle eines positiven Tests wären auch die übrigen vier Abgeordneten von BVB / FREIE WÄHLER bis zur Vorlage eines negativen Testergebnisses gezwungen gewesen, sich zu Hause aufzuhalten. Dies könnte auch anderen Fraktionen passieren; man wünscht es selbstverständlich niemandem.

Insofern ist im Falle der derzeitigen Regelung eine drohende Beschlussunfähigkeit des Parlaments keine Fiktion, sondern liegt sehr wohl im Bereich des Möglichen. In einem solchen Worst Case hätte dies zur Folge, dass dringend notwendige Beschlüsse zu den unterschiedlichsten Regelungsnotwendigkeiten nicht gefasst werden könnten. Das kann niemand wollen.

„BVB“ steht als Teil unseres Fraktionsnamens für „Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen“. Als solche ist uns die Einhaltung von Verfassung und Geschäftsordnung sehr wichtig. Wir achten in unserer täglichen Arbeit, egal ob auf kommunaler oder auf Landesebene, auf ihre Einhaltung.

Aus diesem Grund haben wir eine gründliche Abwägung vorgenommen, die uns im Ergebnis zu dem Schluss kommen lässt, dass eine zeitlich befristete Ausnahmeregelung im Falle einer festgestellten außergewöhnlichen Notlage vertretbar ist. Für regelungsbedürftig halten wir zudem eine einheitliche Verfahrens-

weise, nicht nur für das Parlament, sondern auch für seine Ausschüsse, die aus unserer Sicht ebenfalls arbeitsfähig bleiben müssen, auch wenn sie keinen Beschlusscharakter haben.

Der Entschließungsantrag der Koalition ist deshalb ein Schritt in eine Richtung, die wir unterstützen. Unsere Fraktion wird der Einführung eines neuen § 61a in die vorläufige Geschäftsordnung wie ausgeführt zustimmen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Danke schön. - Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu drei Abstimmungen.

Zunächst kommen wir zum Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 7/959, Neudruck. Ganz kurz ein Stichwort dazu: Das Gremium, das gemäß § 61a der vorläufigen Geschäftsordnung die außergewöhnliche Notlage feststellt, soll laut diesem Änderungsantrag der Hauptausschuss und nicht das Präsidium sein. Des Weiteren soll in § 77 der vorläufigen Geschäftsordnung des Landtags ein neuer Absatz 9 eingefügt werden, in dem auch eine Geschäftsordnungsregelung zu Ausschusssitzungen unter den Bedingungen der Corona-Pandemie aufgenommen wird. Ich darf Sie um Abstimmung bitten. Wer dem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit wurde der Antrag bei einigen Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Ich komme zweitens zu Beschlussempfehlung und Bericht des Hauptausschusses, Drucksache 7/924: „Beschlussfähigkeit des Landtags in außergewöhnlichen Notlagen ermöglichen“. Ich darf Sie wieder um Abstimmung bitten. Wer der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit wurde der Beschlussempfehlung bei einigen Gegenstimmen zugestimmt.

Ich komme zum Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen, Drucksache 7/964, Titel: „Parlamentarische Rechte sicherstellen - auch in Krisenzeiten.“ Ich bitte Sie wieder um Abstimmung. Wer dem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit wurde dem Entschließungsantrag bei einigen Enthaltungen zugestimmt.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 2 und rufe Tagesordnungspunkt 3 auf.

TOP 3: Beschluss über das Vorliegen einer außergewöhnlichen Notsituation gemäß Artikel 103 Absatz 2 Satz 2 Landesverfassung in Verbindung mit § 18b Landeshaushaltsordnung

Antrag
des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

[Drucksache 7/890](#)

in Verbindung damit:

Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (Nachtragshaushaltsgesetz 2020 - NTHG 2020)

Gesetzentwurf
der Landesregierung

[Drucksache 7/640](#)

2. Lesung

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

[Drucksache 7/942 \(Neudruck\)](#)

Es liegen acht Änderungsanträge der Fraktion BVB / FREIE WÄHLER - Drucksachen 7/944 bis 7/951 -, neun Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE - Drucksachen 7/957, 7/958, 7/965 bis 7/971 - sowie acht Änderungsanträge der AfD-Fraktion - Drucksachen 7/977 bis 7/979, 7/973, 7/974 und 7/980 bis 7/982 - vor.

Es handelt sich demnach um 25 Änderungsanträge und sieben Entschließungsanträge.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass über die vorliegenden Entschließungsanträge erst nach der Schlussabstimmung über das Nachtragshaushaltsgesetz, also nach der 3. Lesung, abgestimmt wird. Das entspricht § 40 Abs. 2 der vorläufigen Geschäftsordnung des Landtages.

Die Aussprache eröffnet der Abgeordnete Vogelsänger von der SPD-Fraktion. Bitte schön.

Herr Abg. Vogelsänger (SPD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die Beratung des Nachtragshaushalts 2020 erfolgte in der Krisenzeit in einem Rekordtempo. Erstmals in der Geschichte des Landes Brandenburg wurde eine Haushaltsnotlage festgestellt. Das zeigt die Dramatik der Situation. Weltweit, auch in Deutschland und Brandenburg, kämpfen Menschen aufopferungsvoll gegen das Coronavirus. Ihnen gebühren größter Respekt und Dank. Ich sage das deshalb, weil wir mit dem Beschluss des Nachtragshaushalts auch ein Zeichen setzen wollen - ein Zeichen, dass man sich auf uns verlassen kann.

Ursprünglich war die Beschlussfassung für Mitte Mai vorgesehen. Heute haben wir bekanntlich den 1. April. Seit der Überweisung des Nachtragshaushalts an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen am 26. Februar wurden drei Sitzungen abgehalten und 60 Änderungsanträge behandelt. Die Einzelheiten können Sie der Beschlussempfehlung entnehmen. Ich möchte mich bei unserer Präsidentin bedanken. Wir durften sogar in diesem Saal tagen; die außergewöhnlichen Umstände haben dazu geführt. Ich habe selbstverständlich nicht den Stuhl der Präsidentin benutzt.

Und: Ich bedanke mich bei Frau Markowski vom Ausschussdienst. Es war eine riesige Leistung, diese drei Sitzungen vor- und nachzubereiten und die entsprechenden Protokolle zu erstellen. Herzlichen Dank dafür!

(Allgemeiner Beifall)

Ich sage selbstverständlich auch der Ministerin der Finanzen und für Europa Danke. Sie war bei allen Sitzungen dabei und stand uns zur Seite. Das ist angesichts ihres Terminkalenders keine Selbstverständlichkeit und zeigt auch die Wertschätzung des Parlaments.

Ich will noch jemanden nennen, und zwar Herrn Hartmann, stellvertretend für die Mitarbeiter des Finanzministeriums. Er stand uns immer mit Rat zur Seite, wenn es Fragen gab. Auch dafür herzlichen Dank, Herr Hartmann!

Mir wurde übermittelt, dass das Rekordtempo anhält. Wir wollen auf die Überweisung an den Ausschuss zur Vorbereitung der 3. Lesung verzichten; zumindest haben die Parlamentarischen Geschäftsführer dies signalisiert. Das halte ich für ein gutes Signal.

Die intensive Arbeit geht weiter. Ich habe vor, zu einer Sonder-sitzung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen am 16. April einzuladen. Ich will das gut begründen: Wir müssen bei dem Nachtragshaushalt und der Kreditemächtigung in Höhe von 2 Milliarden Euro dafür sorgen, dass dieses Parlament intensiv einbezogen wird. Deshalb halte ich diese Sonder-sitzung für richtig.

Frau Präsidentin, nachdem ich als Ausschussvorsitzender reden durfte, will ich nun zu den inhaltlichen Aspekten kommen. Herr Innenminister, ich habe es schon bei der Einbringung gesagt: Wir werden die Brandenburger Polizei weiter stärken. Das ist gut und richtig. Das merken wir in der jetzigen Krisenzeit.

Herr Walter, ich halte es schon für erstaunlich, dass Sie den Bußgeldkatalog kritisieren. Niemand hat die Absicht,

(Allgemeine Heiterkeit)

Bußgelder einzuziehen. Wir würden uns freuen, wenn sich alle an die Bestimmungen hielten.

Die SPD-Fraktion hält ein erfolgreiches Krisenmanagement für unverzichtbar. Krisenzeiten erfordern entschlossenes Handeln. Deshalb unterstützen wir das Krisenmanagement und auch die Kreditemächtigung in Höhe von 2 Milliarden Euro. Das haben wir uns nicht leichtgemacht, ist aber eine richtige Maßnahme.

Geld ist jedoch nicht ohne Ende vorhanden, obwohl DIE LINKE und Sie, Herr Walter, so tun, und das ist unverantwortlich gegenüber den Menschen im Land Brandenburg. Wir haben die größte Krise im Land Brandenburg, und Sie wollen nicht, dass es jemand merkt. Der aufgespannte Rettungsschirm, Herr Walter - Sie wollen ja jetzt eine Zwischenfrage stellen; die kann ich Ihnen vielleicht vorher schon beantworten -, ist nicht vollumfänglich bzw. nicht abgeschlossen. Darüber werden wir im Ausschuss für Haushalt und Finanzen reden. Das betrifft selbstverständlich auch den sozialen und kulturellen Bereich. Aber ich sage eines: Wir als Land werden nicht alles hundertprozentig kompensieren können. Das ist nun einmal so.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Herr Abg. Vogelsänger (SPD):

Ja, selbstverständlich; das verlängert meine Redezeit.

Herr Abg. Walter (DIE LINKE):

Vielen Dank, Kollege Vogelsänger. - Ich habe nicht die Absicht, Ihre Redezeit zu verlängern. Nichtsdestotrotz möchte ich nachfragen. Sie haben dargestellt, dass Sie gerade im Bereich Soziales, Kultur usw. weiteren Handlungsbedarf sehen. Deshalb frage ich Sie, warum dann im Anhang der Vorlage Ihrer Fraktion und der Landesregierung bezüglich der Schuldenaufnahme in Höhe von 2 Milliarden Euro deutlich über 2 Milliarden Euro für Steuerausfälle - 1 Milliarde Euro - und Soforthilfe - 1,3 Milliarden Euro - geplant sind. Woher sollen dann die Mittel für Kultur und Soziales, die Sie gerade angekündigt haben, kommen?

Herr Abg. Vogelsänger (SPD):

Herr Abgeordneter Walter, ich bin schon ein bisschen enttäuscht von Ihnen. Diese 2 Milliarden Euro sind doch überhaupt nicht freigegeben. Das ist Sache des Parlaments, und deshalb werden wir im Ausschuss für Haushalt und Finanzen darüber reden.

Der größte Baustein des benötigten Haushaltsvolumens ist die Soforthilfe für die Unternehmen. Darauf können wir stolz sein. Gemeinsam mit dem Freistaat Bayern waren wir die Ersten, die Anträge entgegengenommen, bearbeitet und das Geld dann ausgezahlt haben, und zwar schon ab dem 25. März. Das war ein wichtiges Signal für viele Unternehmen, auch wenn es darum ging, ihren Betrieb - aus Sorge um ihre Mitarbeiter und aus Sorge, dass sich das Virus weiterverbreitet - einzustellen. Dafür muss man auch einmal Danke sagen!

Und: Wir haben mutige Ministerinnen und Minister. Es ist eine mutige Entscheidung, diesen Rettungsschirm für Betriebe mit bis zu 100 Mitarbeitern aufzuspannen. Das macht nicht jedes Bundesland. Aber eines ist uns wichtig: Jedes gerettete Unternehmen ist ein Unternehmen, das später Steuern zahlt und dessen Angestellte nicht in die Arbeitslosigkeit entlassen werden. Das ist also gutes Geld, das wir dort sichern. Trotzdem wird nicht jeder am nächsten Tag das Geld auf dem Konto haben. Ich unterstütze ausdrücklich die Bemühungen um die personelle Verstärkung der ILB, aber man muss auch zur Kenntnis nehmen, dass dort mit Hochdruck gearbeitet wird.

Die materielle Absicherung der Bekämpfung der Corona-Krise und die Unterstützung der Krankenhäuser darf nicht an den Mitteln des Landes scheitern, und das wird auch nicht so sein. Aber die Beschaffung ist eine große Herausforderung. Da wünschen wir der Ministerin viel Erfolg, dass sie dies auch bewerkstelligen kann.

Ich komme zum medizinischen Bereich: Ein gutes Signal der Koalition ist, dass wir 6,6 Millionen Euro für die Medizinische Hochschule Brandenburg zur Verfügung stellen. Wir brauchen mehr Ärzte, und wir wollen mehr Ärzte im Land Brandenburg ausbilden.

Wir sind und bleiben ein Industrieland. Die Ansiedlung von BASF und Tesla hat jetzt eine ganz andere Dimension. In einer Zeit, in der Zehntausende Arbeitsplätze in Gefahr sind, ist diese Ansiedlung ein Glücksfall für das Land Brandenburg, und wir werden diese Ansiedlung mit aller Kraft unterstützen.

Bei einer Umfrage hat es eine Befürwortung von über 80 % gegeben. Sogar die Grüne Jugend ist jetzt dabei. Auf die Unterstützung der AfD kann ich locker verzichten.

Wir werden dieses große Projekt umsetzen, und wir werden dafür sorgen, dass neue Arbeitsplätze in der Krisenzeit entstehen. Wir werden das unterstützen.

Ein Virus hat die Welt verändert. Der Kampf gegen das tödliche Virus und die Bewältigung seiner Folgen bestimmen unser Handeln. Der Nachtragshaushalt 2020 mit der 2-Milliarden-Euro-Kreditermächtigung ist eine gute Grundlage für die Bewältigung dieser Krise.

Jetzt komme ich zu Herrn Walter: Herr Walter, Sie stellen eine Forderung nach der anderen. Es reicht aber nicht, der Kreditermächtigung zuzustimmen. Sie müssen auch dem Gesamthaushalt zustimmen, ansonsten greifen die Maßnahmen überhaupt nicht. Deshalb wird die SPD-Fraktion aus Verantwortung für unser Land Brandenburg einstimmig dem Gesamthaushalt zustimmen. - Vielen Dank.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Danke schön. - Als nächster Redner spricht der Abgeordnete Galau für die Fraktion der AfD.

Herr Abg. Galau (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Zuschauer draußen an den Geräten! Als finanzpolitischer Sprecher meiner Fraktion habe ich mich schon an große Zahlen gewöhnt. Doch die aktuelle Situation lässt befürchten, dass uns noch Zahlen ganz anderer Dimensionen bevorstehen.

Im Dezember haben wir ein Sondervermögen von 1 Milliarde Euro für Zukunftsinvestitionen in unserem Land über die nächsten zehn Jahre beschlossen - da haben wir schon tief durchgeatmet. Dann wurde im Februar der geplante Nachtragshaushalt 2020 mit 314 Millionen Euro vorgelegt, über den wir heute - das übersieht man in der Hektik schnell - ebenfalls beschließen werden. Dann brach, ungeplant und unaufhaltbar, die Viruskrise mit voller Wucht über uns herein. Schnell wurde deutlich, dass es zur Abwendung von Schäden an unserer Wirtschaft viel Geld brauchen würde. Vor nicht einmal zwei Wochen haben wir deshalb im Finanzausschuss über eine Ad-hoc-Sonderhilfe in Höhe von 500 Millionen Euro diskutiert und sie beschlossen. Eine Woche später wurde klar, dass das nicht reichen würde. Eine Verdopplung auf 1 Milliarde Euro Sonderhilfe wurde beschlossen. Am Montag dieser Woche, also zwei Werk-tage später, zeigte sich, dass auch das nicht reichen würde, um die Folgeschäden der Corona-Pandemie für unser Land Brandenburg zu begrenzen. Wir haben im Finanzausschuss eine weitere Verdopplung auf jetzt 2 Milliarden Euro beschlossen. Die Bedarfshochrechnung der Finanzministerin lässt die Hoffnung zu, dass wir damit viel abfedern können - vorausgesetzt, der Lockdown der Wirtschaft dauert nicht länger als sechs Wochen, sonst wird es eng.

Diese Entwicklung zeigt auch: Niemand ist heute im Besitz der ultimativen Wahrheit und Weisheit - die Opposition nicht, der das sowieso immer abgesprochen wird, aber auch nicht die Regierung. Deshalb kann es nur so gehen, wie es in diesen Tagen eben abläuft: jeden Tag die Lage neu analysieren und bewerten und daraus dann die hoffentlich richtigen Schlüsse ziehen - und zwar gemeinsam.

Jetzt ist keine Zeit für politische Grabenkämpfe zwischen Regierung und Opposition. Gemeinsam müssen wir für das Wohl von Brandenburg kämpfen und jeden Tag versuchen, bei all den Schwierigkeiten, die die Unsicherheit mit sich bringt, das Beste für die Bürgerinnen und Bürger zu erreichen.

Entgegen aller parlamentarischen Tradition stimmen wir von der AfD-Fraktion - der größten Oppositionsfraktion in diesem Hause - mit der Regierungskoalition für das gesamte Nachtragshaushaltspaket. Das hat es in der Form noch nicht gegeben.

In allem Hoffen auf eine gute Wendung und bei aller Unsicherheit, was noch auf uns zukommt, braucht es - davon sind wir überzeugt - eine breite parlamentarische Basis, um die Herausforderungen zu bewältigen. Dabei, meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen wir als Opposition die Zügel hinsichtlich der parlamentarischen Kontrolle des Regierungshandelns nicht locker. Das will ich hier auch ganz deutlich sagen.

Vergessen wir nicht: Bei diesen 2 Milliarden Euro handelt es sich um neue Kredite, die das Land sich und uns aufbürdet - und das, obwohl seit dem 1. Januar eigentlich die Schuldenbremse greifen sollte. Zum Glück haben wir in der Verfassung Ausnahmeregelungen, die dann greifen, wenn das Land in außergewöhnliche Notsituationen gerät. Sie liegen vor, wenn der Staat keine Kontrolle mehr über die finanziellen Auswirkungen des äußeren Geschehens hat. Mit diesem Tagesordnungspunkt werden wir - nach den Reden - genau das beschließen.

Wir müssen feststellen, dass sich unser Land in einer außergewöhnlichen Notsituation befindet. Daher werden wir schweren Herzens zustimmen, weil wir uns der Realität nicht verweigern können. Damit ist dann die Kreditaufnahme erlaubt und die Regierung darf sich zunächst 1 Milliarde Euro sofort beschaffen, um Soforthilfe leisten zu können. Die zweite Milliarde Euro ist zunächst gesperrt und kann vom Finanzausschuss erst freigegeben werden, nachdem eine Einschätzung der Lage und der Entwicklung vorgenommen wurde, um überall dort zu helfen, wo die Wirtschaft es selbst nicht mehr kann.

Unser aller Ziel ist und muss es sein, dass, wenn die Krise über uns hinweggerollt ist, so viele Wirtschaftsteilnehmer wie nur möglich noch da und weiterhin leistungsfähig sind. Das müssen wir erreichen.

Vertrauen in das Regierungshandeln ist gut, parlamentarische Kontrolle aber besser. Deshalb erwarten wir von der Landesregierung vollkommene Transparenz über alle Maßnahmen, die sie mit dieser Sonderhilfe durchführt. Wir werden sicher mehr als sonst im Finanzausschuss zusammensitzen, um uns über den Einsatz der Mittel berichten zu lassen und dem unsere Einschätzung der Lage und der Bedürftigkeit gegenüberzustellen. Dazu haben wir unsere Analysen durchgeführt und einen eigenen Entschließungsantrag über umfassende Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie vorgelegt, über den wir nachher unter Tagesordnungspunkt 7 beraten werden.

Damit - lassen Sie mich das als Finanzler betonen - öffnen wir nicht die Wunsch-dir-was-Büchse. Wir sind der festen Überzeugung, dass der Fokus des Helfens in dieser Krise weiter gefasst sein muss, als es die Regierung in der Hektik des operativen Handelns nach unserem Eindruck im Moment tut. Das haben wir in knapp 20 Punkten aufgeschrieben und hoffen, dass die Mittel dann bei den Betroffenen und Bedürftigen auch entsprechend ankommen.

Zum Schluss will ich einen Punkt erwähnen, bei dem wir uns als Opposition - bei allem Verständnis für die Notwendigkeit schnellen Handelns - doch etwas über den Tisch gezogen fühlen: Ich erwähnte vorhin den ursprünglichen ordentlichen Nachtragshaushalt von immerhin 314 Millionen Euro. Wir verstehen nicht, warum er unbedingt mit den 2 Milliarden Euro Soforthilfe zusammengepackt und in einem um sechs Wochen verkürzten Verfahren beschlossen werden muss. Klar, bei der Soforthilfe zählt heute jeder Tag. Schnelligkeit ist das Maß. Aber bei dem ordentlichen Nachtragshaushalt bleibt der Nachgeschmack, dass uns hier etwas „übergeholfen“ wurde, bei dem wir nicht ansatzweise eine Chance zu genauem und kritischem Hinterfragen hatten. Das wäre nicht nötig gewesen; das wäre auch im ursprünglichen Prozessablauf - im Maiplenum - machbar gewesen. In letzter Konsequenz muss ich sagen: Vertrauensstärkend war das nicht.

Dennoch: Schauen wir nach vorne! Wir beschließen mit der Regierungskoalition den gesamten Nachtragshaushalt 2020 mit den Soforthilfen und sehen zu, dass diese schnellstens bei allen ankommen, die sie brauchen. So nehmen wir den Kampf gegen die Krise auf und sind zuversichtlich, dass wir sie gemeinsam bewältigen werden. - Vielen Dank.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Danke schön. - Als Nächster spricht der Abgeordnete Bretz für die CDU-Fraktion.

Herr Abg. Bretz (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich beginne einmal ganz anders: Als wir in der letzten, der 6. Wahlperiode gemeinsam in diesem Raum darüber diskutierten, ob und inwieweit wir die Schuldenbremse in der Landesverfassung verankern, hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vertreten durch Axel Vogel, und haben wir von der CDU-Fraktion immer für eine solche Regelung geworben.

Es ist in der letzten Wahlperiode etwas geglückt, was sich im Nachgang auch als richtig erwiesen hat: Wir haben mit Artikel 103 eine entsprechende Regel in der Landesverfassung verankert. Und wir haben etwas Zweites getan, nämlich die Landeshaushaltsordnung um § 18a - auf den ich noch zu sprechen komme - und um § 18b erweitert, um der Landesregierung das entsprechende Instrumentarium an die Hand zu geben.

Ich nutze die Gelegenheit, mich namentlich und ausdrücklich bei Axel Vogel, Helmut Barthel und Uwe Schmidt - mit lieben Grüßen an den Kollegen Schmidt -, bei Thomas von Gizycki, Carsten Preuß, Ralf Christoffers und beim damaligen Finanzminister Christian Görke dafür zu bedanken, dass wir gemeinsam eine solche Regelung hinbekommen haben, denn niemand konnte damals wissen, dass wir heute davon Gebrauch machen müssen. Dass wir es heute können, ist auch dank der gemeinsamen Arbeit in der letzten Legislaturperiode möglich. Deshalb noch einmal mein ausdrücklicher Dank an die Kolleginnen und Kollegen dafür!

(Vereinzelte Beifall CDU, SPD, B90/GRÜNE sowie DIE LINKE)

Mit der Möglichkeit, der Landesregierung in außergewöhnlichen Notsituationen einen finanziellen Spielraum zu geben, beabsichtigen wir in der jetzigen Situation, der Landesregierung

gemäß § 18b Landeshaushaltsordnung im Zuge des Nachtragshaushaltes Mittel in Höhe von 2 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen.

Lassen Sie mich Folgendes dazu sagen: Diese Entscheidung - das hat auch Jan Redmann für die CDU-Fraktion gesagt - haben wir uns in der Tat nicht leicht gemacht. Wir haben sie uns in der Fraktion nicht leicht gemacht, wir haben sie uns in der Koalition nicht leicht gemacht, und wir haben sie uns auch im parlamentarischen Verfahren nicht leicht gemacht, weil wir wissen, dass wir stets abwägen zwischen dem, was möglicherweise ein Nichtstun kostet, und dem, was es bringt, wenn wir jetzt entsprechende Unterstützungs- und Hilfsmaßnahmen ergreifen, um die Krise zu überbrücken. Das tun wir auf Grundlage von § 18b Landeshaushaltsordnung, und wir denken, dass das der richtige Schritt ist.

Ich will an der Stelle auch erwähnen, dass wir der Landesregierung mit der Erstellung des Haushaltes für das Jahr 2021 einen weiteren Instrumentenkasten an die Hand geben, nämlich mit § 18a Landeshaushaltsordnung. Damit beantworte ich teilweise auch Herrn Walters Frage, wie wir mit Steuerausfällen oder rückläufigen Steuereinnahmen umgehen: Wir haben damals in § 18a Landeshaushaltsordnung, mit den Absätzen 1 bis 7, einen entsprechenden Baukasten vereinbart, der der Landesregierung mittels Ex-ante- und Ex-post-Betrachtung der Einnahmeentwicklungen auf Basis des Produktionslückenverfahrens und der Herunterrechnung auf das Land Brandenburg ermöglicht, Lösungen zu finden, wie man mit konjunkturell bedingten Steuermindereinnahmen umgeht. Auf dieses Verfahren werden wir im Zuge der Haushaltserstellung für das Jahr 2021 noch hinwirken. Dass wir diese Möglichkeiten haben, ist auch richtig und gut.

Der Nachtragshaushalt ist bei der Einbringung inhaltlich umfassend diskutiert worden, und wir sind jetzt in der Situation, dass wir mit dem Rettungsschirm die finanziellen Mittel in Höhe von 2 Milliarden Euro zusätzlich bereitstellen werden und auch müssen. Uns ist wichtig, dass wir diese 2 Milliarden Euro gemeinsam als Parlament ab der ersten Milliarde Euro unter einen sogenannten qualifizierten Haushaltsvermerk stellen - sprich: Der Landtag, auch der Ausschuss für Haushalt und Finanzen, hat zu jedem Zeitpunkt den Blick darauf, wie wir mit diesem Geld umgehen, hat ein Mitspracherecht, hat auch ein Mitwirkungsrecht, und es ist auch geregelt, dass in dem qualifizierten Haushaltsvermerk auch die Möglichkeit der schrittweisen Freigabe der entsprechenden Mittel besteht.

Ich danke dem amtierenden Ausschussvorsitzenden Jörg Vogelsänger ausdrücklich dafür, dass er mit dem Tagungsturnus des Ausschusses für Haushalt und Finanzen sicherstellt, diese Transparenz im Ausschuss zu gewährleisten. Uns ist wichtig, dass sich alle Menschen im Land auf die Handlungsfähigkeit der Landesregierung, die weitgehende Zusage des Landtages verlassen können, dass wir niemanden in dieser Situation zurücklassen und helfen, wo immer wir helfen können. Dort werden wir auch die Unterstützung leisten, nicht ohne den Hinweis zu geben, dass wir natürlich nicht jedes Problem - auch das gehört zur Wahrheit - vollumfänglich lösen können. Es wird dazu kommen, dass wir aufgrund dieser Krise mit Nachteilen zu leben haben. Wir wollen aber in jedem Fall sicherstellen, dass die exzellenten Bedingungen der Menschen in Brandenburg ...

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage? - Bitte schön.

Herr Abg. Domres (DIE LINKE):

Danke, Frau Präsidentin. - Herr Kollege Bretz, Sie sprachen von der Handlungsfähigkeit der Landesregierung. Ich frage nach der Handlungsfähigkeit der CDU-Fraktion: Wie ist der Stand der Verfassungsklage?

Herr Abg. Bretz (CDU):

Lieber Kollege Domres, ich würde gern im späteren Teil meiner Rede darauf eingehen. Gestatten Sie mir, dass ich erst einmal zu dem wichtigen Punkt des Rettungsschirms weiter ausführe und Ihnen dann auf diese Frage antworte.

Zum Rettungsschirm ergänze ich, dass sich die Brandenburger in dieser Zeit auf die Landesregierung und dieses Parlament verlassen können.

Lassen Sie mich noch etwas sagen: Wir haben Ihnen - das wurde von Vorrednern erwähnt - hier im Parlament die Zusage gegeben, dass wir mit der Errichtung des Zukunftsinvestitionsfonds zum Nachtragshaushalt 2020 auch darüber Auskunft geben, wie wir mit ihm umgehen werden. Ich kann Ihnen sagen, dass wir mit dem Ihnen heute vorliegenden Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen, den wir auch schon im Ausschuss diskutiert haben, darüber Auskunft geben, wie wir mit dem Zukunftsinvestitionsfonds umgehen.

Warum ist das eigentlich wichtig? Es wurde heute in der Aussprache zur Regierungserklärung schon angesprochen: Es wird auch eine Zeit nach der Corona-Krise geben, und da müssen wir daran denken: Was tun wir in dieser Phase, in der wir bestrebt sein müssen, das wirtschaftliche Leben, das öffentliche Leben in Brandenburg wiederherzustellen? Zwar bietet der Zukunftsinvestitionsfonds nicht den alleinigen, aber, wie ich glaube, einen Baustein, um in dieser Frage Antworten zu liefern. Deshalb haben wir bei der Erstellung des Entschließungsantrags die Einteilung beachtet und die Vorschläge, die uns in diesem Raum erreicht haben, auch aufgegriffen. Deshalb haben wir gesagt, dass der Zukunftsinvestitionsfonds natürlich als Orientierung, als Eckwert und zu einem Großteil auch dazu dient, wirtschaftliche Ansiedlungen in Brandenburg weiterhin zu ermöglichen. Dieser Tatbestand wird in der Zukunft von entscheidender Bedeutung sein, damit wir auch bei den Zukunftsinvestitionen in Brandenburg vorankommen.

Wir als Koalition haben Ihnen - erstens - vorgeschlagen, für diesen Bereich, der auch den Bereich Wissenschaft umfasst, Zukunftsinvestitionen in der Größenordnung von 35 % vorzusehen.

Wir haben zweitens, um bei der Infrastruktur, im Gesundheitssystem, bei der Nachhaltigkeit und dem Klimaschutz voranzukommen, vorgesehen, weitere 35 % der Mittel in diesen Bereichen einzusetzen.

Und wir haben - drittens - auch eine Forderung zur Weiterentwicklung des kommunalen Investitionsprogramms, die wir hier immer wieder diskutiert haben, aufgegriffen und gesagt: Wir wollen bei der Regionalentwicklung ebenfalls Zeichen setzen, damit unsere Kommunen in wichtigen Bereichen, etwa im Bereich Bildung, im Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes oder im Sport- und Kulturbereich, die Möglichkeit haben, vom Zukunftsinvestitionsfonds zu profitieren.

Um den Kreis zu schließen, ist der Satz „Wenn es den Zukunftsinvestitionsfonds nicht gäbe, müsste man ihn direkt erfinden“ richtig. Wenn wir uns dann die Frage stellen, welche Erfahrungen wir eigentlich aus der jetzigen Situation gewinnen und wie wir sie mit Zukunftsinvestitionen für das Land Brandenburg verbinden, glaube ich, dass das eine Scharnierfunktion ist, für die wir in Summe sehr dankbar sein können. Da haben wir Ihre Punkte - wie ich schon ausführte - auch aufgegriffen.

Nun beantworte ich natürlich, weil ich ein sehr höflicher Mensch bin, gerne - mit Blick auf meine Redezeit, die jetzt abgelaufen ist - die Nachfrage des Kollegen Domres.

(Heiterkeit)

Sehr geehrter Kollege Domres, wir als CDU-Fraktion hatten bezüglich der Verfassungsmäßigkeit des Doppelhaushaltes 2019 und 2020 umfassende Diskussionen. Sie wissen, dass wir uns dazu auch inhaltlich verständigt haben bei der Erstellung des ...

(Zuruf)

- Wenn Sie all das schon wissen, warum fragen Sie dann? - Bei der Erstellung des Koalitionsvertrags hatten wir uns darauf verständigt, dass wir im Rahmen der Erstellung des Nachtragshaushaltes unsere verfassungsrechtlichen Bedenken als ausgeräumt betrachten. Wir sind der Meinung, dass - Sie haben ja heute auch die Möglichkeit, durch Zustimmung dazu einen Beitrag zu leisten - unsere Bedenken mit der Beschlussfassung zu diesem Nachtragshaushalt ausgeräumt sind. Ich hoffe, damit Ihre Frage beantwortet zu haben.

In diesem Sinne, meine sehr verehrten Damen und Herren, empfehlen wir Ihnen sehr, diesem Nachtragshaushalt, der den Rettungsschirm beinhaltet, zuzustimmen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Danke schön. - Für die Fraktion DIE LINKE spricht der Abgeordnete Kretschmer.

(Das Rednerpult wird desinfiziert.)

Diese Pausen haben den Vorteil, dass man alles auf sich wirken lassen kann. - Bitte schön.

Herr Abg. Kretschmer (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! In ihrer Rede zur Einbringung am 26. Februar sprach Finanzministerin Lange noch davon, dass der Nachtragshaushalt für dieses Jahr der eigentliche finanzpolitische Auftakt der Kenia-Koalition sei und für den Beginn eines Jahrzehnts der Investitionen stehe. Einen Monat später ist diese Aussage nicht mehr haltbar. Die zur Eindämmung der Pandemie erforderlichen Einschränkungen unseres Zusammenlebens, unseres Wirtschaftens, unserer Grundrechte und nicht zuletzt der parlamentarischen Kontrollrechte sind bemerkenswert umfassend und in ihrer Tragweite nicht absehbar.

Absehbar ist hingegen, dass sich die wirtschaftlichen Folgen der erforderlichen Schutzmaßnahmen schon in diesem Jahr in

einem Einbruch der Steuereinnahmen und in wachsenden Bedarfen nicht nur für die Stabilisierung des Gesundheitssystems, sondern gerade auch auf die Stabilisierung des gesellschaftlichen Lebens bzw. das Miteinander niederschlagen werden. Neben unserem Gesundheitswesen, für das die Situation eine enorme Belastungsprobe darstellt, stehen auch die öffentlichen Haushalte - angefangen beim Land bis hinunter zu den Städten und Gemeinden - bei der Aufgabe, diese Krise zu meistern, vor enormen Herausforderungen. Ich gehe davon aus, dass spätestens mit der Mai-Steuerschätzung die Haushaltssperre kommen wird. Und wenn ich die dpa-Meldung heute Morgen richtig verstanden habe, ist ein weiterer Kredit nicht ausgeschlossen - so jedenfalls lässt sich unser Ministerpräsident zitieren.

Trotzdem hat es die Kenia-Koalition nicht versäumt, sich mit entsprechenden Änderungsanträgen noch eine politische Pfründe vom vermeintlich großen Kuchen des Zukunftsinvestitionsfonds zu sichern. Da wird locker mal eine Million für die Umrüstung zweier Dieselflotten auf Wasserstoffantrieb beschlossen - mit dem Ziel einer klimaneutralen Nationalpark-Buslinie. In der Begründung heißt es dann tatsächlich, dass eine äußerst günstige Relation zwischen verfolgtem Zweck und Mitteleinsatz bestehe. „Chapeau!“ möchte man ausrufen, wenn man sich in der Krise noch solch ein Projekt leisten kann! Dabei habe ich ausdrücklich nichts gegen Busse mit Wasserstoffantrieb; ich frage mich nur, warum man diese nicht für das gleiche oder unwesentlich mehr Geld neu anschaffen kann.

Schlimmer noch: Auch in dieser Krisenzeit wird an zusätzlichen Ausgaben für die Regionalkoordinatoren festgehalten, und die Staatskanzlei kann für diese immer noch kein Aufgabenprofil vorweisen. Ein Amutszeugnis!

Ob das geplante rauschende Fest zum Tag der Deutschen Einheit stattfinden kann, weiß zurzeit auch kein Mensch; zusätzliches Geld in Höhe von 2,3 Millionen Euro wird dafür aber erst einmal eingeplant.

Und wenn die Kenia-Koalition nicht auf den Zukunftsinvestitionsfonds zurückgreifen kann, bedient sie sich eben weiter der allgemeinen Rücklage. Für Vorschläge meiner Fraktion wie der Angleichung der brandenburgischen Busfahrerentgelte an die Berliner Tariffhöhe oder die Bezahlung der Beschäftigten der Fridericus Servicegesellschaft nach dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes ist scheinbar kein Geld da. Selbst unser Änderungsantrag zur Förderung des Lokaljournalismus - im Übrigen ein fraktionsübergreifender Beschluss aus der vergangenen Legislaturperiode - kann unter Verweis auf fadenscheinige Argumente nicht umgesetzt werden.

Meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, Sie waren es damals, die diesen Beschluss in der Opposition mit herbeigeführt haben. Ihr damaliger Fraktionsvorsitzender, Herr Senftleben, war ein Vertreter des politischen Wettbewerbs um die besten Ideen. Traurig, was daraus bei einer CDU in Regierungsverantwortung geworden ist! Dieser Wettbewerb ist nicht mehr gewünscht. Schlimmer noch: Selbst eine inhaltliche Verständigung im Ausschuss für Haushalt und Finanzen wird von Herrn Bretz abgewürgt. Auf meine Nachfragen zu den vom Land geplanten Liquiditätshilfen für den Flughafen Berlin Brandenburg in Höhe von 111 Millionen Euro bekommt man von ihm zu hören, dass jetzt nicht der richtige Zeitpunkt sei, sich detailliert darüber zu verständigen. Herr Bretz, bei allem Verständnis für die Situation, in der wir uns alle befinden: Eine Sternstunde parlamentarischer Demokratie waren diese Haushaltsberatungen wahrlich nicht.

Ich hatte eher den Eindruck, es wird durchregiert. Deshalb warne ich an dieser Stelle: Es ist eine Sache, wenn drei ungleiche Koalitionspartner ihre Konflikte lieber im Vorhinein hinter verschlossenen Türen und ohne Protokoll austragen. Etwas ganz anderes ist es aber, wenn Regierung und Koalition sich der Diskussion guter Ideen für gemeinsame Ziele verweigern und Ausschussberatungen zu lästigen Pflichten verkommen, die man möglichst zeit- und nervenschonend hinter sich bringen will.

Es reicht nicht aus, eine Kreditermächtigung in Höhe von 2 Milliarden Euro lediglich regierungs- und koalitionsintern zu diskutieren und sich obendrein über kontrollierende Nachfragen der Opposition im Ausschuss zu beschweren. Wenn wir schon so weit gekommen sind, wird es höchste Zeit, über das gemeinsame Verständnis von Parlamentarismus und Regierungskontrolle zu reden.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Für meine Fraktion ist in Zeiten der Corona-Krise Solidarität das Gebot der Stunde. So richtig die Auflage eines Soforthilfeprogramms für die Unternehmen im Land Brandenburg ist: Wir dürfen es nicht dabei belassen. Ansonsten laufen wir Gefahr, dass die Verteilungskämpfe um den Platz unter dem Rettungsschirm die politischen Debatten der kommenden Wochen und Monate prägen. DIE LINKE kämpft deshalb dafür, dass insbesondere an die Menschen gedacht wird, die akut Hilfe benötigen. Die jetzige Situation konfrontiert uns nicht nur mit Engpässen in der Krankenhauslandschaft und den Folgen der jahrelangen Unterfinanzierung öffentlicher Gesundheitsinfrastruktur; es gilt auch, diese Aspekte in den kommenden Wochen und Monaten eingehend zu beleuchten, die Weichen für ein leistungsfähiges öffentliches Gesundheitssystem zu stellen und den Wohlfahrts- und Sozialstaat insgesamt zu stärken.

In insgesamt fünf Entschließungsanträgen zu diesem Nachtragshaushalt fordern wir genau dies ein. Unsere soziale und kulturelle Infrastruktur, die von vielen Vereinen, sozialen Unternehmen und Kulturschaffenden getragen wird, ist akut bedroht. Sie muss geschützt werden. Es gilt, deutlich zu machen, dass Politik nicht nur Banken und Großindustrie rettet, sondern dass in der Notsituation auch Rettungsschirme für den kleinen Mann und die kleine Frau, die unverschuldet in Not geraten sind, vorhanden sind. Wir wollen, dass vonseiten des Landes überall dort schnelle und unbürokratische Hilfe und Unterstützung geleistet wird, wo Brandenburgerinnen und Brandenburger Gefahr laufen, durch die Maschen der vom Bund gespannten Sicherungsnetze zu fallen. Diese haben leider immer noch sehr große Löcher. Konkret wollen wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter systemrelevanter Berufe bzw. Bereiche stärken, das Sozial-, Wohlfahrts- und Kulturland Brandenburg stärken, die Krankenhäuser und die Kommunen stärken und die systemrelevante Landwirtschaft in der Corona-Krise stützen. Auf Bundesebene muss sich das Land Brandenburg für eine Aufstockung des Kurzarbeitergeldes und die Aussetzung der Gewerbesteuerumlage einsetzen. All dies sind aus unserer Sicht gezielte Maßnahmen, die dazu beitragen können, den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Zeiten der Krise zu stärken.

Es wird nämlich auch eine Zeit nach Corona geben. Wir Haushälter, Politiker und Menschen sind mit den Grenzen unserer Macht konfrontiert. Wie die Zeit nach Corona aussieht, liegt aber schon jetzt in unserer Hand. Damit wir diese Zeit gemeinsam gestalten können, brauchen wir schon heute Sicherheit und Solidarität für ein lebenswertes Brandenburg. In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zu unseren Entschließungsanträgen und weise vorsorglich darauf hin, dass dazu im viel beschworenen Koalitionsvertrag nichts zu finden ist und damit ein

viel bemühter Grund entfallen dürfte, sie abzulehnen. - Herzlichen Dank.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Danke schön. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht der Abgeordnete von Gizycki.

Herr Abg. von Gizycki (B90/GRÜNE):

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kretschmer, das stimmt - wir hätten das auch gerne ausführlicher diskutiert und einen größeren Schwerpunkt auf die Haushaltsdebatte gelegt. Aber wie Sie wissen, war das in diesem Jahr leider nicht möglich. Wir haben den Beschluss auf heute vorgezogen, gerade weil es so dringend ist und wir den Rettungsschirm hier und jetzt beschließen müssen.

Wirklich Spaß bereitet uns das als Finanzpolitiker nicht, denn in der Tat hätten wir gerne stolz berichtet, welche Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag finanziell schon umgesetzt sind. Wir hätten die vorgesehenen Ausgaben gegenüber der Opposition natürlich auch ausführlich und umfangreich verteidigt, hätten Haushaltsdisziplin verkündet, hätten ausführlich gestritten und gerungen. Selbstverständlich, die Zeit hätten wir uns sicherlich genommen. Das wird in Kürze auch wieder so sein, nämlich dann, wenn wir über den Haushalt 2021 reden.

Natürlich hätten wir gerne in aller Breite über die Projekte aus dem Zukunftsinvestitionsfonds, liebevoll ZiFoG genannt, geredet. Aber angesichts des Nachtragshaushalts ist dieser Fonds fast schon zum Nebendarsteller geworden.

Lassen Sie mich trotzdem kurz auf die Projekte eingehen, die Sie angesprochen haben:

Mit der Investition in die Umrüstung der beiden Wasserstoffbusse geht es uns doch nicht darum, diese Busse dort fahren zu lassen. Vielmehr geht es darum, ein Projekt zu initiieren und Erfahrungen zu sammeln, wie das gerade im ländlichen Raum mit den dortigen Akteuren funktionieren kann. Diese Erfahrungen werden Gold wert sein, wenn wir das dann im ganzen Land umsetzen können. Das jedenfalls verstehen wir unter einem Zukunftsinvestitionsfonds, nämlich solche Projekte zu identifizieren, zu finanzieren und daraus Erfahrungen für die Zukunft unseres Landes zu sammeln.

Aber: Die Corona-Pandemie hat uns fest im Griff. Sie fordert jetzt beides: unsere volle Aufmerksamkeit und enorme Summen öffentlichen Geldes. - Das ganze Land steht sozusagen vor einem Härtetest. Nicht nur das Gesundheitssystem, sondern auch die Exekutive ist auf das Äußerste gefordert, alles zu tun, um einerseits Leben zu retten und andererseits den Menschen zu helfen, die durch die aktuellen Maßnahmen massive Verluste erleiden. Wir haben vorhin schon darüber diskutiert. Das ist ein klassischer Zielkonflikt. Es handelt sich um eine Situation, die wir in dieser Form wohl alle noch nicht erlebt haben dürften und die uns die Sorgenfalten auf die Stirn treibt.

Jetzt mobilisiertes öffentliches Geld soll Menschen helfen, ihren Arbeitsplatz zu behalten. Der gute Buchladen, bei dem Sie am Wochenende regelmäßig kurz vorbeischauchen, soll bitte wieder geöffnet haben, wenn der Spuk vorbei ist. Das Gleiche gilt für die Cafés oder Dorfgasthäuser mit ihren regionalen Angeboten. Das Wichtigste von allem: Tritt der Ernstfall ein, sollen alle Betroffenen entsprechend medizinisch behandelt werden können.

Für mich ist es schlicht beeindruckend, wie schnell unsere Investitionsbank die ersten Hilfen bereitgestellt hat. Wie wir schon gehört haben, sind inzwischen über 49 000 Anträge eingegangen. Pro Tag sollen bis zu 2 000 Anträge bewilligt werden. Dafür werden bis zu 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingesetzt, um die Bearbeitungszeiten kurz zu halten. Ich hoffe, dass wir das alles gut hinbekommen. Es wurde schon häufig darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, dass das Geld jetzt schnell fließt.

Beeindruckend ist auch, wie schnell das öffentliche Leben fast zum Erliegen gekommen ist: Spielplätze, Schulen, Kinos schließen; das meiste spielt sich jetzt zu Hause ab. Wir alle zahlen in der Tat den Preis der Freiheit. Hoffen wir, dass diese schmerzlichen Eingriffe in unser aller Leben jetzt zu wirken beginnen. In den nächsten Tagen und Wochen sind wir da hoffentlich etwas schlauer.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Deutschland ist mal wieder Weltmeister - Rettungsweltmeister. Kein anderes Land hat, gemessen an seiner Wirtschaftsleistung, so schnell so viel Geld mobilisiert.

Auch Brandenburg leistet mit diesem Nachtragshaushalt einen gehörigen Anteil: Die Koalition will das Corona-Hilfspaket auf bis zu 2 Milliarden Euro erweitern. 2 Milliarden Euro - das sind fast 15 % des Gesamthaushalts. Darin enthalten sind natürlich die Soforthilfen für Unternehmerinnen und Unternehmer sowie Mittel für zusätzliche Beatmungsplätze und Schutzausrüstungen in der Gesundheitsversorgung. Das ist Geld zur Unterstützung dringend benötigter ausländischer Arbeitskräfte, zum Ausgleich wegbrechender Steuereinnahmen und für Eltern, die ihre Kinder zu Hause betreuen müssen und daher weniger arbeiten können.

Was wir damit noch alles finanzieren wollen, Herr Kretschmer, werden wir im Detail diskutieren müssen. Darüber werden wir uns ausführlich unterhalten. Das, was in dieser Liste aufgeführt ist, ist aber keine abschließende Aufzählung, sondern vielmehr eine Handreichung, um zu begründen, warum wir 2 Milliarden Euro bewilligen.

Sie haben ja auch vorgerechnet, wie der Prozess gelaufen ist: Erst waren es 500 Millionen Euro, dann war es 1 Milliarde Euro, und jetzt sind wir bei 2 Milliarden Euro. Das will gut begründet sein. Da kann man nicht einfach sagen: Wir beschließen das jetzt so. - Dazu hatten wir ja eine Aufstellung bekommen.

In dieser Überschlagsrechnung finden sich - ja - auch Zuschüsse an die Flughafengesellschaft. Sie haben von 111 Millionen Euro gesprochen. Diese Zahl, die da aufgeführt wird, ist eine Zahl, die maximal auf die Gesellschafter zukommen könnte - jedenfalls nach der Kalkulation. Inwieweit sie später ausreicht, wissen wir alle nicht. Aber darüber, ob das Geld fließt, entscheiden wir. Zwar ist noch kein Beschluss gefallen, in dem das in dieser Liste auftaucht, aber damit können Sie fest rechnen.

Die drei Gesellschafter haben sich in dieser Sache am Montag in der Tat sehr weit aus dem Fenster gelehnt. Den Beschluss fassen am Ende aber wir.

(Zuruf)

- Wenn es so kommt und die 300 Millionen Euro tatsächlich nötig sind - ja -, dann werden wir das hier auch beschließen. Aber das werden wir dann noch sehen.

Mich wundert es aber schon, dass die Finanzministerin bei der Überschlagsrechnung auf dieser Liste von einer sechswöchigen Ausnahmesituation ausgeht. Geht man von einem Umsatzausfall in Höhe von 300 Millionen Euro aus, der für den Flughafen zugrunde gelegt wird, hieße das, der Flugbetrieb würde erst im Herbst oder Winter wieder vollständig anlaufen. Das wäre schon seltsam. Von daher gehe ich nicht davon aus, dass die Summe in dieser Größenordnung fällig wird. Aber wie gesagt: Man weiß es nicht. Wenn es dann so kommt, haben wir die Zahl schon einmal gehört und können entsprechend handeln.

Ich gehe davon aus, dass Einsparmöglichkeiten und Bundeshilfen in vollem Umfang genutzt werden. Sie sind in diesen Kalkulationen völlig außen vor.

Der Flughafen wird wie jedes andere Großunternehmen behandelt. Und: Klar muss auch sein, dass das Geld aus dem Rettungsschirm nur für die Ausfälle, die auf die Corona-Krise zurückzuführen sind, zur Verfügung steht.

Die Diskussion über die Businessplan-Gelder werden wir natürlich separat führen. Ich werde mir auch ganz genau angucken, wie das begründet wird. Deswegen ist hier fehl am Platz, das in einen Topf zu werfen.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Abgeordneter? - Bitte schön.

Herr Abg. Dr. Zeschmann (BVB/FW):

Sie haben eben ausgeführt, dass die Gelder, die für den Flughafen bzw. die Flughafengesellschaft jetzt zusätzlich mobilisiert werden sollen, und zwar in Höhe von 111 Millionen Euro allein von Brandenburg, bis zum Ende dieses Jahres im Groben die Betriebskosten decken. Gilt die Rechnung für den Betrieb von Tegel und Schönefeld bis Ende des Jahres oder ab November für den BER? - Danke schön.

Herr Abg. von Gizycki (B90/GRÜNE):

Das ist die Kalkulation auf Basis der Umsätze der Flughafengesellschaft vom letzten Jahr. Das waren um die 400 Millionen Euro. Kalkuliert man jetzt ungefähr 300 Millionen Euro, rechnet man mit einem ein Dreivierteljahr dauernden weitestgehenden Stillstand. Das ist aber das Worst-Case-Szenario, von dem wir alle hoffen, dass es nicht eintritt. Wie gesagt, beschlossen ist noch nichts. Das ist lediglich eine Kalkulationsgrundlage, auf deren Basis wir die 2 Milliarden Euro in den Haushalt schreiben.

Bei einem derart tiefen Griff in die Tasche müssen wir uns die Fragen stellen: Welche Folgen hat das? Überfordern wir den Landeshaushalt damit? Wägt man die möglichen Alternativen ab, kommt man zu dem Schluss, dass wir hier wirklich das Richtige tun.

Krisen sind immer auch Zeiten von Tabubrüchen. Krisen helfen manchmal sogar, Überholtes endlich aufzugeben. Auch das

Tabu einer engen Abstimmung von Finanz- und Geldpolitik gehört aus meiner Sicht dazu. Die Notenbanken sollten ihre völlige Unabhängigkeit von politischen Einflüssen aufgeben. Die lange verteidigte schwarze Null hätte damit ausgedient. Sie war ein Relikt aus Zeiten hoher Inflationsgefahren, wie es sie noch in den 70er- und 80er-Jahren in Westeuropa verbreitet gab.

Jetzt aber, in Zeiten, in denen die materiellen Bedürfnisse weitgehend gestillt sind und das Wachstum stagniert, in denen sich Wachstumskritik regt und gleichzeitig große Herausforderungen zu bewältigen sind, sind ausgeglichene Haushalte fehl am Platz. Das war auch der Grund, warum wir dem kreditfinanzierten Zukunftsinvestitionsfonds am Ende zugestimmt haben. Der Staat und die Notenbanken müssen künftig enger zusammenarbeiten. Sie müssen in der Lage sein, gemeinsam die richtigen Impulse zu setzen, und zwar finanzielle Impulse, um die vor uns liegenden Probleme zu lösen.

Brandenburg ist mit seinem Hilfspaket nicht allein. Ganz Europa steht vor ähnlichen Herausforderungen. Daher bin ich fest davon überzeugt, dass diese öffentlichen Ausgaben auch von Maßnahmen der Europäischen Zentralbank flankiert werden. Über lange Sicht gesehen können diese Ausgaben dann gut finanziert werden. Der Tilgungsplan für die jetzt zu beschließenden 2 Milliarden EUR ist auf 30 Jahre angelegt.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Es gibt eine weitere Zwischenfrage; Sie haben schon zugesagt. - Herr Dr. Zeschmann, bitte.

Herr Abg. Dr. Zeschmann (BVB/FW):

Habe ich Sie gerade richtig verstanden, dass Sie die Unabhängigkeit der Notenbanken in Deutschland und in Europa aufgrund der Pandemie einschränken wollen? Wir haben jahrzehntelang dafür gekämpft, dass genau diese gegeben ist, damit eben nicht die Notenbanken politischem Druck ausgesetzt werden, wie es in den USA zum Teil immer noch passiert. Das war in den Siebzigern, das ist richtig.

Daher meine Frage: Wollen Sie wirklich die Unabhängigkeit der Notenbanken in Deutschland und in Europa einschränken?

Herr Abg. von Gizycki (B90/GRÜNE):

Ja, das haben Sie richtig verstanden. Das ist die Überlegung, die ich gerade anstelle, nämlich ob das eine Lösung ist, um solchen Krisen in Zukunft zu begegnen, damit wir wirklich die Leistungen für die Leute finanzieren können, die sie gerade brauchen. 2 Milliarden Euro sind kein Pappenstiel, und die Möglichkeiten des Staates sind wirklich endlich.

Nicht allen und jedem wird geholfen werden können, Herr Zeschmann, das ist klar. Um es aber so fair wie möglich zu gestalten, sollten wir alle Maßnahmen einem Gerechtigkeitscheck unterziehen; auch wir Finanzpolitiker tragen in solchen Zeiten viel Verantwortung - der sollten wir auch gerecht werden. - Herzlichen Dank.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Danke schön. - Beide Zwischenfragen kamen von Herrn Dr. Zeschmann. Ich sage das für das Protokoll, weil unsere Mitarbeiter vom Stenografischen Dienst uns ja jetzt nicht sehen

können. An der Stelle grüßen wir sie aus der Ferne ganz herzlich: Hallo, wir sitzen nebenan!

(Allgemeiner Beifall)

Als nächster Redner spricht Herr Dr. Zeschmann für die BVB / FREIE WÄHLER Fraktion. Bitte schön.

Herr Abg. Dr. Zeschmann (BVB/FW):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kollegen Abgeordnete! Wir stehen heute hier und führen eine verkürzte Notsitzung des Landtages durch, um eine Bedrohung für die Menschen in Brandenburg und in ganz Deutschland schnellstmöglich abzuwenden und die daraus folgenden Verwerfungen insbesondere für unsere gesellschaftlichen Strukturen und unsere Wirtschaft so gering wie möglich zu halten. Das haben wir heute schon vielfach gehört.

Um uns das leisten zu können, müssen wir allerdings eine Not-situation nach unserer Landesverfassung feststellen. Ich glaube, wir alle hätten uns das vor ein paar Wochen nicht einmal in unseren schlimmsten Alpträumen vorstellen können. Wir setzen auch die in unserer Verfassung enthaltene Schuldenbremse außer Kraft, um umfangreiche Hilfen für die Menschen in Brandenburg sicherzustellen. Das ist historisch einmalig. Auch der Rettungsschirm ist von seinem Umfang her historisch einmalig.

Was wir aber gar nicht verstehen, ist, warum Sie als Vertreter der Koalitionsfraktionen dem mehrfachen Hilferuf der Sozialverbände, die sich im Moment darum bemühen, ihre Einrichtungen offenzuhalten und die Pflege in unserem Land sicherzustellen, mit diesem Rettungsschirm in keiner Weise entsprechen und damit der Lage gerecht werden. Das kann ich überhaupt nicht verstehen.

Sie werden dafür verantwortlich sein, wenn die sozialen Einrichtungen - genau das wurde uns mehrfach mitgeteilt; das Schreiben haben Sie auch bekommen - in den nächsten Tagen - Tagen, nicht Wochen! - die Pflege von vielen sozial Bedürftigen, vielen älteren Menschen, die von Pflege abhängig sind, einstellen müssen. Bitte tun Sie da kurzfristig etwas.

Wir von den Brandenburger Vereinigten Bürgerbewegungen unterstützen natürlich die Bereitstellung des Rettungsschirms und ein gemeinsames Handeln der Landespolitik. Wir haben in den letzten Wochen auch viele konkrete Vorschläge dazu eingebracht: Wir haben als Erste zum Beispiel schnelle Hilfen für die Soloselbstständigen und die Kleinunternehmer gefordert. Wir haben als Allererstes schon vor vielen Wochen gesagt, wir müssen die steuerlichen Vorauszahlungen genau deswegen aussetzen. Und wir haben die Anregung gegeben, dass über die Industrie- und Handelskammern die Homeoffice-Lösungen eingefordert werden, also wirklich alle Unternehmen auf die Möglichkeit der Nutzung von Homeoffice hingewiesen werden, damit das nicht einzelfallweise gehandhabt wird.

Aber auch und gerade in Zeiten der Krise - wie aktuell - dürfen wir natürlich nicht vergessen, dass mit diesem Nachtragshaushalt die Weichen für die Entwicklung Brandenburgs nach der Krise gestellt werden. Deshalb hatten wir zum Haushalt einige, aus unserer Sicht noch viel wichtigere Änderungsanträge eingereicht, die die Koalitionsfraktionen in offenkundiger Negierung der Krise leider allesamt - übrigens wie alle Anträge der Oppositionsfraktionen, egal ob sie sinnvoll oder nicht sinnvoll

erscheinen, ob sie gut oder schlecht sind - abgelehnt haben. Da vermissen wir die konstruktive Zusammenarbeit, die man uns im Ausschuss am Anfang der Legislaturperiode versprochen hat.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Abgeordneter? - Bitte schön, Herr Abgeordneter Bretz.

Herr Abg. Bretz (CDU):

Herr Kollege Zeschmann, Sie haben gerade schweres Geschütz aufgeföhren und uns vorgeworfen, dass wir uns nicht um die Probleme im Land kümmern und die Verantwortung dafür trögen, wenn es nicht so läuft.

Ich will einen Satz aus den umfangreichen Dokumenten vorlesen, die Ihnen zugegangen sind. Der entscheidende Satz im Haushaltsvermerk lautet:

„Die Ausgaben sämtlicher Einzelpläne dürfen aus diesem Ansatz verstärkt werden.“

Haben Sie diesen Satz gelesen und würden mir deshalb recht geben, dass mit der Ermächtigung von 2 Milliarden Euro nach Zustimmung und Freigabe durch den Haushaltsausschuss ab 1 Milliarde Euro die Landesregierung in der Lage ist, alle relevanten Positionen haushalterisch zu verstärken und damit auch soziale Probleme zu lösen?

Herr Abg. Dr. Zeschmann (BVB/FW):

Herzlichen Dank für Ihre Nachfragen. - Natürlich haben wir den Satz gelesen. Trotzdem löst er nicht dieses Problem. Die Sozialverbände haben sich mit ihren Trägern und Einrichtungen mehrfach an alle Abgeordneten gewandt und gefordert: Wir brauchen jetzt sofort Nothilfen, um unsere Einrichtungen offenzuhalten, um die Pflege weiter zu gewährleisten! - Diese Forderung ist mit dem, was Sie da vorlegen, leider nicht erfüllt, denn diese Einrichtungen fallen meist nicht unter den Rettungsschirm. Das verstehen wir nicht. Die Einrichtungen haben nicht nur das Problem, dass Leute krank oder in Quarantäne geschickt werden, sondern sie haben auch das Problem, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter insbesondere im Bereich der Pflege, die zum Beispiel aus Polen oder anderen Nachbarländern stammen, nicht mehr kommen dürfen. Und Sie stellen sich hier taub und kaltherzig hin und sagen: Ist uns egal. Wollen wir nicht aufnehmen. - Sie haben all das im Fachausschuss mehrfach abgelehnt. Und jetzt wollen Sie nicht die Verantwortung dafür übernehmen, wenn wahrscheinlich schon heute oder morgen in Brandenburg Menschen nicht mehr gepflegt werden können, weil diese Einrichtungen schließen. Das muss man hier feststellen.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Noack?

Herr Abg. Dr. Zeschmann (BVB/FW):

- Nein. - Wir kommen zu den Änderungsanträgen, die aus unserer Sicht gerade jetzt absolut notwendig erscheinen. Sie haben in den Nachtragshaushalt zum Beispiel die Aufstockung

der Mittel für den Zensus 2021 aufgenommen. Das halten wir in diesen Zeiten für so überflüssig wie einen Kropf, denn es gibt überhaupt keine Gründe für die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für diesen Zensus. Das sind immerhin 4 Millionen Euro und dann 11 Millionen Euro insgesamt. Wir sind vielmehr der Meinung, dass auch die ursprünglichen 7 Millionen Euro überhaupt nicht erforderlich sind, weil fast alle Daten taggenau in den Einwohnermeldeämtern vorliegen. Sparen wir hier für die Notsituation, damit wir sie in unserem Land jetzt bewältigen können!

Weiterhin hatten wir den Antrag gestellt, dass es keine Regionalkoordinatoren geben solle: Auch sie sind unsinnige Parallelstrukturen und so überflüssig wie nur irgendetwas! Wir haben in Brandenburg reichlich Strukturen dieser Art; das ist also nicht erforderlich. Es gibt Landräte, es gibt Regionale Planungsgemeinschaften, die hier tätig sind. Unnötige Parallelstrukturen sind zudem demokratisch nicht legitimiert. Und Sie bringen hier Anträge ein, die bis 2024 insgesamt 16 Millionen Euro kosten! Tut mir leid, das können wir uns nicht leisten, das Geld müssen wir für die Krisenbewältigung nutzen!

Das Schlimmste daran ist: Das wird getan, ohne dass auch nur ansatzweise erläutert wird, wozu diese Personen, diese zusätzlichen Stellen und die entsprechende Ausrüstung notwendig sind, was sie konkret leisten wollen, wie sie vor Ort mit den vorhandenen Strukturen zusammenarbeiten, zusammenwirken wollen.

Drittens: Keine neuen Steuermittel für den BER! Das ist hier schon mehrfach angesprochen worden. Ich gehe einmal von den ursprünglichen Finanzmitteln aus: 40 Millionen Euro zusätzliche Kredite für den weiteren Ausbau des Flughafens und - wie wir jetzt wissen - noch einmal 111 Millionen Euro für die vorgeblich coronabedingten Betriebskosten. Ich bin nicht so sicher, ob damit nicht eine heimliche Finanzierung des weiteren Ausbaus des Flughafens stattfinden soll. Es gibt keine Begründung, es gibt keinen aktuellen Businessplan und keinen Finanzierungsplan. Deshalb halten wir weitere Steuermittel für das Milliardengrab im märkischen Treibsand, das bekanntlich das berühmt-berüchtigte Fass ohne Boden in der brandenburgischen Landespolitik ist, für unverantwortlich und aberwitzig.

Wie können Sie, liebe Kollegen von den Koalitionsfraktionen, wie können Sie, werte Landesregierung - deren Vertreter immerhin noch punktuell anwesend sind -, weiterhin verantworten, dass weitere Milliarden an Steuergeld für unsere Bürger an allen Ecken und Enden fehlen? Kaputte Straßen, marode oder sogar gesperrte Brücken - darüber haben wir hier schon reichlich diskutiert -, heruntergekommene Kita- und Schulgebäude, fehlende Kitaplätze, zu wenig Turn- und Sporthallen, immer noch zu wenig Erzieherinnen und Erzieher, zu wenig Lehrer, immer noch zu wenig Polizisten und ein entsprechend „bescheidenes“ Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung. Wollen Sie das wirklich immer weiter fortsetzen? Und damit sind nur die frapierendsten Defizite angesprochen, die alle nicht sein müssten, gäbe es das Fass ohne Boden namens BER in der brandenburgischen Landespolitik unverantwortlicherweise nicht immer noch.

Wir haben den Änderungsantrag auch eingebracht, um diese 40 Millionen Euro in der Ermächtigung für nächstes Jahr zu streichen.

Weiterhin haben wir die Forderung eingebracht, endlich den sozialverträglichen Wohnungsbau zu stützen. Wir alle wissen: Die Wohnungsnot hat in den letzten Jahren zugenommen, die Mieten steigen, die Menschen finden kaum eine Wohnung oder gar

keine mehr. Es war einmal überparteiliche Übereinkunft in diesem Hause, dass wir den Wohnungsbau und insbesondere den sozialen Wohnungsbau fördern wollen. Was tut unsere Landesregierung - auch mit diesem Nachtragshaushalt? Die 75 Millionen Euro an Bundesmitteln für sozialen Wohnungsbau, die da sind, werden nicht abgerufen. Deswegen haben wir den Antrag gestellt: Tun Sie das endlich! Nutzen Sie das Geld, das vom Bund zur Verfügung gestellt wird, für den sozialen Wohnungsbau! Nehmen Sie es in die Hand, rufen Sie es ab und setzen Sie es endlich in Wohnungen für unsere Bürger um!

Weiterhin: kostenloser Schülerverkehr. Da wird es jetzt spannend. Chancengleichheit für alle ist für uns als BVB / FREIE WÄHLER wichtig. Ich habe immer verstanden, dass die SPD viele Jahre lang - konkret über 150 Jahre - auch für Chancengleichheit stand. Da bin ich dann schon erstaunt, dass genau dieser Grundwert der Sozialdemokratie seit Jahren von der SPD Brandenburg ignoriert und mit diesem Nachtragshaushalt wieder einmal über Bord geworfen wird. Eigentlich müsste der SPD-Landesverband wegen fortgesetzter Missachtung eines zentralen Grundwerts der SPD aus der Partei geworfen werden. Aber das wäre wohl im Moment, in den Zeiten, in denen man auf Bundesebene auf einseitige Wahlergebnisse zusteuert, eine zu nachlässige und weitergehende Selbstzerstörung.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Darf ich Sie bitten, langsam zum Ende zu kommen?

Herr Abg. Dr. Zeschmann (BVB/FW):

Ja, ich komme zum Ende. - Nachdem also die SPD diese Grundwerte aufgegeben hat, haben wir das Thema seit Langem in unserem Programm und fordern den kostenfreien Schülerverkehr auch hier als Mindeststandard.

Da ich jetzt keine Zeit mehr habe: Der letzte Antrag - die Kindernachsorgeklinik für schwerstkranke Kinder im Land Brandenburg erhalten - liegt Ihnen auch vor. Darin bitten wir Sie, die 5 Millionen Euro Baukostenzuschuss bereitzustellen, die übrigens von Ihnen selbst eingespart wurden. Das können wir, wenn wir beim bisherigen Haushalt bleiben, genau und exakt bereitstellen. Seien Sie also nicht so hartherzig! Unterstützen Sie diesen Antrag für die schwerstkranken Kinder in Brandenburg! - Danke schön.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Der Abgeordnete Bretz hat eine Kurzintervention angemeldet. Bitte schön.

Ich nutze die Zeit und teile Ihnen mit, dass der Ministerpräsident um Entschuldigung bittet. Er befindet sich jetzt in der Schalte mit der Bundeskanzlerin. Sicher haben heute alle in den Nachrichten davon gehört. Der Ordnung halber stelle ich fest, dass unsere Landesregierung vollständig anwesend ist.

Herr Abg. Bretz (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, danke, dass Sie noch einmal bestätigt haben, dass die Landesregierung in diesem Hause vollzählig vertreten ist.

Herr Dr. Zeschmann, wenn Sie Vorwürfe erheben - das gilt übrigens für Ihre gesamte Rede -, sollten Sie prüfen, ob diese Vorwürfe auch tatsächlich stichhaltig sind.

Ich stelle für die Koalition und dieses Haus klar, dass diese Landesregierung und dieser Landtag mitnichten hartherzig reagieren, mitnichten die Probleme und Sorgen der Menschen nicht aufgreifen oder irgendwelche Entscheidungen leichtfertig treffen. Nein, wir sind bemüht, die Sorgen und Nöte der Menschen aufzugreifen, sie zu beheben und Projekte auf den Weg zu bringen, um das auch umzusetzen. Zum Beispiel haben wir ein Pendlerprogramm auf den Weg gebracht und werden das auch forcieren, mit dem wir den Pendlern aus Polen, die jetzt nicht mehr zurückkönnen, die Möglichkeit geben, sich hier aufzuhalten. Wir tun nach Kräften, was wir können.

Sie können uns mit Ihrer Kritik - die Sie gerne vorbringen können, so sie konstruktiv ist - gerne treiben. Aber ich bitte Sie herzlich, bei der Wahrheit zu bleiben. Ich bitte Sie auch davon abzusehen, uns hier in einem Maße pauschal zu verurteilen, wie es Ihnen, glaube ich, nicht zusteht. Ich finde, Ihre Wortwahl ist unangemessen und wird dem Ernst der Situation auch nicht gerecht!

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Dr. Zeschmann möchte entgegnen. Bitte schön.

Herr Abg. Dr. Zeschmann (BVB/FW):

Herr Bretz, es tut mir sehr leid, dass ich Sie vorher nicht gefragt habe, ob ich als Vertreter der Opposition Sie bzw. die Koalition oder die Regierung kritisieren darf.

Wir werden den Antrag in Zukunft - selbstverständlich mit fünf Durchschlägen - eine Woche vorher stellen und erwarten natürlich im Sinne der Demokratie und der Transparenz Ihre Genehmigung mit den entsprechenden Unterschriften und Stempeln. Da Sie die Demokratie und die Transparenz ja sonst in so hohen Tönen loben, gehen wir selbstverständlich auch von Ihrer persönlichen Freizeichnung aus.

Ansonsten - tut mir leid: Was Sie hier eben vorgetragen haben, sind - Entschuldigung - peinliche Ausflüchte. Ich habe am Anfang gesagt: Wir unterstützen selbstverständlich den Rettungsschirm. Wir wollen mit der Landesregierung, mit der Landespolitik eng zusammenarbeiten. Wir haben sehr frühzeitig eine Vielzahl an Anregungen gegeben, so wie das unser Fraktionsvorsitzender heute auch vorgetragen hat, indem wir nämlich gesagt haben, was notwendig ist. Das ist aufgenommen worden; das freut uns.

Wenn Sie hier mit irgendwelchen - sicher sinnvollen, gar keine Frage - Hilfestellungen für polnische Bürger, die bei uns arbeiten, kommen, ist das gut. Trotzdem erfüllt es nicht den Punkt, den wir angesprochen haben: dass soziale Träger und Einrichtungen uns schon vor einer Woche und auch zwei Wochen geschrieben haben, sie stünden vor der Schließung und müssten demnach ihre Dienstleistungen, insbesondere im Pflegebereich, einstellen. - Entschuldigung, das Augenverschließen vor dieser Situation kann ich nach wie vor in keiner Weise nachvollziehen! Wenn wir hier einen 2-Milliarden-Euro-Rettungsschirm beschließen, können wir diese Dinge nicht nur berücksichtigen, sondern wir müssen es auch - im Interesse der Menschen, die auf Pflege angewiesen sind!

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Herr Abg. Dr. Zeschmann (BVB/FW):

Genauso verhält es sich mit dem Bereich Landwirtschaft. Sie produzieren für uns die Lebensmittel. Sie haben im Moment Probleme, Erntehelfer zu finden, und auch andere Sorgen. Warum kriegen die nicht die Hilfen, die andere kleine und mittelständische Unternehmen auch bekommen? Das müssen Sie hier bitte erklären.

Letzter Punkt: Unsere Kommunen werden in Schieflage geraten, weil nämlich auch deren Steueranteile - Gewerbesteuer-, Umsatzsteuer-, Einkommenssteueranteile - sinken. Deswegen ist es selbstverständlich ...

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Dr. Zeschmann, Sie sollen nur auf die Kurzintervention reagieren. Das wird jetzt wirklich ein bisschen lang. - Danke schön.

Für die Landesregierung spricht Ministerin Lange.

Ministerin der Finanzen und für Europa Lange:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 26. Februar habe ich den Entwurf des Nachtragshaushalts 2020 eingebracht. Seitdem hat sich die Lage grundlegend geändert. Das gilt auch für die Finanzpolitik. Ursächlich dafür ist die Corona-Pandemie, die Staat, Wirtschaft und Gesellschaft beinahe stündlich vor neue Herausforderungen stellt. Das Land muss darauf reagieren, und dieser Nachtragshaushalt schafft dafür den finanziellen Rahmen.

Die Ereignisse der letzten Wochen und Tage sind von großer Dynamik geprägt. Wir müssen davon ausgehen, dass die Folgen der Corona-Pandemie für Wirtschaft, Beschäftigung, Wachstum und die Steuereinnahmen sehr schwerwiegend sein werden. So rechnen wir damit, dass die Steuermindereinnahmen für Brandenburg allein in diesem Jahr rund 1 Milliarde Euro betragen werden - das ist ein erheblicher Betrag.

Es kommt jetzt darauf an, alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um die Folgen dieser Krise soweit wie irgend möglich zu begrenzen. Die Landesregierung ist dazu bereit und hat dies in den letzten Wochen unter Beweis gestellt. Mein Dank gilt insbesondere dem Landtag, der mit den entsprechenden Beschlüssen im Haushaltsausschuss finanzpolitisch den Weg dafür freigemacht hat. An der Stelle danke ich auch allen Kolleginnen und Kollegen der Landesverwaltung, die großen Einsatz gezeigt haben, besonders meinen Kolleginnen und Kollegen aus dem MdFE.

(Allgemeiner Beifall)

Alle staatlichen Ebenen - Bund, Länder und Gemeinden - arbeiten praktisch rund um die Uhr dafür, dass unser Land diese ungeheure Herausforderung so gut wie möglich besteht. Bundesfinanzminister Olaf Scholz hat gesagt, er habe mit seinen Maßnahmen quasi die Bazooka herausgeholt. Es sei dahingestellt, ob er damit die Panzerbüchse oder das Musikinstrument gleichen Namens meinte. Die Maßnahmen des Bundes versprechen jedenfalls finanzpolitische Entschlossenheit, und Brandenburg steht dem in keiner Weise nach.

Wir spannen mit diesem Nachtragshaushalt einen Rettungsschirm für Brandenburg in bislang ungekannter Höhe auf. Wir waren aber auch noch nie in einer solchen Situation, auch nicht nach der großen Finanzkrise 2007. Wir nehmen 2 Milliarden Euro in die Hand, um die wirtschaftlichen und finanziellen Folgen der Corona-Pandemie in Brandenburg abzufedern. Zugleich wird das Finanzministerium ermächtigt, den Ressorts die Mittel für ebendiesen Zweck zur Verfügung zu stellen.

Wir müssen als Land finanziell in der Lage sein, die Aufrechterhaltung der wesentlichen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Funktionen zu gewährleisten. Schäden müssen dort ausgeglichen werden, wo sie entstanden sind, bevor sie zu einer existenzbedrohenden Härte führen. Wir dürfen also nicht an der falschen Stelle sparen, weil die Folgen der Krise ansonsten noch schwerwiegender wären, als ohnehin schon zu befürchten ist. Man spart nicht gegen die Krise an. Dieser Grundsatz gilt auch jetzt - nein, er gilt gerade jetzt. Oder um es anders zu sagen: Auch die sparsame schwäbische Hausfrau muss jetzt zunächst einmal dafür sorgen, dass das Haus morgen überhaupt noch steht. - Darum geht es; so ist die Lage.

Meine Damen und Herren, der Landtag stellt heute fest, dass aufgrund der weiteren Ausbreitung des Coronavirus in Brandenburg eine außergewöhnliche Notsituation besteht, welche die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigt. Damit verbunden ist die Ermächtigung, Mehrausgaben über Kredite zu finanzieren. Das ist richtig so, und es gibt dazu tatsächlich auch keine Alternative. Genau für solche außergewöhnlichen Lagen wurden die Ausnahmeregelungen der Schuldenbremse geschaffen. Dass eine solche derzeit herrscht, wird niemand in diesem Hohen Hause bezweifeln.

Ich will auch klar sagen, dass wir uns damit aus meiner Sicht der Grenze dessen nähern, was das Land Brandenburg leisten kann. Die finanziellen Möglichkeiten eines Bundeslandes sind nicht unbegrenzt; auch darüber muss sich jeder hier im Saal im Klaren sein. Wir sind auch verpflichtet, diese Kredite wieder zu tilgen. Der Tilgungsplan sieht eine Tilgung über 30 Jahre vor, und wird der Schutzschirm vollständig in Anspruch genommen, belaufen sich diese Tilgungsleistungen in den nächsten 30 Jahren auf rund 67 Millionen Euro jährlich ohne Zinsen. Finanziell ist das eine schwere Bürde, die das Land zu tragen hat und die uns noch stark beschäftigen wird.

Ganz sicher werden wir uns diese oder jene Ausgabenposition kritisch ansehen müssen. Aber ich will hier heute auch ganz deutlich sagen: Wenn die Corona-Krise überwunden ist - hoffentlich bald -, werden wir auch nicht anfangen, das Land kaputtzusparen. Das findet nicht statt, und das sage ich hier auch als Finanzministerin. Es gab vor der Corona-Krise aus guten Gründen bestimmte Notwendigkeiten, auf die wir uns verständigt haben, und diese bestehen nach der Krise fort. Gute Bildung, innere Sicherheit, schnelles Internet, gute Löhne und Gehälter - das waren richtige Ziele vor Corona, und das bleiben auch nach Corona richtige Ziele.

Meine Damen und Herren, infolge der Corona-Krise wird sich die Finanzlage des Landes unweigerlich eintrüben. Gleiches gilt für die wirtschaftliche Lage. In welchem Umfang hier Liquiditätshilfen von Bund und Land oder finanzielle Hilfen darüber hinaus erforderlich sind, wird erst der weitere Verlauf der Pandemie bestimmen. Genau weiß man es erst im Nachhinein. Fest steht aber, dass die Folgen Bund, Länder und Kommunen erheblich treffen werden; davon müssen wir alle ausgehen. Hierfür konnte keine Vorsorge getroffen werden. Wir werden uns aber darauf einstellen müssen, mindestens im Haushaltsvollzug oder auf dem Wege eines weiteren Nachtragshaushalts

nachzusteuern. Auch das kann derzeit nicht ausgeschlossen werden.

Meine Damen und Herren, angesichts der aktuellen Dramatik geht ein wenig unter, dass der Nachtragshaushalt mehr als die Brandenburger Antwort auf Corona ist. Dieser Nachtragshaushalt ist ein klares Bekenntnis zur Umsetzung des Koalitionsvertrags. Dieser Entwurf steht auch für nachhaltige Investitionen, soziale Gerechtigkeit und innere Sicherheit. Wir wollen die Zukunft des Landes mutig und entschlossen gestalten, so wie es unsere Koalition vereinbart hat. Das war vor Corona richtig, und das bleibt trotz Corona wichtig und richtig. Die ersten Maßnahmen im Rahmen des Zukunftsinvestitionsfonds werden auf den Weg gebracht. Für das laufende Jahr sind dafür gut 43 Millionen Euro vorgesehen.

Meine Damen und Herren, die Prognosen der Wirtschaftsforscher gehen derzeit weit auseinander, das kann auch nicht anders sein. Auch ich bin nicht klüger, aber ich schließe mich den Wirtschaftsweisen an und warne ausdrücklich davor, jetzt Horrorszenarien an die Wand zu malen. Wir müssen bedenken: Womit wir es zu tun haben, ist ein exogener Schock. Es ist nicht die Wirtschaft an sich, die krank ist, sondern sie wird derzeit durch die Konsequenzen der Corona-Pandemie abgewürgt. Das gibt aber Anlass zur Hoffnung, dass es nach überstandener Corona-Krise auch wieder zu einer raschen Erholung von Wirtschaft und Beschäftigung kommt. Wie gesagt, niemand weiß das im Moment genau, aber wenn das richtig ist, müssen wir in der jetzigen Lage erst recht alles dafür tun, damit Wirtschaft und Beschäftigte so stabil wie möglich durch diese schwere Zeit kommen. Es darf nichts unter die Räder geraten, was Zukunft hat. Darum geht es, und dieser Nachtragshaushalt legt dafür die finanzpolitischen Grundlagen für das Land Brandenburg.

Ich bitte daher um Ihre Zustimmung und darf mich bei Ihnen allen herzlich für die intensive und konstruktive Zusammenarbeit unter ganz außergewöhnlichen Bedingungen in den letzten Wochen bedanken. Bleiben Sie gesund! - Vielen Dank.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Danke schön. - Meine Damen und Herren, wir steigen jetzt in einen Abstimmungsmarathon ein. Wir kommen zuerst zur Abstimmung über den Antrag „Beschluss über das Vorliegen einer außergewöhnlichen Notsituation gemäß Artikel 103 Absatz 2 Satz 2 Landesverfassung in Verbindung mit § 18b Landeshaushaltsordnung“ des Ausschusses für Haushalt und Finanzen auf Drucksache 7/890. Ich darf um Abstimmung bitten. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Wir kommen zu den Abstimmungen über die 26 vorliegenden Änderungsanträge zum Nachtragshaushalt 2020. Ich stelle sie in der Reihenfolge der betroffenen Einzelpläne, Kapitel und Titel zur Abstimmung.

Erstens: Wir stimmen über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/965 - Stichwort: Förderung von lokaljournalistischen Angeboten in Brandenburg; Einstellung eines Ansatzes für Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen in Kapitel 02 010, Titel 685 10 - ab. Wer dem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenstimmen bitte! - Stimmenthaltungen? - Damit wurde der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Zweitens: Wir stimmen über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/968 ab - Stichwort: Mehrbedarf zur Umsetzung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ und Aufstockung der Mittel der „Opferperspektive“; Erhöhung des Ansatzes für Zuschüsse an freie Träger für Maßnahmen zur Entwicklung demokratischer Kultur und zur Prävention von Gewalt und Fremdenfeindlichkeit in Kapitel 02 010, Titelgruppe 66, Titel 684 66. Wer dem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenstimmen bitte! - Enthaltungen? - Damit wurde der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Drittens: Wir stimmen über den Änderungsantrag der BVB / FREIE WÄHLER Fraktion auf Drucksache 7/945 - Stichwort: Regionalkoordinatoren und Stabsstelle „Koordinierung Hauptstadtregion und Regionale“; Minderung des Ansatzes für Personalausgaben in Kapitel 02 010, Titel 422 10 - ab. Wer dem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenstimmen bitte! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Viertens: Wir stimmen über den Änderungsantrag der BVB / FREIE WÄHLER Fraktion auf Drucksache 7/946 - Stichwort: Mitarbeiter Regionalkoordinatoren; Minderung des Ansatzes für Personalausgaben in Kapitel 02 010, Titel 428 10 - ab. Wer dem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenstimmen bitte! - Enthaltungen? - Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Fünfte Abstimmung: Wir stimmen über den Änderungsantrag der BVB / FREIE WÄHLER Fraktion auf Drucksache 7/951 - Stichwort: sonstige Ausgaben der Regionalkoordinatoren und deren Mitarbeiter; Streichung des Ansatzes für Sachaufgaben in Kapitel 02 010, Titelgruppe 69, Titel 526 69, 531 69 und 541 69 - ab. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Sechste Abstimmung: Wir stimmen über den Änderungsantrag der BVB / FREIE WÄHLER Fraktion auf Drucksache 7/944 - Stichwort: Zensus 2021; Minderung des Ansatzes für Sachausgaben in Kapitel 03 020, Titel 546 18 - ab. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag bei mehreren Enthaltungen abgelehnt.

Siebente Abstimmung: Wir stimmen über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 7/974 - Stichwort: mehr Mittel für die Ausrüstungsgegenstände der Polizei; Erhöhung des Ansatzes für den Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen in Kapitel 03 150, Titel 812 10 - ab. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag bei einigen Enthaltungen abgelehnt.

Achte Abstimmung: Wir stimmen über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 7/977 - Stichwort: Errichtung eines Versorgungsfonds für Hinterbliebene; Erhöhung des Ansatzes für den Nachteilsausgleich in der Hinterbliebenenversorgung in Kapitel 03 710, Titel 686 10 - ab. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Antrag ist abgelehnt.

Neunte Abstimmung: Wir stimmen über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 7/973 - Stichwort: neue Staatsanwälte; Erhöhung des Ansatzes für Bezüge und Nebenleistungen für die Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und

Richter in Kapitel 04 040, Titel 422 11 - ab. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag bei einigen Enthaltungen abgelehnt.

Zehnte Abstimmung: Wir stimmen über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 7/978 - Stichwort: neue Richter in der Verwaltungsgerichtsbarkeit; Erhöhung des Ansatzes für die Bezüge und Nebenleistungen für die Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter in Kapitel 04 090, Titel 422 10 - ab. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei mehreren Enthaltungen ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Elfte Abstimmung: Wir stimmen über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 7/979 - Stichwort: neue Richter in der Sozialgerichtsbarkeit; Erhöhung des Ansatzes für die Bezüge und Nebenleistungen für die Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter in Kapitel 04 120, Titel 422 10 - ab. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Antrag wurde bei mehreren Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Zwölfte Abstimmung: Wir stimmen über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 7/981 - Stichwort: Lehrer für die unteren Klassen; Erhöhung des Ansatzes für die Personalausgaben in Kapitel 05 300, Titel 422 13 - ab. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei mehreren Enthaltungen ist der Antrag abgelehnt.

13. Abstimmung: Wir stimmen über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 7/982 - Stichwort: Befreiung vom Schulgeld an Schulen in privater Trägerschaft; Erhöhung des Ansatzes für Zuschüsse an private und berufliche Schulen in Kapitel 05 410, Titel 684 16 - ab. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag abgelehnt.

14. Abstimmung: Wir stimmen über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/970 ab. Stichwort: anteilige Übernahme der landesseitigen Kosten bei der Fridericus Servicegesellschaft der Preußischen Schlösser und Gärten mbH, die durch die Anwendung des Tarifvertrages des öffentlichen Dienstes zusätzlich bei der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg entstehen; Erhöhung des Ansatzes für Zuschüsse an Stiftungen und sonstige Zuwendungsempfangende in Kapitel 06 810, Titel 685 60. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag bei mehreren Enthaltungen abgelehnt.

15. Abstimmung: Wir stimmen über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 7/980 - Stichwort: Landärzte-Förderprogramm; Erhöhung des Ansatzes für sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland in Kapitel 07 040, Titelgruppe 70, Titel 686 70 - ab. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag bei mehreren Enthaltungen abgelehnt.

16. Abstimmung: Wir stimmen über den Änderungsantrag der BVB / FREIE WÄHLER Fraktion auf Drucksache 7/950 - Stichwort: Zuschüsse für Investitionen an Sonstige; Erhöhung des Ansatzes für Zuschüsse in Kapitel 07 050, Titelgruppe 90, Titel 893 90 - ab. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein

Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag bei mehreren Enthaltungen abgelehnt.

17. Abstimmung: Wir stimmen über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/966 - Stichwort: Einstellungskorridor Forst; Änderung des Haushaltsvermerks und Erhöhung des Einstellungskorridors für unbesetzte Beschäftigungspositionen im Wirtschaftsplan des Landesbetriebs Forst in Kapitel 10 080 - ab. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Antrag ist bei einigen Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

18. Abstimmung: Wir stimmen über den Änderungsantrag der BVB / FREIE WÄHLER Fraktion auf Drucksache 7/948 - Stichwort: Umsetzung sozialer und sozialverträglicher Wohnungsbau; Zuweisung an das Landeswohnungsbauvermögen in Kapitel 11 060, Titel 893 13 sowie Änderung der Erläuterungen - ab. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag abgelehnt.

19. Abstimmung: Wir stimmen über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/969 ab - Stichwort: Einrichtung eines neuen Titels in der Titelgruppe 61, Finanzierung der Braunkohlesanierung zur Auflage eines Unterstützungsfonds für vom bergbaubedingten Wasseranstieg Betroffene ohne Anerkennung einer Rechtspflicht bzw. eines Rechtsanspruchs, um die durch die Umsiedlungen entstehenden Finanzierungslücken bei den Betroffenen weiter zu schließen, zum Beispiel durch die Übernahme von Umzugskosten; Einstellung eines neuen Ansatzes für Unterstützungsleistungen für durch Grundwasseranstieg von Bergbauschäden Betroffene in Kapitel 11 200, Titelgruppe 61, Titel 681 61 sowie Änderung des Haushaltsvermerks. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Antrag ist bei einer Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

20. Abstimmung: Wir stimmen über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/971 - Stichwort: anteilige Deckung der zu erwartenden tarifbedingten Mehrkosten bei den Aufgabenträgern des kommunalen ÖPNV; Erhöhung des Ansatzes und der Verpflichtungsermächtigungen zur Förderung der Aufgabenträger in Kapitel 11 500, Titelgruppe 60, Titel 633 60 sowie Änderung des Haushaltsvermerks - ab. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag bei einigen Enthaltungen abgelehnt.

21. Abstimmung: Wir stimmen über den Änderungsantrag der BVB / FREIE WÄHLER Fraktion auf Drucksache 7/949 ab - Stichwort: kostenloser Schülerverkehr für alle; Anpassung des Ansatzes für die Verpflichtungsermächtigung entsprechend der erwarteten Mehrausgaben in Kapitel 11 500, Titelgruppe 61, Titel 633 61 sowie Änderung der Erläuterungen - Zuweisung an die Aufgabenträger. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

22. Abstimmung: Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 7/967, Stichwort: Einrichtung einer neuen Titelgruppe 62, Finanzierung eines elternbeitragsfreien Schülerverkehrs in Brandenburg, Einstellung der Leertitel 633 42, 682 62 und 683 62 sowie Ausbringung einer Verpflichtungsermächtigung und eines Haushaltsvermerks in Kapitel 11 500. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Antrag wurde ohne Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

23. Abstimmung: Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 7/957, Stichwort: globale Mehrausgaben für Maßnahmen zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie nach § 8a Haushaltsgesetz 2019/2020, Einstellung eines Ansatzes für Mehrausgaben zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie in allen Einzelplänen in Kapitel 20 020, Titel 971 10. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit wurde der Antrag bei einigen Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

24. Abstimmung: Änderungsantrag der BVB / FREIE WÄHLER Fraktion, Drucksache 7/947, Stichwort: Darlehen an die FBB GmbH, Streichung des Ansatzes für die Verpflichtungsermächtigung in Kapitel 20 610, Titelgruppe 60, Titel 861 60, Flughafen Berlin Brandenburg GmbH. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt, es gibt keine Enthaltungen.

25. Abstimmung: Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 7/958, Stichwort: Streichung der Verpflichtungsermächtigung zur Finanzierung von Erweiterungsinvestitionen im Kapitel 20 610, Titelgruppe 60, Titel 861 60, Darlehen an die Flughafen Berlin Brandenburg GmbH. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Antrag wurde abgelehnt, es gibt keine Enthaltungen.

Die 26. und letzte Abstimmung: Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen, Nachtragshaushaltsgesetz 2020, Drucksache 7/942, Neudruck. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit wurde der Beschlussempfehlung und dem Bericht bei einigen Enthaltungen einstimmig zugestimmt.

Das war der Marathon, und ich schließe Tagesordnungspunkt 3.

(Allgemeiner Beifall)

Vizepräsidentin Richstein:

Meine Damen und Herren, ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf.

TOP 4: Gesetz über die Statistik im Land Brandenburg (Brandenburgisches Statistikgesetz - BbgStatG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung

[Drucksache 7/407](#)

2. Lesung

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Inneres und Kommunales

[Drucksache 7/918](#)

Es wurde vereinbart, keine Debatte zu führen; damit kommen wir direkt zur Abstimmung. Wer der Beschlussempfehlung und dem Bericht des Ausschusses für Inneres und Kommunales zum Gesetz über die Statistik im Land Brandenburg, Drucksache

7/918, zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist das Gesetz in 2. Lesung bei einigen Enthaltungen einstimmig verabschiedet.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 4 und rufe Tagesordnungspunkt 5 auf.

TOP 5: Erstes Gesetz zur Qualitäts- und Teilhabeverbesserung in der 7. Legislaturperiode in der Kinder- und Jugendhilfe

Gesetzentwurf
der Landesregierung

[Drucksache 7/886](#)

1. Lesung

Auch hier wurde vereinbart, keine Debatte zu führen. Damit kommen wir direkt zur Abstimmung über die Empfehlung des Präsidiums, den Gesetzentwurf an den Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport zu überweisen. Wer der Überweisung zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist die Überweisung einstimmig ohne Enthaltungen beschlossen.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 5 und rufe Tagesordnungspunkt 6 auf.

TOP 6: Bestätigung der brandenburgischen Vertreterinnen und Vertreter für die Vertreterversammlung des Versorgungswerks der Mitglieder der Landtage von Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Baden-Württemberg

Antrag
der Präsidentin

[Drucksache 7/910](#)

Auch hier wurde vereinbart, keine Debatte zu führen. Damit kommen wir direkt zur Abstimmung über den Antrag der Präsidentin, Drucksache 7/910. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist auch dieser Antrag einstimmig und ohne Enthaltungen angenommen.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 6 und rufe Tagesordnungspunkt 7 auf.

TOP 7: Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (Nachtragshaushaltsgesetz 2020 - NTHG 2020)

Gesetzentwurf
der Landesregierung

[Drucksache 7/640](#)

3. Lesung

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

[Drucksache 7/942 \(Neudruck\)](#)

Entschließungsantrag
der AfD-Fraktion

[Drucksache 7/914 \(Neudruck\)](#)

Entschließungsantrag
des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

[Drucksache 7/943](#)

Entschließungsantrag
der Fraktion DIE LINKE

[Drucksache 7/960](#)

Entschließungsantrag
der Fraktion DIE LINKE

[Drucksache 7/961](#)

Entschließungsantrag
der Fraktion DIE LINKE

[Drucksache 7/962](#)

Entschließungsantrag
der Fraktion DIE LINKE

[Drucksache 7/963](#)

Entschließungsantrag
der Fraktion DIE LINKE

[Drucksache 7/972](#)

Es wurde vereinbart, keine Debatte zu führen. Damit kommen wir direkt zu den Abstimmungen.

Ich lasse erstens über die Beschlussempfehlung und den Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen, Nachtragshaushaltsgesetz 2020, Drucksache 7/942, Neudruck, abstimmen. Wer der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei einigen Stimmenthaltungen sind die Beschlussempfehlung und der Bericht einstimmig angenommen.

Wir kommen zweitens zum Entschließungsantrag „Umfassende Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie“ der AfD-Fraktion, Drucksache 7/914, Neudruck. Ich bitte um Ihre Abstimmung: Wer stimmt dem Entschließungsantrag zu? - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mehrheitlich ohne Enthaltungen abgelehnt.

Ich komme zum Entschließungsantrag „Brandenburgs Zukunft gestalten - Die Mittel des Zukunftsinvestitionsfonds zielgerichtet einsetzen“ des Ausschusses für Haushalt und Finanzen, Drucksache 7/943. Wer dem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Entschließungsantrag ohne Enthaltungen einstimmig angenommen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich komme zur Abstimmung über den Entschließungsantrag „Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ‚systemrelevanter‘ Berufe bzw. Tätigkeiten stärken“ der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 7/960. Wer dem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei einer Vielzahl von Enthaltungen ist der Entschließungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich komme zur Abstimmung über den Entschließungsantrag „Sozial-, Wohlfahrt- und Kulturland Brandenburg stärken“ der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 7/961. Die Fraktion DIE LINKE hat namentliche Abstimmung beantragt.

Ihnen ist ja heute im Verlauf des Tages schon aufgefallen, dass die Schriftführer nicht hier vorn am Pult sitzen. Deswegen werden wir es heute ein wenig anders machen. Ich werde die Namen verlesen, Sie mögen dann bitte antworten, und die Schriftführer, die an ihren Plätzen sitzen, werden das Votum aufschreiben, zusammenzählen und mir dann die Unterlagen bringen, damit ich das Urteil - nicht das Urteil -, das Ergebnis

(Heiterkeit)

bekannt geben kann. - Ich merke, Sie hören mir alle noch aufmerksam zu; das finde ich sehr gut.

Ich beginne mit dem Namensaufruf.

(Namentliche Abstimmung)

Gibt es jemanden im Plenarsaal, der keine Gelegenheit hatte, seine Stimme abzugeben? - Herr Lakenmacher?

(Der Abgeordnete Lakenmacher [CDU] gibt sein Votum ab.)

Gibt es noch jemanden, der seine Stimme bislang nicht abgeben konnte?

(Der Abgeordnete Hooge [AfD] gibt sein Votum ab.)

Ich sehe keine weiteren Meldungen zur Stimmabgabe. Ich bitte daher die Schriftführer um Auszählung der Stimmen.

Meine Damen und Herren, heute dauert manches leider ein bisschen länger, aber dafür können wir jetzt ein korrektes Ergebnis bekannt geben.

Bei der namentlichen Abstimmung haben 15 Abgeordnete mit Ja gestimmt, 44 Abgeordnete mit Nein, und es gab 17 Enthaltungen. Damit ist der Entschließungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

(Abstimmungslisten siehe Anlage S. 43)

Ich komme zur sechsten Abstimmung, dem Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE mit dem Titel „Krankenhäuser und Kommunen stärken“, Drucksache 7/962. Wer dem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Entschließungsantrag bei einigen Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Ich komme zur siebten Abstimmung, und zwar über den Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE mit dem Titel „Bund muss Kurzarbeitergeld aufstocken und Gewerbesteuerumlage aussetzen“, Drucksache 7/963. Wer dem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei einigen Stimmenthaltungen ist der Entschließungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich komme zur achten Abstimmung, dem Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE mit dem Titel „Systemrelevante Landwirtschaft in der Corona-Krise stützen“, Drucksache 7/972. Wer dem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Entschließungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 7.

Bevor ich die heutige Sitzung schließe, informiere ich Sie vorab, dass es aller Wahrscheinlichkeit nach am 15. April eine Sondersitzung des Landtages Brandenburg geben wird. - Ja, das ist noch innerhalb der Osterferien. Aber da wir momentan sowieso nicht reisen können, gehe ich davon aus, dass dann auch viele Kollegen im Lande sind und wir uns bei dieser Sondersitzung sehen werden.

Bevor ich die Sitzung schließe, bedanke ich mich herzlich bei Ihnen, meine Damen und Herren. Das war heute eine schwierige Entscheidung, denke ich. Mit so hohen Summen, wie wir sie heute verabschiedet haben, jonglieren wir nicht häufig. Ich bedanke mich ganz herzlich auch im Namen jener, denen der Rettungsschirm zugutekommt, ob den kleinen oder mittelständischen Unternehmen, den Eltern, deren Kinder jetzt notbetreut werden, oder auch den Krankenhauseinrichtungen. Ein herzliches Dankeschön an Sie! Bleiben Sie gesund!

Auch wenn wir momentan nicht das Gefühl haben, dass Feiertage vor uns liegen, wünsche ich Ihnen ein frohes Osterfest. Hoffentlich sehen wir uns alle gesund und munter frühestens - wahrscheinlich - am 15. April wieder, ansonsten zu einer anderen Sitzung. Herzlichen Dank noch einmal.

Ich möchte es auch nicht versäumen, mich bei denjenigen zu bedanken, die es uns heute ermöglicht haben, diese Sitzung durchzuführen, nämlich bei den Mitarbeiterinnen des Stenografischen Dienstes und des Saaldienstes.

(Allgemeiner Beifall)

Für uns gehört es zum Job, aber auch Sie mussten das Risiko auf sich nehmen. Ich wünsche Ihnen allen viel Gesundheit und freue mich, Sie gesund wiederzusehen. - Vielen Dank.

Ende der Sitzung: 14:35 Uhr

Anlagen

Gefasste Beschlüsse

Beschlussfähigkeit des Landtages in außergewöhnlichen Notlagen ermöglichen

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 11. Sitzung am 1. April 2020 zum TOP 2 folgenden Beschluss gefasst:

„Die vorläufige Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg vom 25. September 2019 (Drucksache 7/1-B) wird wie folgt geändert:

Nach § 61 wird folgender § 61a eingefügt:

§ 61a

Beschlussfähigkeit in außergewöhnlichen Notlagen

(1) Stellt das Präsidium eine außergewöhnliche Notlage fest, so ist der Landtag abweichend von § 61 beschlussfähig, wenn mindestens 23 Mitglieder des Landtages anwesend sind, es sei denn, die Fraktionen und Gruppen sind bei der Abstimmung nicht entsprechend ihrem Stärkeverhältnis repräsentiert und eine benachteiligte Fraktion oder Gruppe rügt dies bis zur Eröffnung der Abstimmung oder ist mit keinem Mitglied vertreten. Eine Fraktion oder Gruppe, die mit keinem Mitglied vertreten ist, kann der Präsidentin oder dem Präsidenten auf geeignete Weise vor Eröffnung der Abstimmung mitteilen, dass die Abwesenheit ihrer Mitglieder der Beschlussfähigkeit nicht entgegensteht. Ist auch das Präsidium nicht beschlussfähig, kann die außergewöhnliche Notlage durch die Präsidentin oder den Präsidenten, im Benehmen mit den Vizepräsidenten, festgestellt werden. Ist die Präsidentin oder der Präsident an der Anwesenheit im Landtag gehindert, übermittelt sie oder er die Entscheidung auf geeignete Weise der Vizepräsidentin oder dem Vizepräsidenten. Eine außergewöhnliche Notlage liegt vor, wenn eine nicht nur unerhebliche Anzahl der Mitglieder des Landtages aufgrund einer außergewöhnlichen Gefahren- oder Schadenslage, wie Pandemien, Naturkatastrophen, Eintritt des Verteidigungsfalls, daran gehindert ist, an den Sitzungen persönlich teilzunehmen.

(2) Die Geschäftsordnung kann durch die gemäß Absatz 1 reduzierte Besetzung des Landtags nicht geändert werden.

(3) § 61a tritt mit Ablauf des 30. Juni 2020 außer Kraft.“

Beschlussfähigkeit des Landtages in außergewöhnlichen Notlagen ermöglichen

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 11. Sitzung am 1. April 2020 zum TOP 2 folgenden Beschluss gefasst:

„Parlamentarische Rechte sicherstellen -auch in Krisenzeiten

Der Landtag stellt fest, dass für den Fall einer Abwesenheit vieler Mitglieder des Landtages von einer Plenarsitzung aufgrund einer außergewöhnlichen Notlage bisher keine ausreichende Vorsorge getroffen ist, um die Arbeitsfähigkeit des Parlaments und die Rechte der Abgeordneten sicherzustellen.

Mit dem Antrag „Beschlussfähigkeit des Landtages in Notlagen ermöglichen“ (Drucksache 7/911)* wurde ein erster Schritt gegangen, um die Beschlussfähigkeit des Landtages auch in einer solchen Situation zu ermöglichen.

Der Landtag Brandenburg bekräftigt seine Überzeugung, dass gerade in Krisenzeiten die Debatte und demokratische Entscheidungsfindung im Parlament unerlässlich sind. Daher soll intensiv nach Möglichkeiten gesucht werden, Abgeordneten die Teilnahme an Debatten und die Abstimmung zu ermöglichen, ohne physisch im Plenarsaal anwesend sein zu müssen. Im Gegensatz zu einer Herabsetzung der Grenze zur Beschlussfähigkeit wäre so die Teilnahme aller gewählter Abgeordneter auch in Situationen einer Pandemie erleichtert. Gegebenenfalls sind darüber hinaus weitere Maßnahmen zur Sicherung der Arbeitsfähigkeit des Landtages notwendig.

Der Landtag Brandenburg spricht sich daher dafür aus, bis zum 30. Juni 2020 intensiv die rechtlichen, organisatorischen und technischen Rahmenbedingungen zu prüfen und gegebenenfalls die Voraussetzungen zu schaffen, um folgende Regelungen in die Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg aufzunehmen:

1. Abgabe von Stimmen bei Abstimmungen des Landtages in fernmündlicher, schriftlicher oder elektronischer Form durch die Abgeordneten in Verbindung mit öffentlicher Dokumentation des Stimmverhaltens,
2. Durchführung von öffentlichen Sitzungen der Ausschüsse des Landtages auf digitalem Weg,
3. die Möglichkeit, stellvertretende Mitglieder im Präsidium und gegebenenfalls weiteren Gremien vorzusehen, um deren Arbeitsfähigkeit und die Beteiligung aller Fraktionen im Falle von Ausfällen zu sichern.

Der Landtag Brandenburg strebt nach Beendigung der akuten Krisensituation eine umfangreiche Evaluierung an, um in zukünftigen Krisensituationen die Fortführung der parlamentarischen Arbeit sicherzustellen. Dabei ist zu prüfen, welche dauerhaften Änderungen der Geschäftsordnung des Landtages sowie gegebenenfalls der Verfassung des Landes Brandenburg geboten sind. Dies soll auf Grundlage intensiver Beratungen mit gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Beteiligung erarbeitet und von einer breiten politischen Mehrheit getragen sein.“

Beschluss über das Vorliegen einer außergewöhnlichen Notsituation gemäß Artikel 103 Absatz 2 Satz 2 Landesverfassung in Verbindung mit § 18b Landeshaushaltsordnung

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 11. Sitzung am 1. April 2020 zum TOP 3 folgenden Beschluss gefasst:

„Der Landtag stellt gemäß Artikel 103 Absatz 2 Satz 2 der Verfassung des Landes Brandenburg in Verbindung mit § 18b der Landeshaushaltsordnung fest, dass aufgrund der weiteren Ausbreitung des Coronavirus in Brandenburg eine außergewöhnliche Notsituation vorliegt, die die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigt.“

* Mit der Annahme der Beschlussempfehlung und des Berichtes des Hauptausschusses (Drucksache 7/924) hat sich der Antrag mit der Drucksachennummer 7/911 erledigt.

Bestätigung der brandenburgischen Vertreterinnen und Vertreter für die Vertreterversammlung des Versorgungswerks der Mitglieder der Landtage von Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Baden-Württemberg

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 11. Sitzung am 1. April 2020 zum TOP 6 folgenden Beschluss gefasst:

„Der Landtag bestätigt folgende brandenburgischen Vertreterinnen und Vertreter für die Vertreterversammlung des Versorgungswerks der Mitglieder der Landtage von Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Baden-Württemberg:

Fraktionsgruppe SPD

Ordentliches Mitglied
Frau Abg. Inka Gossmann-Reetz
Herr Abg. Helmut Barthel
Herr Abg. Andreas Noack

Stellvertretendes Mitglied
Herr Abg. Mike Bischoff
Herr Abg. Erik Stohn
Herr Abg. Wolfgang Roick

Fraktionsgruppe AfD

Ordentliches Mitglied
Frau Abg. Marianne Spring-Räumschüssel
Herr Abg. Franz Josef Wiese

Stellvertretendes Mitglied
Frau Abg. Sabine Barthel
Herr Abg. Wilko Möller

Fraktionsgruppe CDU

Ordentliches Mitglied
Herr Abg. Frank Bommert

Stellvertretendes Mitglied
Herr Abg. Steeven Bretz

Fraktionsgruppe DIE LINKE

Ordentliches Mitglied
Herr Marco Büchel

Stellvertretendes Mitglied
Herr Abg. Sebastian Walter

**Fraktionsgruppe
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Ordentliches Mitglied
Herr Abg. Heiner Klemp

Stellvertretendes Mitglied
Herr Abg. Thomas von Gizycki

Fraktionsgruppe BVB / FREIE WÄHLER

Ordentliches Mitglied
Frau Abg. Christine Wernicke

Stellvertretendes Mitglied
Herr Abg. Matthias Steffe

Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (Nachtragshaushaltsgesetz 2020 - NTHG 2020)

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 11. Sitzung am 1. April 2020 zum TOP 7 folgenden Beschluss gefasst:

„Brandenburgs Zukunft gestalten - Die Mittel des Zukunftsinvestitionsfonds zielgerichtet einsetzen

Der Landtag Brandenburg hat im Dezember 2019 durch Gesetz ein Sondervermögen ‚Zukunftsinvestitionsfonds‘ errichtet und mit einem Vermögen von einer Milliarde Euro ausgestattet. Damit sollen strategisch bedeutende Investitionen des Landes aus mindestens einem Bereich von Regionalentwicklung, Klimaschutz, moderner Infrastruktur, Digitalisierung und Innovation finanziert werden, für die eine besonders günstige Relation zwischen dem verfolgten Zweck und den einzusetzenden Mitteln zu erwarten ist. Mit diesem Finanzierungsinstrument können die für herausgehobene Investitionen notwendigen Mittel losgelöst von der Jährlichkeit des Haushalts über einen längeren Zeitraum transparent, bedarfsangemessen und flexibel zur Verfügung gestellt werden. Aus dem Zukunftsinvestitionsfonds sollen Projekte oder selbstständige Teile von Projekten finanziert werden, die einschließlich des Doppelhaushalts 2019/2020 bisher nicht in einem Haushaltsplan etatisiert gewesen sind.

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Mittel aus dem Zukunftsinvestitionsfonds für folgende drei Kategorien vorzusehen:

Kategorie 1: Innovative und nachhaltige Wirtschaftsförderung

Aufgrund ihrer Ausstrahlung und Hebelwirkung besitzt die Finanzierung der Ansiedlung von industriellen Großprojekten Priorität. Sie sind wesentlicher Faktor für die dauerhafte und zukunftsweisende Entwicklung des Landes Brandenburg. Mit den zahlreichen positiven Wachstumseffekten wirken sie auf sämtliche Politikbereiche. Die Unterstützung des Landes mit entsprechenden Fördermitteln und die Bereitstellung einer entsprechenden Infrastruktur ist daher konsequent und zielorientiert. Bei den zu finanzierenden Ansiedlungsvorhaben kommt es jedoch nicht allein auf positive Wachstumseffekte an. Vielmehr ist darauf zu achten, dass die Wirtschaftsansiedlungen auch in Bezug auf Fragen der Nachhaltigkeit und Innovation wichtige Impulse setzen. Hierfür ist die Stärkung der Forschung und Entwicklung eine zentrale Voraussetzung.

Vor diesem Hintergrund genießen aus dem Fonds zu finanzierende Investitionen in Wissenschaft und Forschung im ganzen Land deshalb Vorrang, wenn sie sich auf die im Zukunftsinvestitionsfonds-Errichtungsgesetz benannten Themenfelder Klimaschutz, Digitalisierung und Innovationen beziehen. Zugleich haben die Ansiedlung und der Ausbau von Einrichtungen der Wissenschaft und Forschung stets positive Effekte auf die Regionalentwicklung, da mit entsprechenden Institutionen das Know-how in einer Region wächst und attraktive Arbeitsplätze entstehen.

Für die Kategorie 1 sollen etwa 35 % des Zukunftsinvestitionsfonds zur Verfügung stehen.

Kategorie 2: Innovative und nachhaltige Projekte aus den Bereichen Verkehrsinfrastruktur, ÖPNV/SPNV und Gesundheitsversorgung sowie Klimaanpassungsmaßnahmen

Eine ähnliche Multiplikatorwirkung besitzen Investitionen in bedeutende Verkehrsinfrastrukturen (Verkehrsachsen) oder entsprechende infrastrukturelle Förderprogramme. Sie wirken langfristig und ermöglichen weitere wirtschaftliche und regionale Entwicklung. In besonderem Fokus stehen hier ausgewählte Projekte und Fördermaßnahmen zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und insbesondere des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV). Neben der Verbesserung der Infrastruktur ist hierbei der Klimaschutz ein zentrales Anliegen. Insofern stehen vor allem innovative und nachhaltige Verkehrsprojekte im Fokus.

Elementare Aufgabe der öffentlichen Hand ist die Sicherstellung einer verlässlichen und erreichbaren Gesundheitsversorgung für die Bürgerinnen und Bürger. Hier wirken besonders zielgerichtete Investitionen in zukunftsfeste Klinikstandorte. Soweit die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der jeweiligen Krankenhausträger besteht, ist solchen Maßnahmen Vorrang einzuräumen, sofern sie sich in eine Gesamtkonzeption für das Land Brandenburg einfügen. Hierbei sollen insbesondere Förderungen im Bereich der Digitalisierung realisiert werden.

Um in Bezug auf weiter zunehmende Wetterextreme wie Hitzewellen, Stürme oder Starkniederschläge gewappnet zu sein, müssen Klimaanpassungsmaßnahmen ergriffen werden. Innovative Pilotprojekte aus diesen Bereichen sind in dieser Kategorie anzusiedeln.

Für die Kategorie 2 sollen etwa 35 % des Zukunftsinvestitionsfonds zur Verfügung stehen.

Kategorie 3: Zukunftsorientierte Regionalentwicklung - Zusammenhalt, Digitalisierung und Nachhaltigkeit

Entsprechend Artikel 44 der Verfassung des Landes Brandenburg gewährleistet das Land eine Strukturförderung mit dem Ziel, in allen Landesteilen oder Regionen gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen zu schaffen und zu erhalten. In diesem Sinne kann die Förderung kommunaler Infrastruktur sowie die Förderung von Projekten im Bereich Zusammenhalt, Digitalisierung und Nachhaltigkeit die Kriterien des Zukunftsinvestitionsfonds-Errichtungsgesetzes erfüllen. Dazu muss ein kommunales Förderprogramm in seiner Gesamtheit einen landesweiten positiven Effekt auf zentrale Bereiche der staatlichen Daseinsvorsorge haben. In diesem Verständnis hat sich unter anderem das Kommunale Infrastrukturprogramm (KIP) bewährt und findet landesweite Akzeptanz. Die kommunale Bindung und der Sachverstand vor Ort sind wesentliche Faktoren für die seit Jahren erfolgreichen Investitionen.

Das Kommunale Investitionsprogramm (KIP) wird im Sinne des Zukunftsinvestitionsfonds zum Brandenburger Investitionsprogramm fortgeschrieben und erweitert. Förderschwerpunkte bleiben Bildung, Brand- und Katastrophenschutz und Sport. Die Bildung umfasst die Fördertatbestände Neubau, energetische Sanierung und Erweiterung von Schulen und Kitas.

Zusätzliche Förderschwerpunkte des Brandenburger Investitionsprogramms sind der Zusammenhalt, die Nachhaltigkeit, Digitales und die Kulturförderung:

Digitales

- Finanzielle Unterstützung des Zweckverbandes Digitales Brandenburg
- IT-Infrastruktur für die Hochschule der Polizei
- Bahntechnologiecampus Havelland
- Innovative Sitzungssaalausstattung an Gerichtssälen

Zusammenhalt

- Förderung innovativer Ideen (Projekte) in Gemeinden bzw. Ortsteilen mit weniger als 3 000 Einwohnern
- Höchstfördersumme von 150 000 Euro pro Projekt
- Förderfähig sind Projekte, die der Verbesserung der Mobilität, der Gesundheit oder einer Verbesserung des sozialen Lebens dienen
- Fördervoraussetzung ist, dass die Projekte in einem partizipativen Prozess entwickelt wurden oder umgesetzt werden sollen

Nachhaltigkeit

- Pilotprojekt zur Umrüstung von Dieselmotoren auf Wasserstoffbetrieb
- Entwicklung und Einrichtung einer moor- und klimaschonenden Bewirtschaftung auf Moorflächen des Landes
- Einrichtung eines Bürgerenergiefonds
- Anschubfinanzierung erneuerbarer Energien auf öffentlichen Gebäuden (Intracting)

Kulturförderung

- Förderung von investiven Maßnahmen von Kulturinstitutionen oder Gedenkstätten

Darüber hinaus kommen für die Finanzierung aus dem Zukunftsinvestitionsfonds weitere Maßnahmen in Betracht, die in herausgehobener Weise zu einer Steigerung der Attraktivität von Standorten beitragen und somit der Regionalentwicklung Rechnung tragen.

Hierzu gehören bei einer allgemein angespannten Situation auf dem Wohnungsmarkt beispielsweise der Ausbau und die Sanierung von Wohnheimen für Studierende. Bezahlbare und den Bedürfnissen entsprechende Unterbringungsmöglichkeiten verbessern die Anziehungskraft von Hochschulstandorten. Sie tragen damit zur Auslastung von Lehrkapazitäten bei und leisten einen Beitrag für die Bindung der Studierenden an den Hochschulort und die jeweilige Region.

Für die Kategorie 3 sollen etwa 30 % des Zukunftsinvestitionsfonds zur Verfügung stehen. Die Mittel für das Brandenburger Investitionsprogramm sollen wie folgt auf die Bereiche der Kategorie 3 aufgeteilt werden:

- Bildung - 90 Millionen Euro
- Brand- und Katastrophenschutz - 50 Millionen Euro
- Sport - 25 Millionen Euro
- Zusammenhalt - 10 Millionen Euro
- Nachhaltigkeit - 10 Millionen Euro
- Digitales - 10 Millionen Euro
- Kulturförderung - 25 Millionen Euro
- Förderung studentischen Wohnraumes - 50 Millionen Euro
- Steuerungsreserve - 30 Millionen Euro

Ergebnis der Namentlichen Abstimmung**Zu TOP 7:****Namentliche Abstimmung zu:**

- Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (Nachtragshaushaltsgesetz 2020 - NTHG 2020) - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/640 vom 13.02.2020
- Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE - Drucksache 7/961 vom 31.03.2020

Folgende Abgeordnete stimmten mit Ja:

Frau Abg. Block (DIE LINKE)
 Herr Abg. Büttner (DIE LINKE)
 Frau Abg. Dannenberg (DIE LINKE)
 Herr Abg. Domres (DIE LINKE)
 Frau Abg. Fortunato (DIE LINKE)
 Herr Abg. Görke (DIE LINKE)
 Frau Abg. Johlige (DIE LINKE)
 Herr Abg. Kretschmer (DIE LINKE)
 Frau Abg. Nicklisch (BVB/FW)
 Herr Abg. Steffe (BVB/FW)
 Frau Abg. Vandre (DIE LINKE)
 Herr Abg. Vida (BVB/FW)
 Herr Abg. Walter (DIE LINKE)
 Frau Abg. Wernicke (BVB/FW)
 Herr Abg. Dr. Zeschmann (BVB/FW)

Folgende Abgeordnete stimmten mit Nein:

Herr Abg. Adler (SPD)
 Frau Abg. Augustin (CDU)
 Herr Abg. Baaske (SPD)
 Herr Abg. Barthel (SPD)
 Herr Abg. Bischoff (SPD)
 Herr Abg. Bommert (CDU)
 Herr Abg. Bretz (CDU)
 Herr Abg. Brüning (CDU)
 Frau Abg. Petra Budke (B90/GRÜNE)
 Frau Abg. Ricarda Budke (B90/GRÜNE)
 Herr Abg. Eichelbaum (CDU)
 Herr Abg. Funke (SPD)
 Herr Abg. von Gizycki (B90/GRÜNE)
 Frau Abg. Gossmann-Reetz (SPD)
 Frau Abg. Hiekel (B90/GRÜNE)
 Frau Abg. Hildebrandt (SPD)
 Herr Abg. Hoffmann (CDU)
 Herr Abg. Keller (SPD)
 Herr Abg. Klemp (B90/GRÜNE)
 Frau Abg. Kniestedt (B90/GRÜNE)
 Frau Abg. Kornmesser (SPD)
 Herr Abg. Lakenmacher (CDU)
 Frau Abg. Lange (SPD)
 Frau Abg. Prof. Dr. Liedtke (SPD)
 Frau Abg. Dr. Ludwig (CDU)
 Herr Abg. Lüttmann (SPD)
 Herr Abg. Lux (SPD)
 Herr Abg. Noack (SPD)
 Frau Abg. Poschmann (SPD)
 Herr Abg. Raschke (B90/GRÜNE)
 Herr Abg. Dr. Redmann (CDU)
 Frau Abg. Richstein (CDU)
 Herr Abg. Roick (SPD)
 Herr Abg. Rostock (B90/GRÜNE)
 Herr Abg. Rüter (SPD)
 Frau Abg. Schäffer (B90/GRÜNE)

Herr Abg. Schaller (CDU)
 Herr Abg. Scheetz (SPD)
 Frau Abg. Schier (CDU)
 Herr Abg. Prof. Dr. Schierack (CDU)
 Herr Abg. Senftleben (CDU)
 Herr Abg. Stohn (SPD)
 Herr Abg. Vogelsänger (SPD)
 Frau Abg. Walter-Mundt (CDU)

Folgende Abgeordnete enthielten sich der Stimme:

Frau Abg. Barthel (AfD)
 Frau Abg. Bessin (AfD)
 Frau Abg. Duggen (AfD)
 Herr Abg. Galau (AfD)
 Herr Abg. Hanko (AfD)
 Herr Abg. Hohloch (AfD)
 Herr Abg. Hooge (AfD)
 Herr Abg. Hünich (AfD)
 Herr Abg. John (AfD)
 Herr Abg. Kubitzki (AfD)
 Herr Abg. Freiherr von Lützow (AfD)
 Herr Abg. Möller (AfD)
 Herr Abg. Münschke (AfD)
 Frau Abg. Muxel (AfD)
 Herr Abg. Nothing (AfD)
 Herr Abg. Schieske (AfD)
 Herr Abg. Wiese (AfD)

Anwesenheitsliste

Herr Abg. Adler (SPD)
 Frau Abg. Augustin (CDU)
 Herr Abg. Baaske (SPD)
 Herr Abg. Barthel (SPD)
 Frau Abg. Barthel (AfD)
 Herr Abg. Dr. Berndt (AfD)
 Frau Abg. Bessin (AfD)
 Herr Abg. Bischoff (SPD)
 Frau Abg. Block (DIE LINKE)
 Herr Abg. Bommert (CDU)
 Herr Abg. Bretz (CDU)
 Herr Abg. Brüning (CDU)
 Frau Abg. Petra Budke (B90/GRÜNE)
 Frau Abg. Ricarda Budke (B90/GRÜNE)
 Herr Abg. Büttner (DIE LINKE)
 Frau Abg. Dannenberg (DIE LINKE)
 Herr Abg. Domres (DIE LINKE)
 Herr Abg. Drenke (AfD)
 Frau Abg. Duggen (AfD)
 Herr Abg. Eichelbaum (CDU)
 Frau Abg. Fortunato (DIE LINKE)
 Herr Abg. Freiherr von Lützow (AfD)
 Herr Abg. Funke (SPD)
 Herr Abg. Galau (AfD)
 Herr Abg. Görke (DIE LINKE)
 Frau Abg. Gossmann-Reetz (SPD)
 Herr Abg. Günther (AfD)
 Herr Abg. Hanko (AfD)
 Frau Abg. Hiekel (B90/GRÜNE)
 Frau Abg. Hildebrandt (SPD)
 Herr Abg. Hoffmann (CDU)
 Herr Abg. Hohloch (AfD)
 Herr Abg. Hooge (AfD)
 Herr Abg. Hünich (AfD)
 Frau Abg. Johlige (DIE LINKE)
 Herr Abg. John (AfD)
 Herr Abg. Kalbitz (AfD)
 Herr Abg. Keller (SPD)
 Herr Abg. Klemp (B90/GRÜNE)

Frau Abg. Kniestedt (B90/GRÜNE)
Frau Abg. Kornmesser (SPD)
Herr Abg. Kretschmer (DIE LINKE)
Herr Abg. Kubitzki (AfD)
Herr Abg. Lakenmacher (CDU)
Frau Abg. Lange (SPD)
Frau Abg. Prof. Dr. Liedtke (SPD)
Frau Abg. Dr. Ludwig (CDU)
Herr Abg. Lüttmann (SPD)
Herr Abg. Lux (SPD)
Herr Abg. Möller (AfD)
Herr Abg. Münschke (AfD)
Frau Abg. Muxel (AfD)
Frau Abg. Nicklisch (BVB/FW)
Herr Abg. Noack (SPD)
Herr Abg. Nothing (AfD)
Frau Abg. Poschmann (SPD)
Herr Abg. Raschke (B90/GRÜNE)
Herr Abg. Dr. Redmann (CDU)
Frau Abg. Richstein (CDU)
Herr Abg. Roick (SPD)

Herr Abg. Rostock (B90/GRÜNE)
Herr Abg. Rüter (SPD)
Frau Abg. Schäffer (B90/GRÜNE)
Herr Abg. Schaller (CDU)
Herr Abg. Scheetz (SPD)
Frau Abg. Schier (CDU)
Herr Abg. Prof. Dr. Schierack (CDU)
Herr Abg. Schieske (AfD)
Herr Abg. Senftleben (CDU)
Herr Abg. Stefke (BVB/FW)
Herr Abg. Stohn (SPD)
Frau Abg. Vandre (DIE LINKE)
Herr Abg. Vida (BVB/FW)
Herr Abg. Vogelsänger (SPD)
Herr Abg. von Gizycki (B90/GRÜNE)
Herr Abg. Walter (DIE LINKE)
Frau Abg. Walter-Mundt (CDU)
Frau Abg. Wernicke (BVB/FW)
Herr Abg. Wiese (AfD)
Herr Abg. Dr. Woidke (SPD)
Herr Abg. Dr. Zeschmann (BVB/FW)